

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 1/2014
(20.12.2013 – 10.01.2014)

Aus dem Parlament

Elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen: Ausschuss nimmt Bericht an

Kommunen müssen bald in der Lage sein, alle eingehenden elektronischen Rechnungen zu akzeptieren. Am 17. Dezember stimmte der Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments über den Berichtsentwurf der EVP-Abgeordneten und ehemaligen Oberbürgermeisterin von Bingen am Rhein, Birgit Collin-Langen, zu einem dahingehenden Richtlinienvorschlag ab (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 38/2013). Hauptziele der Richtlinie sind die Verringerung der Fragmentierung des Binnenmarkts im Bereich der Rechnungsstellung sowie ein erleichteter Übergang zur papierlosen öffentlichen Verwaltung. Der Vorschlag der EU-Kommission beinhaltete aus kommunaler Sicht einige kritische Aspekte, welche aber durch den Berichtsentwurf und Änderungsanträge der Mitglieder des Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschusses beseitigt werden sollen...

Urkundenanerkennung – Änderungsanträge im Rechtsausschuss abgestimmt

Am 16. Dezember hat der federführende Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments den Bericht über den Verordnungsvorschlag zur Förderung der Freizügigkeit von Bürgern und Unternehmen durch die Vereinfachung der Annahme bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der europäischen Union angenommen (vgl. Brüssel Aktuell 29/2013). Die vereinfachte Annahme öffentlicher Urkunden, die von Behörden anderer Mitgliedstaaten oder der EU erstellt wurden, soll auf lange Sicht insbesondere auch in Hinblick auf die Einführung mehrsprachiger EU-Formulare einen wünschenswerten Bürokratieabbau mit sich bringen. Daher ist es begrüßenswert, dass gemäß dem abgestimmten Parlamentsausschussbericht der Anwendungsbereich der Verordnung erweitert werden soll. Mit Blick auf die Rechtssicherheit und die Praktikabilität sind jedoch die angenommenen Änderungsanträge zur Annahme unbeglaubigter Kopien und nicht beglaubigter Übersetzungen kritisch zu sehen...

Aus dem Rat

Förderprogramm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ 2014-2020 angenommen

Am 16. Dezember hat der Rat der EU die Verordnung 1381/2013 zur Auflegung des Programms „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ für den Zeitraum 2014 bis 2020 angenommen. Das Parlamentsplenum hatte bereits am 10. Dezember eine entsprechende Legislativentschließung verabschiedet. Das neue Programm löst mit dem Ziel der Vereinfachung die bisherigen EU-Förderprogramme „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“, „Daphne III“ (Brüssel Aktuell 29/2013) sowie „Beschäftigung und soziale Solidarität – Progress“ in Hinblick auf die Kapitel „Nichtdiskriminierung und Vielfalt“ sowie „Gleichstellung der Geschlechter“ (Brüssel Aktuell 39/2012) ab. Für die Durchführung des Programms bis 2020 wurde eine Finanzausstattung i. H. v. 439,47 Mio. € festgelegt...

Förderprogramme

Jugend, Bildung und Sport – Programmleitfaden und Aufruf zu Erasmus+ veröffentlicht

Am 12. Dezember erschien im Amtsblatt eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Hinblick auf Erasmus+, das neue EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (vgl. Brüssel Aktuell 42/2013). Finanzierungsanträge können ab Ende Januar eingereicht werden. Bis dahin sind nur Muster-Online-Formulare einsehbar. Detaillierte Informationen zur Antragstellung bietet der mittlerweile veröffentlichte Programmleitfaden...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Urbane Sicherheit: Europäische Konferenz „From Cities to Europe“

Anfang Dezember organisierte das europäische Forum für städtische Sicherheit, Efus, in Brüssel die Konferenz „From Cities to Europe“. Die thematischen Kernpunkte waren die präventive Verbrechensbekämpfung, die Bürgerbeteiligung bei der lokalen Sicherheitspolitik und die Frage nach europäischer Unterstützung zur Erfüllung der lokalen Bedürfnisse...

EU-Depeschen

*Novellierte De-Minimis-Verordnung in Kraft getreten
EU-Beihilferecht – Konsultationen zur AGVO und zu Umweltbeihilfen gestartet
Beihilfenrecht: Begriff der „staatlichen Maßnahme“ präzisiert
Urteil zur Anwendung von EU-Richtlinien durch private Unternehmen
Donauraum-Kommunalpartnerschaften – gratis Fortbildungen & Aufruf zur Umfrageteilnahme
Grünes Licht für eine makroregionale Strategie für den Alpenraum
Tourismus – zwei öffentliche Konsultationen gestartet
Zukunft der Kulturhauptstadt Europas beschlossen – Riga & Umea Kulturhauptstädte 2014
Kopenhagen als „Grüne Hauptstadt Europas 2014“ ausgezeichnet
Naturschutz – Aufruf zum Wettbewerb „Natura 2000 Award“
Forschung und Innovation – Arbeitsprogramme und Aufrufe zu „Horizont 2020“ einsehbar*

In eigener Sache

Europabüro der bayerischen Kommunen: neue Leiterin

Nachdem die langjährige Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen, Frau Andrea Gehler, zum Bayerischen Städtetag nach München gewechselt ist, leitet seit Anfang Januar Frau Natalie Häusler das EBBK. Frau Häusler ist den Brüssel Aktuell Leserinnen und Lesern bereits vertraut, da sie von Dezember 2007 bis November 2010 in ihrer Funktion als Referentin und stellvertretende Leiterin im Europabüro Artikel unter dem Kürzel „NH“ verfasst hat...

Brüssel Aktuell-Jahresverzeichnis 2013

Die fetten Zahlen verweisen auf die jeweilige Brüssel Aktuell-Ausgabe, die mageren Zeichen auf die Rubrik und die kursiven auf den Titel des Beitrags. Wenn in einem Artikel mehrere Themen behandelt werden, wird dieser mehrfach genannt...

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 2/2014

(10. – 17.01.2014)

Aus dem Parlament

Plenum stimmt Vergabe- und Konzessionsrichtlinien zu

Mit großer Mehrheit befürwortete das Plenum des EU-Parlaments am 15. Januar die Novellierung der EU-Vergaberichtlinien. Erfreulich ist v. a., dass Kommunalkredite ausschreibungsfrei bleiben und sich einzelne Verfahrensvereinfachungen durchsetzen konnten. Gleichzeitig stimmten die Abgeordneten mit 598 zu 60 Stimmen bei 18 Enthaltungen für eine Richtlinie zu den Dienstleistungskonzessionen. Hier ist zu begrüßen, dass der Wasserbereich und die Rettungsdienstleistungen vom Anwendungsbereich ausgenommen wurden...

Aus dem Rat

Start der EU-Ratspräsidentschaft Griechenlands

Am 1. Januar hat Griechenland zum fünften Mal seit seinem Beitritt 1981 den halbjährlich rotierenden Vorsitz im EU-Ministerrat übernommen. Damit erfolgt innerhalb der 18-monatigen Trioratspräsidentschaft von Irland, Litauen und Griechenland der letzte Stabswechsel (vgl. Brüssel Aktuell 26/2013). Griechenland obliegen nun die Verhandlungsführung zwischen dem Rat der EU und dem Europäischen Parlament und die Koordination im Rat der EU. Prioritäten der griechischen Ratspräsidentschaft sind 1. Entwicklung, Beschäftigung und Kohäsion, 2. Vertiefung der EU und Integration der Eurozone, 3. Migration, Grenzen und Mobilität sowie 4. das Meer. Am 1. Juli 2014 wird die Ratspräsidentschaft schließlich auf Italien übergehen...

Aus der Kommission

Freizügigkeit/soziale Sicherheit – Leitfaden zur Feststellung des gewöhnlichen Aufenthalts

Am 13. Januar hat die EU-Kommission eine überarbeitete Version ihres praktischen Leitfadens mit dem Titel „Die Rechtsvorschriften, die für Erwerbstätige in der Europäischen Union (EU), im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und in der Schweiz gelten“ vorgestellt. Der Leitfaden wurde in seiner neuen Auflage u. a. um ein drittes Kapitel ergänzt, welches Hilfestellungen für die Ermittlung des gewöhnlichen Aufenthalts bietet. Es dient damit der weiteren Klarstellung und dem Schutz vor Missbrauch der Sozialsysteme (vgl. Brüssel Aktuell 43/2013): Aus der jeweiligen Feststellung des gewöhnlichen Aufenthalts leitet sich ab, welcher Mitgliedstaat für wohnsitzgebundene Leistungen der sozialen Sicherheit zuständig ist, wenn Unionsbürgerinnen und -bürger von ihrer Freizügigkeit Gebrauch machen...

Aus dem Gerichtshof

UVP-Prüfung: Zeitliche Geltung und Zulässigkeitsvoraussetzung der Klage

Im Urteil C-72/12 vom 7. November beschäftigt sich der EuGH mit der Auslegung der Richtlinie 2003/35/EG über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne sowie der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung (im Folgenden UVP) bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten. Darin kommt er zu dem Schluss, dass die Richtlinie 2003/35/EG auch für diejenigen Genehmigungsverfahren gelten kann, die vor dem Inkrafttreten des nationalen Rechtsakts eingeleitet wurden. Eine derartige Entscheidung könne nicht nur allein aufgrund des Unterbleibens einer UVP angefochten werden...

Recht der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch bei der Anrechnung von Dienstzeiten zu beachten

Bereits am 5. Dezember erging das Urteil zur Rechtsache C-514/12 zur Auslegung von Art. 45 AEUV und 7 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 492/2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union. Der Gerichtshof kommt darin zu dem Schluss, dass eine nationale Regelung dem Unionsrecht entgegensteht, die bei der Ermittlung des Stichtags für die Vorrückung in höhere Entlohnungsstufen eine Anrechnung von ununterbrochen bei einer Gebietskörperschaft zurückgelegten Dienstzeiten in vollem Ausmaß, alle anderen Dienstzeiten dagegen nur teilweise berücksichtigt...

EU-Depeschen

Strategien zur intelligenten Spezialisierung – Bericht vom EU-Parlament angenommen

Plastikmüll – EU-Parlament fordert von EU-Kommission weitere Maßnahmen

Verkehr – Erste Entscheidungen bei der Novellierung der ÖPNV-Verordnung

Regionalpolitik – Europäischer Verhaltenskodex zum Partnerschaftsprinzip veröffentlicht

SEPA – EU-Kommission schlägt Fristverlängerung für Zahlungsdienstnutzer vor

Beschäftigung und Soziales – Aufruf zur Teilnahme an Umfrage zum EU-Programm PROGRESS

Europäische Unternehmerregion 2015 – Aufruf zur Bewerbung

Open Days 2014 – Webseite gestartet

Bessere Kommunikation mit EU-Institutionen für Gehörlose – EU-Pilotprojekt gestartet

Kommunalpartnerschaften in der Region Rhein-Neckar – Terminankündigung

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 3/2014

(17. – 24.01.2014)

Aus dem Parlament

Entschließung zur Achtung des Grundrechts auf Freizügigkeit in der EU angenommen

In einer Entschließung hat sich das Europäische Parlament am 16. Januar zur Freizügigkeit der Unionsbürger als eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union und Grundpfeiler für den Erfolg des EU-Binnenmarkts bekannt. Jeglichen Versuchen, diese einzuschränken oder EU-Bürger aus einigen Mitgliedstaaten zu stigmatisieren, erteilen die EU-Abgeordneten eine Absage...

Obdachlosigkeit – Europäisches Parlament fordert Europäische Strategie

Am 16. Januar verabschiedeten die Mitglieder des Europäischen Parlaments den zuvor parteiübergreifend eingereichten Vorschlag „Strategie der EU zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit“. Die nicht-legislative Entschließung wurde mit 349 „Ja“- bei 45 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen angenommen. Darin fordern die EU-Abgeordneten die EU-Kommission nachdrücklich dazu auf unverzüglich eine EU-Strategie auszuarbeiten...

Aus der Kommission

Vorschlag verbindlicher Klima- und Energieziele bis 2030

Am 22. Januar schlug die Europäische Kommission neue Klima- und Energieziele vor, die spätestens bis zum Jahr 2030 erfüllt sein sollen. Ziel des vorgelegten Pakets ist es, einen Übergang zu einem wettbewerbsorientierten, sicheren und nachhaltigen Energiesystem zu schaffen. Hierzu möchte die Kommission zum einen, dass die Treibhausgasemissionen von 1990 bis 2030 um 40 % reduziert werden. Zum anderen soll der Anteil an erneuerbaren Energien auf 27 % erhöht werden...

Konsultation zum Begriff der EU-Beihilfe

Im Rahmen der Modernisierung des EU-Beihilferechts (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 28/2012) hat die EU-Kommission eine weitere Konsultation veröffentlicht. Die Ergebnisse der Konsultation sollen einen entscheidenden Beitrag zur Erstellung eines Leitfadens liefern. Dieser Leitfaden soll eine bessere Definition von „Beihilfe“ ermöglichen und entsprechende Fragen von Interessenträgern beantworten: Welche Maßnahmen müssen Kommunen bei der EU-Kommission anmelden? Welche Leistungen können Behörden ohne vorherige Genehmigung durch die EU-Kommission gewähren?...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

*Aktionsplan für e-Gesundheitsdienste – Entschließung des Europäischen Parlaments
Konsultation zur Bereitstellung von EU-weiten Verkehrsinformationsdiensten
Jugend, Bildung und Sport – externe Gutachter für „Erasmus+“-Projektanträge gesucht
EU-Partnerschaft für den Frieden – Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen 2014*

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 4/2014

(24. – 31.01.2014)

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

„Armutseinwanderung oder Recht auf Freizügigkeit?“

Am 21. Januar lud die Hanns Seidl-Stiftung in die Vertretung des Freistaates Bayern zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit ein (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 3/2014). U. a. nahmen Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding (L) sowie der Rotterdamer Bürgermeister Ahmed Aboutaleb teil. Tenor der Veranstaltung war, dass die Gesetzgebung der EU ausreiche, um Sozialtourismus zu verhindern, es aber dennoch weiterhin Probleme in den betroffenen Kommunen gibt...

EU-Depeschen

Elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen – Einigung erzielt

Mehrwertsteuer – EU-Kommission verlängert Konsultationsfrist

Vereinfachung des Zulassungsverfahrens für Kfz – Bericht im Ausschuss angenommen

EU-Beihilferecht/ÖPNV – Überprüfung von Ausgleichszahlungen im Ausbildungsverkehr

EU-Regionalpolitik – zeitlicher Ablauf und Hinweis auf Übersichtsgrafik

Terminankündigung – Tagung zur Zukunft Europas, 21. bis 22. Februar 2014, Bad Boll

Europäischer Jugendkarlspreis – Bewerbungsfrist verlängert

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 5/2014

(31.01. – 07.02.2014)

Aus dem Parlament

EU-USA Freihandelsabkommen: Neue Entwicklungen in den Verhandlungen

Nach wie vor wird im Rahmen des Transatlantischen Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) über eine wirtschaftliche Harmonisierung verhandelt (Brüssel Aktuell 29/2013). Gerade im Finanz- und Investitionsbereich wird eine Annäherung beider Systeme weiter vorangetrieben. Dabei bemüht sich die EU um mehr Transparenz und räumt der europäischen Öffentlichkeit mehr Mitsprachemöglichkeiten ein. Vor der vierten TTIP-Verhandlungsrunde in Brüssel vom 10. bis 14. März 2014 sind die Kommunen eingeladen, sich v. a. an Konsultationen über die mögliche Aufnahme von Investitionsschutzklauseln zu beteiligen...

Lebensmittelüberwachung – Entschließung und neue Verordnung über amtliche Kontrollen

Am 14. Januar nahm das Europäische Parlament eine Entschließung „zur Nahrungsmittelkrise, Betrug in der Nahrungskette und die entsprechende Kontrolle“ an. Darin fordert es vor dem Hintergrund des jüngsten Pferdefleischskandals ein stärker abgestimmtes Vorgehen gegen Lebensmittelbetrug und gibt nebenbei zu bedenken, dass der Abschluss der Freihandelsabkommen, die derzeit von der EU angestrebt werden, zu einer Schwächung der Vorschriften im Bereich Lebensmittelsicherheit führen könnte. Ebenfalls mit amtlichen Kontrollen wird sich – nach erneuter Verschiebung – am 20. Februar 2014 der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) befassen. Zur Abstimmung stehen Änderungsanträge zu einem Kommissionsentwurf für eine Verordnung über amtliche Kontrollen, der aus Sicht der unteren Lebensmittelüberwachungsbehörden auch kritische Punkte aufweist...

Aus der Kommission

Armut: Europäische Herausforderung und regionale Verantwortung

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 21. Januar einen Bericht zur Beschäftigungssituation und sozialen Entwicklungen in Europa. Ein zentrales Ergebnis auf europäischer Ebene lautet, dass Erwerbstätige trotzdem arm bzw. von Armut bedroht sind. Am 29. Januar fand in der niedersächsischen Landesvertretung eine Veranstaltung „Armutsbekämpfung – Europäische Herausforderungen und regionale Verantwortung“ statt. Im Rahmen dieser wurden u. a. „best practice“-Beispiele im Kampf gegen Armut vorgestellt...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Stadtplanung: EU-Projekt MORÉCO unterstützt bei der klugen Standortwahl

Das EU-Projekt MORÉCO, bei dem u. a. die Landeshauptstadt München Partner ist, präsentierte sich am 30. Januar in der Vertretung Rhône-Alpes in Brüssel. Es soll Antworten auf drei Fragen generieren: Wo wohnen? Wo bauen? Wo Siedlungsgebiete planen? U. a. wurden im Rahmen des Projekts konkrete Planungshilfen für lokale Entscheidungsträger entwickelt...

EU-Depeschen

EU-Parlament äußert sich zur Klima- und Energiepolitik

Smart Cities – Neue Veröffentlichung des Europäischen Parlaments

Bericht über die Korruptionsbekämpfung in der EU

Transeuropäische Netze – neue Exekutivagentur für Innovation und Netzwerke

SEPA – Fristverlängerung für Zahlungsdienstnutzer angenommen

Fristverlängerung der öffentlichen Konsultation zum EU-Urheberrecht

Schulmilch- und Schulobstprogramm – EU-Kommission schlägt Zusammenlegung vor

Oberfränkisches Unternehmen entwickelt mit EU-Partnern intelligente Fenster

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 6/2014

(07.02. – 14.02.2014)

Aus dem Parlament

Umweltausschuss stimmt über Verordnung zu invasiven gebietsfremden Arten ab

Am 30. Januar hat der Umweltausschuss des EU-Parlaments den Verordnungsvorschlag der EU-Kommission über die Prävention und Kontrolle der Einbringung und Verbreitung invasiver gebietsfremder Arten angenommen (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 31/2013). Die Verordnung ist an die „EU-Strategie zum Schutz der Biodiversität bis 2020“ gekoppelt. Seitens des Ausschusses wurde im Vergleich zum Kommissionsvorschlag eine Reihe von Änderungen vorgenommen, da die Mehrheit der Abgeordneten den Vorschlag in Bezug auf die Artenliste für zu restriktiv hielt. Die invasiven Arten müssten, so der Bericht, auf einer Liste identifiziert und deren Einbringung verboten werden. Diese Liste solle jederzeit um weitere Arten ergänzt werden können...

Förderprogramme

Erasmus+: Antragsformalitäten, Veranstaltungshinweise und Gutachtersuche

Mit Blick auf die nahenden Einreichfristen (vgl. Brüssel Aktuell 1/2014) für das neue Programm für Jugend, Bildung und Sport „Erasmus+“ macht der Artikel auf verschiedene Hilfestellungen zur Vorbereitung der Antragstellung aufmerksam. So finden auch Informationstage zum Programmbereich JUGEND IN AKTION in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen statt. Darüber hinaus werden für diesen Bereich externe Gutachter für Projektanträge sowie Zwischen- und Schlussberichte gesucht...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Europäische Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor angestrebt

Am 11. Februar fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eine Veranstaltung zum Thema „EPSAS – die Zukunft des öffentlichen Rechnungswesens?“ statt. Durch die European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) möchte die EU einheitliche Rechnungslegungsstandards für öffentliche Gebietskörperschaften in den Mitgliedstaaten einführen. Derzeit konsultiert die EU-Kommission noch zur Umsetzung von EPSAS. Für Mitte 2014 ist die Veröffentlichung einer Mitteilung der EU-Kommission zu erwarten. Für Mitte 2015 ist der Vorschlag für eine Rahmenverordnung zu EPSAS geplant...

EU-Depeschen

*Öffentliche Auftragsvergabe – Ministerrat stimmt Neuerungen zu
Hochschul- und berufliche Bildung – Berichte zur Qualitätssicherung
Europäische territoriale Zusammenarbeit – Konsultation zu INTERREG EUROPE 2014-2020
Klimawandel – Entwicklung einer gemeinsamen kommunalen Charta
Neues Programm zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen
Unternehmerisches Potenzial privater Haushalte wecken
Österreichische Nachhaltigkeitsinitiative als Vorbild für die EU*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 7/2014

(14.02. – 21.02.2014)

Aus dem Parlament

Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative „right2water“

Am 17. Februar fand in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, des Petitionsausschusses, des Entwicklungsausschusses und des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz eine öffentliche Anhörung zu der insbesondere in Deutschland erfolgreich verlaufenen Europäischen Bürgerinitiative (EBI, vgl. Brüssel Aktuell 39/2013) „right2water“ (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 31/2013) statt. Die Onlinepetition war vor allem mit Blick auf die intensive Debatte im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur EU-Konzessionsrichtlinie (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 6/2014) von Bedeutung und ist im Zusammenhang mit der für den Wasserbereich geschaffenen Ausnahme von den Regelungen der Richtlinie zu sehen. Zu den Zielen der Initiative gehören die Verankerung des Menschenrechts auf Zugang zu sauberem und bezahlbarem Wasser sowie die Ausnahme des Wasserbereichs von den EU-Binnenmarktregeln. Die Anhörung ist die erste ihrer Art, da es sich um die erste erfolgreiche EBI handelt...

Aus der Kommission

Eine urbane Agenda für Europa

Die EU-Kommission lud am 17. und 18. Februar zur Konferenz „Cities of Tomorrow: Investing in Europe“ in das Brüsseler Charlemagne-Gebäude ein. Ziel des intensiven Austausches zwischen der EU- und der lokalen Ebene war es der Frage nachzugehen, ob auf EU-Ebene eine urbane Agenda nötig ist, um EU- und nationale Politiken stärker an den Bedürfnissen der Kommunen auszurichten und wie dies geschehen könnte. Interessierte Kommunen können sich noch bis zum 4. März 2014 in die Diskussion über eine EU-Agenda für Städte einbringen...

Europäisches Netzwerk für Stadtentwicklung nimmt erste Formen an

Die EU-Kommission führte am 17. und 18. Februar eine Konferenz „Cities of Tomorrow: Investing in Europe“ durch. Im Rahmen dieser Konferenz wurde auch die neu mit der Regionalpolitik 2014-2020 geschaffene Möglichkeit eines europäischen Stadtentwicklungsforums sowie die Teilnahmebedingungen für Städte vorgestellt...

Urbane Strategie für Europa – weitere Beteiligungsmöglichkeiten für die lokale Ebene

Die zweitägige Konferenz „Cities of Tomorrow: Investing in Europe“ (siehe Artikel in dieser Ausgabe von Brüssel Aktuell) bot auch die Möglichkeit sich zu weiteren Beteiligungsmöglichkeiten für die kommunale Ebene zu informieren. Hierzu zählt die Fortführung des URBACT-Programms sowie die Europäische Innovationspartnerschaft „Intelligente Städte und Gemeinden“ ...

Aus den Regionen

Vor der Europawahl: Nominierung der Kandidaten weitgehend abgeschlossen

Für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014 stehen mittlerweile die meisten Kandidaten fest. Im Folgenden soll ein Überblick über die Verteilung der Sitze im Europäischen Parlament und die Nominierungen der Kandidaten für Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen gegeben werden...

EU-Depeschen

*Vereinfachung der Beglaubigungspraxis – Parlamentsplenum nimmt Bericht an
EU-Freizügigkeit – Konferenz zu Chancen und Herausforderungen auf lokaler Ebene
EU-Strategie für den Alpenraum – Zeitplan vorgelegt
Europawahl 2014 – CEMR stellt Manifest vor
Europa-Preis für niederbayerische Schülerzeitung*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 8/2014

(21.02. – 28.02.2014)

Aus der Kommission

Beihilfe – Neuigkeiten für Flughäfen, in Land- und Forstwirtschaft und zum Beihilfebegriff

Im Rahmen der Reform des EU-Beihilferechts laufen bereits seit einiger Zeit mehrere Konsultationen, die Interessierten die Möglichkeit geben, am Modernisierungsprozess teilzuhaben. Als Ergebnis der Meinungsumfrage zu staatlichen Beihilfen für Flughäfen wurden nun neue Leitlinien veröffentlicht. Gleichzeitig gibt es Neuigkeiten im Beihilfeverfahren zum Flughafen Berlin-Schönefeld. Neu gestartet wurde von der Europäischen Kommission diese Woche eine Konsultation zur Erneuerung der Gruppenfreistellungsverordnung für Landwirtschaft und zur Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor. Zudem liegt endlich eine deutsche Fassung zu den Leitlinien zum Beihilfebegriff vor...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Naturräume entlang der Donau bewahren – DANUBEPARKS stellt sich vor

Am 19. Februar präsentierte Carl Manzano, Sprecher von DANUBEPARKS, im Europäischen Parlament in Brüssel das bereits 2007 gegründete Netzwerk von Donauschutzgebieten. Mit Hilfe von Fördermitteln aus dem EU-Programm Interreg IV für Europäische Transnationale Zusammenarbeit in Südosteuropa (ETC-SEE), engagieren sich die Partnergebiete von DANUBEPARKS für die Erhaltung und Renaturierung wertvoller Lebensräume entlang der Donau. Zuletzt traten zwei Schutzgebiete am letzten großen Donauzufluss Pruth in Rumänien und Moldawien dem Netzwerk bei, das inzwischen 17 Mitglieder zählt...

EU-Depeschen

Konzessionen – Parlamentarische Anfrage zur Ausschreibung von Krankentransporten

EU-Regionalpolitik – Europäischer Verhaltenskodex zum Partnerschaftsprinzip verabschiedet

eCall-Notrufsystem – Abstimmung im Parlament

Neue Abgasnormen für PKW

Kommunalpartnerschaftsförderung – Fristverschiebung für EfbB-Projektanträge

Jugend, Bildung und Sport – Antragsformulare für ERASMUS+ online

Neue Impulse für kommunale Entwicklung in Europa setzen

Geschützte Spezialitäten aus Bayern – EU-Gütezeichen für „Bayerische Breze“

Energieeffizienz – Konsultation zu Einsparfortschritten

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 9/2014

(28.02. – 07.03.2014)

Aus dem Parlament

Novellierung ÖPNV-Verordnung: vermehrte Anforderungen an die lokale Ebene

Die EU-Kommission hatte im Jahr 2013 im Rahmen des sog. 4. Eisenbahnpakets auch eine Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 hinsichtlich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste, kurz ÖPNV-VO, vorgeschlagen (siehe Brüssel Aktuell 8/2013). Am 26. Februar stimmten die EU-Abgeordneten im Plenum dem Vorschlag mit einer eher knappen Mehrheit (386 „Ja“- , 296 „Nein“-Stimmen, bei 78 Enthaltungen) zu. Zuvor war der Bericht des belgischen Berichterstatters Mathieu Grosch (EVP) im federführend zuständigen Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlaments angenommen worden (siehe Brüssel Aktuell 30/2013 und 2/2014). Die darin bereits deutlich gewordenen vermehrten Auflagen für die lokale Ebene setzen sich im Plenarvotum durch. Der von der zuständigen Behörde zu erstellende „multimodale Verkehrsplan“, dem ein Konsultationsverfahren vorausgehen muss, soll grundlegende Anforderungen wie Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderung, Effizienzkriterien (Pünktlichkeit, Frequenz, Kundenzufriedenheit, etc.) oder Qualitäts- und Sicherheitsstandards umfassen...

Plenarvotum zu „barrierefreien“ Webseiten der öffentlichen Hand

Am 26. Februar nahm das Plenum des Europäischen Parlaments den Bericht zum Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Webseiten öffentlicher Stellen mit großer Mehrheit an. Der Abstimmung war die Entscheidung im federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vorausgegangen (siehe Brüssel Aktuell 42/2013). Die EU-Abgeordneten erweitern den ursprünglichen Kommissionsvorschlag an verschiedenen Stellen. Z. B. soll die Richtlinie für alle Webseiten von öffentlichen Stellen sowie zusätzlich von anderen Körperschaften gelten, die öffentliche Aufgaben ausführen. Zudem befürworten sie eine schrittweise Anpassung, bis zu der die Inhalte der betroffenen Webseiten barrierefrei zugänglich sein sollen. Eine Positionierung des Rats der EU steht derzeit noch aus...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Resolution und Ergebnisse der EU-weiten Erhebung zum Kampf gegen Gewalt an Frauen

Wenige Tage vor dem internationalen Frauentag am 8. März verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution zum Kampf gegen Gewalt an Frauen. Fast zeitgleich veröffentlichte die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) die Ergebnisse einer EU-weiten Erhebung zu Gewalt gegen Frauen. Die Ergebnisse belegen, dass es sich bei dem Thema nicht um ein Einzelphänomen handelt und jede dritte Frau schon Übergriffe erlebt hat. In ihren Stellungnahmen knüpft die FRA an frühere Forderungen verschiedener Organisationen an, Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Gewalt vorzubeugen und ihr ein Ende zu setzen...

EU-Depeschen

Bundesregierung klagt vor dem EuG zur EEG-Umlage

Namentliche EP-Abstimmungen auch bei nicht bindenden Entscheidungen und in Ausschüssen

Verstöße gegen EU-Recht – Deutschland stabil im Mittelfeld

EuGH-Urteile zur Entgeltzahlung bei Elternurlaub

Chemikalien am Arbeitsplatz – neue Richtlinie verabschiedet

Energetische Sanierung – Leitfaden zur Finanzierung aus Mitteln der Kohäsionspolitik

Seltene Krankheiten – Unterstützung bei Erforschung und Netzwerkbildung durch Kommission

Drittstaatsangehörige – Einreise und Aufenthalt für Studenten und Forschern erleichtern

Tourismus – freiwillige europäische Qualitätsgrundsätze vorgeschlagen

Nahrungsmittelverschwendung belastet die Umwelt

AdR-Konzept zu dezentraler Kommunikation mit Europas Regionen und Städten

In eigener Sache

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen: neuer Leiter

Seit dem 1. März hat das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen einen neuen Leiter: Auf Florian Domansky, der als Europa-Stabsstellenleiter nach Reutlingen wechselte und somit erfreulicherweise der Europa-Thematik erhalten bleibt, folgt nun Martin Silzer. Er hat sich bereits im Rahmen seines politik- und geschichtswissenschaftlichen Magisterstudiums (Abschluss 2010) intensiv mit dem Thema „Europa“ befasst. Durch eine derzeit in Druckvorbereitung befindliche Dissertation über die Europäisierung der finnischen Außenpolitik sind ihm auch die Zusammenhänge der Europapolitik sowie Brüssel als Ort politischer Entscheidungen vertraut. Er kann darüber hinaus auf eine mehrjährige Mitarbeitertätigkeit für Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags mit insbesondere bildungspolitischem Schwerpunkt und auf ein Praktikum bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin zurückblicken. Herr Silzer wird das Brüssel Aktuell-Kürzel „Si“ verwenden.

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen verfügt zudem über einen neuen Internetauftritt (siehe www.europabuero-bw.de), der einen besseren Überblick über die Informationen rund um das Europabüro bietet...

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 10/2014

(07. – 14.03.2014)

Aus dem Rat

Neue Entwicklungen in der Klima- und Energiepolitik

Die Europäischen Energieminister trafen Anfang März zusammen, um die Zukunft der europäischen Klima- und Energiepolitik zu erörtern. Außerdem diskutierten sie die steigenden Energiepreise, die die Energiewende zunehmend zu einem sozialen Problem machen. Initiativen wie das Achieve-Programm der EU versuchen hierbei der wachsenden Energiearmut in Europa entgegenzuwirken. Zum Thema Umweltpolitik veröffentlichte die EU-Kommission ferner zwei Studien, die Vorschläge zur Umsetzung wirtschaftlich effektiver Maßnahmen in diesem Bereich geben. Positives ist auch von der Umsetzung der 2020-Ziele für erneuerbare Energiequellen in den EU-Mitgliedstaaten zu melden: Behält die EU ihr derzeitiges Ausbautempo bei, ist deren Erfüllung laut Eurostat bis zum Jahr 2020 möglich...

Aus der Kommission

Bürokratieabbau beim Zugang zu EU-Mitteln – Fortschrittsanzeiger veröffentlicht

Am 3. März hat die EU-Kommission die endgültige Fassung ihres Vereinfachungs-Fortschrittsanzeigers für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 (Brüssel Aktuell 42/2013) verabschiedet. Danach wird der Zugang zu EU-Fördermitteln in der Förderperiode 2014-2020 um vieles einfacher. Auf Vereinfachung sei nun allerdings auch bei den technischen Umsetzungsvorschriften zu achten...

Intelligente Städte und Gemeinschaften – Einladung zu Selbstverpflichtungen

Die EU Kommission lädt zur aktiven Teilnahme an der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) für Intelligente Städte und Gemeinschaften („Smart Cities and Communities“) und Abgabe einer entsprechenden Absichtserklärung/Selbstverpflichtung („Invitation for Commitments“) ein. Interessierte Kommunen können sich noch bis zum 15. Juni 2014 bewerben...

Aus den Europäischen Verbänden

Innovationen für altersfreundliche Umgebungen: Aufruf zur Teilnahme an neuem Netzwerk

Mit AFE-INNOVNET wurde am 4. März das erste europaweite Netzwerk im Bereich Innovationen für altersfreundliche Umgebungen initiiert. Das zweijährige Projekt soll europaweit sachkundige Akteure zusammenführen, um an Neuerungen in diesem Bereich zu arbeiten und bereits vorhandene Lösungen zu teilen. Auch Kommunal- und Regionalbehörden sind eingeladen sich an AFE-INNOVNET zu beteiligen und aktiv an einem altersfreundlicheren Europa mitzuarbeiten. Partner im Konsortium sind u. a. der Europäische kommunale Dachverband Rat der Gemeinden und Regionen Europas CEMR sowie die AGE-Plattform als europäischer Verband von Seniorenorganisationen...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Nachhaltige und energieeffiziente Mobilitätssysteme für Europas Städte

Im Rahmen des Seminars zu Energieeffizienz und städtischen Transportsystemen am 4. März im Europäischen Parlament in Brüssel diskutierten EU-Abgeordnete, öffentliche Transportdienstleister und der Internationale Verein für öffentliches Verkehrswesen (UITP) zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich städtischer Mobilitätssysteme. Betont wurde dabei auch die Notwendigkeit energieeffizienter öffentlicher Verkehrsinfrastrukturen und deren Bedeutung im Prozess smarter Stadtentwicklung...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

Novellierung der ÖPNV-Verordnung – Nachschlag zur Plenarabstimmung

Verkehrssicherheitspaket – EU-Parlament zu technischer Kontrolle und Zulassungen von Pkw

Datenschutzreform: Zwischenergebnis im Parlament

Ziele zur Reduktion des Plastiktütengebrauchs

Rat verabschiedet neue Abgasnormen für Pkw

Armut – Europäischer Hilfsfonds neu aufgelegt

Bodenschutz – Richtlinienvorschlag soll zurückgezogen werden

EuGH – Regulierung und Ansiedlung von Apotheken

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 11/2014

(14. – 21.03.2014)

Aus dem Parlament

Binnenmarktausschuss veranstaltet Anhörung zum Freihandelsabkommen EU-USA

Am 17. März hatten der Chefunterhändler der EU, Ignacio Garcia Bercero, sowie sein US-amerikanisches Pendant, Dan Mullaney, die Gelegenheit, mit den Mitgliedern des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (kurz: TTIP, vgl. Brüssel Aktuell 5/2014) zu sprechen. In zwei weiteren Runden wurde über die Herausforderungen und Chancen einer regulatorischen Zusammenarbeit sowie über zu beachtende Standards im öffentlichen Beschaffungswesen diskutiert...

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds – Fortschritt im Rechtsetzungsprozess

Am 13. März hat das Plenum des Europäischen Parlaments eine Verordnung zur Einrichtung eines Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) angenommen. Mit einer Finanzausstattung von ca. 3,1 Mrd. € soll er zur Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (siehe Brüssel Aktuell 24/2013), zur Erleichterung der legalen Zuwanderung, zur Förderung gerechter Rückkehrstrategien und zur Stärkung der Solidarität und der Aufteilung der Verantwortung unter den Mitgliedstaaten beitragen. Damit deckt der AMIF die Bereiche ab, die in der alten Förderperiode durch die SOLID-Fonds Europäischer Integrationsfonds, Europäischer Flüchtlingsfonds und Europäischer Rückkehrfonds gefördert wurden...

Regionalpolitik-Studie zeigt Wege zu erfolgreichem EU-Projektmanagement

Eine jüngst erschienene zweiteilige Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments wartet mit hilfreichen Informationen für EU-Regionalförderempfänger auf. Mit einem Untersuchungsdesign aus der Multi-Level-Governance-Analyse werden Erfolgsfaktoren für regionale Förderprogramme der auslaufenden Periode 2007-2013 dargestellt. Während im ersten Teil Untersuchungsdesign und Hintergrund der Studie dargelegt werden, finden sich im zweiten Teil ausführliche Analysen zu insgesamt neun Projekten der Kohäsionsförderung, die auch Anrainer Baden-Württembergs und Bayerns umfassen...

Verbrauchererleichterungen bei Pauschalreisen und Handynutzung

Kurz vor den Europawahlen ebnete das EU-Parlament den Weg für mehrere Initiativen, die den EU-Bürgern künftig den Alltag erleichtern werden. Zum einen sollen Verbraucher bei der Buchung von Pauschalreisen demnächst besser gegen Preiserhöhungen und ungewollte Aufenthaltsverlängerungen geschützt sein. Zum anderen wird ein EU-weit einheitliches Handyladegerät künftig den „Kabelsalat“ in europäischen Haushalten verringern. Außerdem sollen die Roaming-Gebühren für Anrufe, SMS und Datenübertragungen bis Ende 2015 komplett abgeschafft werden...

Durchsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit – EU-Parlament verabschiedet Richtlinie

Am 12. März hat das Plenum des Europäischen Parlaments einen Richtlinienvorschlag über

Maßnahmen zur Erleichterung der Ausübung der Rechte, die Arbeitnehmern im Rahmen der Freizügigkeit zustehen, angenommen. Der angenommene Text stellt eine wichtige Ergänzung der Verordnung über die Arbeitnehmerfreizügigkeit dar. Diese gewährt umfangreiche Rechte. Vorgaben zu deren Durchsetzung sind dort jedoch nicht zu finden...

Aus der Kommission

Konferenz zu neuen Konzessions- und Vergaberichtlinien

Am 19. März richtete die EU-Kommission eine Konferenz zu den neuen Regeln für die Vergabe von Aufträgen und Konzessionen aus (vgl. Brüssel Aktuell 6/2014). Vier Podien widmeten sich der Verfahrensvereinfachung für KMU, der sog. sozialen und grünen Vergabe, der Innovation und schließlich der Konzessionsvergabe. Insgesamt stand neben Lob und Kritik an den neuen Regeln der Blick auf die anstehende nationale Umsetzung der Richtlinien im Mittelpunkt des Interesses, so dass viele Fragen offen bleiben mussten...

Aus dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Luftqualität: Meinungs austausch und Anhörung im EWSA

Am 17. März veranstaltete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Anhörung zur „Sauberen Luft in Europa“. Darin ging es den Mitgliedern des beratenden EU-Organs darum, Anregungen für die eigene Stellungnahme zu erhalten. Im Fokus der Diskussion stand daher die Bewertung des im Dezember 2013 veröffentlichten sog. „Luftqualitätspakets“ durch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, von Unternehmerseite sowie Vertreter der regionalen Ebene (vgl. Brüssel Aktuell 45/2013)...

EU-Depeschen

*Jugend und Bildung – „Erasmus+“-Antragsfrist für Mobilitätsprojekte verlängert
Kommunalpartnerschafts- und Bürgerschaftsprojekte – Seminar zur EfBB-Förderung in Stuttgart
Kommunalpartnerschaft – weitere Verzögerung bei der Verabschiedung des EfBB-Programms
Verkehrsinfrastrukturpolitik – Kommission ernennt neue Koordinatoren
Grüne Infrastruktur – Europäische Umweltagentur veröffentlicht Vorschlag zur Vermessung
Bürgermeisterkonvent – neue Initiative „Mayors Adapt“ zur Anpassung an den Klimawandel
EU-itik – Bald Ergebnisse der Überarbeitung verfügbar
Stadtentwicklung – innovative Maßnahmen im Sinne der EFRE-Verordnung
Frauen-Innovationspreis – Tübinger Ärztin ausgezeichnet*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 12/2014

(21.03. – 28.03.2014)

Aus dem Europäischen Rat

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Klima- und Energiepolitik 2020-2030

Auf dem Gipfel vom 20./21. März führten die Staats- und Regierungschefs eine erste Orientierungsaussprache über den von der Kommission vorgeschlagenen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030 (vgl. Brüssel Aktuell 3/2014). Gerade auch mit Blick auf die vage Formulierung der EU-Klimazielsetzung 2030 waren dabei keine großen Fortschritte zu verzeichnen...

Aus der Kommission

Vorschlag zur Überarbeitung der europäischen Öko-Verordnung

Am 24. März legte EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș (RO) dem Europäischen Rat der Landwirtschaftsminister bei seiner Zusammenkunft in Brüssel einen Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen vor. Nachdem der Bio-Sektor in der Vergangenheit mit Betrugsfällen und schwankendem Verbrauchervertrauen zu kämpfen hatte, will die Kommission nun die Produktionsbestimmungen für ökologische Erzeugnisse und Importprodukte aus Drittländern verschärfen...

Bürgerinitiative „Right2Water“ – Kommission fasst Sachstand zusammen

Mit einer Mitteilung antwortete die Europäische Kommission am 19. März auf die Forderungen der Bürgerinitiative „Right2Water“ auf eine ausreichende Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit Trinkwasser und einer sanitären Grundversorgung (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 7/2014). Die Kommission unterstreicht in dieser, dass v. a. eine hohe Qualität, ein leichter Zugang und die Erschwinglichkeit von Wasser entscheidend sind. Die Mitteilung gibt Auskunft über den aktuellen Stand der EU-Wasserpolitik und benennt Maßnahmen, mit denen eine sichere und bessere Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung noch weitgehender gewährleistet werden soll...

Freihandelsabkommen EU-USA – Konsultation zu Investorenschutzbestimmungen

Am 27. März eröffnete die EU-Kommission eine Online-Konsultation zum Investorenschutz im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Der EU-Handelskommissar Karel de Gucht (BE) reagiert damit auf die in der Öffentlichkeit vorgebrachten Befürchtungen, dass ausländische Investoren EU-Staaten mit der Androhung von Schadenersatzforderungen unter Druck setzen und auf diese Weise Umwelt- und Verbraucherschutzstandards unterlaufen werden könnten. Interessierte Kreise können sich bis zum 21. Juni 2014 in die Diskussion auf EU-Ebene einbringen...

EU-Depeschen

Vergabe/Konzessionen – Richtlinienentexte im EU-Amtsblatt veröffentlicht

Umweltverträglichkeitsprüfung – Novellierungsprozess der Richtlinie nahezu abgeschlossen

Europawahl – Kampagne des Europäischen kommunalen Dachverbands

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 13/2014

(28.03. – 04.04.2014)

Aus dem Rat

„Kulturhauptstädte Europas“: Wie geht es ab 2020 weiter?

Der Ministerrat hat am 24. März den Vorschlag der EU-Kommission zur Weiterführung der Initiative „Kulturhauptstädte Europas“ angenommen. Da der derzeit gültige Beschluss Nr. 1622/2006/EG im Jahr 2019 ausläuft, wurde im neuen Beschluss die Regelung für die Jahre 2020 bis 2033 festgelegt und somit ein fließender Übergang der Initiative sichergestellt. Vorausgegangen war eine öffentliche Konsultation sowie eine Konferenz zum 25-jährigen Bestehen der „Kulturhauptstädte Europas“, um verschiedene Meinungen in den Novellierungsprozess einfließen zu lassen. Außerdem hat der Ausschuss der Regionen eine Stellungnahme abgegeben, die im Beschluss berücksichtigt wurde (vgl. Brüssel Aktuell 29/2012)...

Aus der Kommission

Betriebliche Altersvorsorge: Neufassung der EbAV-Richtlinie

Am 27. März schlug EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier (F) im Rahmen der Veröffentlichung eines Aktionsplans zur Verbesserung der langfristigen Finanzierung der europäischen Wirtschaft auch die Überarbeitung der Richtlinie 2003/41/EG für Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge vor. Innerhalb der EU bestehe ein erhöhter Bedarf an langfristigen Investitionen in Infrastrukturen für Energie, Verkehr und Kommunikation sowie in Bildung, Forschung und Entwicklung. Der Aktionsplan zeigt Wege auf, den Anteil für langfristige Investitionen wie die Bildung langlebiger Sachanlagen und immaterieller Vermögenswerte zu steigern. Betriebsrenten als eine Form langfristiger Anlagearten sollen EU-weit stärker etabliert werden. Kommunen bieten für ihre Beschäftigten auch eine Zusatzversorgung über Betriebsrenten an und sind durch die Novellierung mittelbar betroffen. Dem Aktionsplan ging im Jahr 2013 eine Konsultation zum Grünbuch „langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft“ voran (vgl. Brüssel Aktuell 13/2013)...

Bilanz zum Ziel die Zahl der Verkehrstoten zu verringern

Mit ihrem im März 2011 veröffentlichten Weißbuch Verkehr setze sich die EU-Kommission u. a. zum Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 zu halbieren bzw. bis 2050 auf nahezu Null zu senken (Brüssel Aktuell 13/2011). Ferner soll die Zahl schwerer Verletzungen im Straßenverkehr verringert werden. In einem am 31. März veröffentlichtem Leitfaden zur Straßenverkehrssicherheit („Road Safety Vademecum“) zieht die Kommission eine erste Bilanz für die Jahre 2010-2013. So hat sich die Zahl der Straßenverkehrstoten in dieser Zeit um 17 % verringert...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

Grundstückserschließung ist keine staatliche Beihilfe

Recycling – Deutschland erneut vorbildlich

EuGH – Mehrwertbesteuerung von Medikamenten aus der Krankenhausapotheke

„RegioStars“ 2014 – Auszeichnung der innovativsten EU-Regionalpolitikprojekte

Preise für nachhaltige städtische Mobilität verliehen

Donauraum – National Contact Point für neuen INTERREG B-Programmraum kommt nach Ulm

Krim-Krise: Kommunalverband betont regionale und lokale Rechte

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 14/2014

(04. – 11.04.2014)

Aus der Kommission

Auslegungsleitlinien zur ÖPNV-Verordnung veröffentlicht

Am 29. März hat die EU-Kommission die Auslegungsleitlinien zur Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (ÖPNV-VO) veröffentlicht. Sie positioniert sich hierin zum Anwendungsbereich der ÖPNV-VO, definiert die Begriffe der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung, erteilt Hinweise zur Vergabe öffentlicher Aufträge, erläutert die Problematik von Ausgleichsleistungen und die Pflichten der zuständigen Behörden zur Veröffentlichung und Transparenz. Bei den Leitlinien handelt es sich nicht um neue verbindliche Rechtsvorschriften. Auch ist ihre Geltungsdauer fraglich, wurde doch erst kürzlich vom Plenum des EU-Parlaments die novellierte Fassung der ÖPNV-VO angenommen (vgl. Brüssel Aktuell 9/2014 und 10/2014)...

Aus dem Gerichtshof

Leihmutterschaft: Kein Anspruch auf Mutterschaftsurlaub für Bestellmütter

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) beantwortete mit den Urteilen vom 18. März die Vorabentscheidungsersuchen zweier nationaler Gerichte aus dem Vereinigten Königreich und Irland zu den Rechtssachen C-167/12 und C-363/12. Beide Urteile hatten die Fragestellung zum Gegenstand, ob Bestellmüttern, die im Rahmen einer Ersatzmuttervereinbarung rechtliche Mütter eines Kindes geworden sind, Mutterschaftsurlaub oder vergleichbarer Urlaub gewährt werden müsse. Der EuGH beantwortete die Vorabentscheidungsersuchen dahingehend, dass nach Unionsrecht kein Anspruch auf derartigen Urlaub bestünde, es den Mitgliedstaaten aber freistehe, günstigere Regelungen zu treffen...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Projekte zum nachhaltigen städtischen Güterverkehr

Die Europäische Kommission strebt bis zum Jahr 2030 eine CO₂-freie Stadtlogistik an. In einem internationalen Seminar zur Politikgestaltung und den Erfahrungen mit dem städtischen Güterverkehr wurden am 2. April in Brüssel verschiedene Praxisbeispiele aufgezeigt, die der Reduzierung von CO₂-Emissionen dienen...

EU-Depeschen

*Erasmus+ – Deutscher Programmleitfaden und Antragsformulare
Elektronische Gesundheitsdienste – EU-weite Studie veröffentlicht
„Grüne Hauptstadt Europas 2016“ – Essen ist im Finale
Innovationshauptstadt 2014 wird Barcelona
Ausschuss der Regionen beschließt Charta für Multi-Level-Governance*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 15/2014

(11. – 18.04.2014)

Aus dem Parlament

Abstimmung über die Verordnung für einen einheitlichen Telekommunikationsmarkt

Am 3. April nahm das EU-Parlament die „Verordnung über Maßnahmen zum europäischen Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation und zur Verwirklichung des vernetzten Kontinents“ an. Vorausgegangen war eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie zum europäischen Breitbandmarkt...

Aus der Kommission

Neue Regeln für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen

Am 9. April veröffentlichte die Europäische Kommission neue Vorschriften für staatliche Beihilfen in den Bereichen Umweltschutz und Energie. Ziel der Leitlinien ist es, die Mitgliedstaaten bei der Bewilligung von Beihilfen zur Erreichung ihrer Klimaziele bis zum Jahr 2020 zu unterstützen sowie eine nachhaltige und sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Marktverzerrungen soll entgegengewirkt werden...

Zwischenbericht zur öffentlichen Konsultation zu EPSAS veröffentlicht

Das Statistische Amt der Europäischen Union EUROSTAT veröffentlichte kürzlich einen Berichtsentwurf zu den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation zur möglichen Einführung harmonisierter europäischer Rechnungslegungsgrundsätze (EPSAS). Im Konsultationszeitraum vom 25. November 2013 bis 17. Februar 2014 (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 6/2014) wurden 203 Konsultationsbeiträge eingereicht – davon mit 141 Beiträgen allein 69,5 % aus Deutschland. Der Bericht wurde einer von der Kommission eingerichteten Arbeitsgruppe, der je ein Experte der nationalen Regierungen der 28 EU-Mitgliedstaaten angehört, am 27. März in Luxemburg vorgelegt...

Förderprogramme

Konsultation zu Stadtentwicklungs-Programm URBACT III 2014-2020

Integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung unter Konzentration auf fünf thematische Schwerpunkte ist das Thema des neu aufgelegten Stadtentwicklungs-Programms URBACT III. Stadtentwickler und andere interessierte Kreise können sich bis Ende April 2014 an der jetzt freigeschalteten Konsultation beteiligen. Auch in der neuen Förderperiode ergänzt URBACT III die Stadtentwicklungsformate der EU (vgl. Brüssel Aktuell 7/2014) und trägt zur Europa 2020-Strategie bei...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Städtenetzwerk POLIS veranstaltet Konferenz zum Thema aktive Mobilität

Am 7. und 8. April veranstaltete POLIS, ein Netzwerk von etwa 60 europäischen Städten, Regionen und Forschungseinrichtungen, das sich mit dem Thema nachhaltige Mobilität befasst (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 39/2012), eine Arbeitsgruppensitzung zum Thema „Promoting active travel and encouraging travel behaviour change through sustainable

transport approaches“ im europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Brüssel. Ziel war es, über laufende Projekte sowie den Fortschritt bei der Förderung aktiver Mobilität unter Betrachtung des Gesundheitsaspekts zu informieren und zu diskutieren...

Kreatives Europa – ESF-Mittel – Mobilität: EU-Informationen in Stuttgart

In der nächsten Zeit finden mehrere kommunalrelevante Informationsveranstaltungen in Stuttgart statt. Zum einen informiert der Verband Region Stuttgart am 29. April 2014 über das EU-Aktionsprogramm „Kreatives Europa“. Sodann bietet u. a. die Stadt Stuttgart am 19. Mai 2014 eine Programmübersicht zum Europäischen Sozialfonds an. Schließlich findet, ebenfalls organisiert von der Stadt Stuttgart, vom 1. bis 3. Juni 2014 ein Kongress im Workshop-Format zur städtischen Mobilität statt...

EU-Depeschen

- *E-Vergabe – Rat befürwortet Richtlinienvorschlag*
- *Freihandelsabkommen EU-USA – Konsultation zu Investorenschutzbestimmungen auf Deutsch*
- *Kommunalpartnerschaftsförderung – Rat der EU verabschiedet endlich EfBB-Programm*
- *Beihilfebeschwerden – EU-Kommission führt obligatorisches Beschwerdeformular ein*
- *Überprüfung der EEG-Umlage am Maßstab der neuen Beihilfeleitlinien*
- *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds – Verabschiedung durch den Rat der EU*
- *Plenum zur Portabilität der Zusatzrentenansprüche*
- *Gleichstellungsbericht der EU-Kommission veröffentlicht*
- *„Gesunde Arbeitsplätze – den Stress managen“ – EU-weite Kampagne gestartet*
- *Besserer Zugang zu EU-Institutionen für Gehörlose*
- *Manifest des CEMR zu den Europawahlen jetzt auch in Deutsch*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 16/2014

(18. – 25.04.2014)

Aus dem Rat

Revision der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung

Nachdem Mitte März das Plenum des EU-Parlaments für die Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeit bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (UVP-Richtlinie) gestimmt hatte (vgl. Brüssel Aktuell 12/2014), erfolgte am 14. April die Verabschiedung durch den Rat. Damit bestätigte der Rat den im Trilog erzielten Kompromiss zur Straffung der Vorschriften. Von der Novellierung sind alle Grundelemente einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) betroffen. Die geänderte Richtlinie wird am 20. Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten und muss von den Mitgliedstaaten innerhalb von drei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden...

Aus dem Parlament

Neues aus dem Verkehrsbereich

Verschiedene Verkehrsthemen standen im April im Fokus der Europäischen Institutionen. Das EU-Parlament nahm Texte zu alternativen Kraftstoffen und zur eCall-Infrastruktur an, wohingegen eine Einigung zur vereinfachten Kfz-Zulassung nicht erreicht wurde. Der Europäische Rechnungshof bemängelt in einem Sonderbericht die Wirksamkeit von EU-Fördermitteln im Nahverkehrsbereich. Schließlich stellte die EU-Kommission die erste Ausgabe ihres Verkehrsanzeigers vor...

Transparenz-Register – Kommunen fallen in den Anwendungsbereich

Das Europäische Parlament hat am 15. April per Beschluss einer Änderung der interinstitutionellen Vereinbarung mit der Kommission über das Transparenz-Register zugestimmt. Danach wird explizit von kommunalen Behörden als Organisationen, die sich mit der Gestaltung und Umsetzung von EU-Politik befassen, erwartet, dass sie sich im Transparenz-Register registrieren lassen. In der bisherigen interinstitutionellen Vereinbarung war noch festgelegt, dass kommunale Behörden wie z. B. auch regionale Behörden nicht in den Anwendungsbereich des Registers fallen...

Aus der Kommission

Öffentliche Konsultation zu mobilen Gesundheitsdiensten gestartet

Die EU-Kommission möchte mobile Gesundheitsdienste fördern und hat deshalb Anfang April ein Grünbuch zu „Mobile-Health-Dienste“ („mHealth“) veröffentlicht. Ziel ist es, Informationen und Vorschläge zu Sicherheits- und Leistungsanforderungen an Lifestyle- und Gesundheits-Apps sowie zu Sicherheitsvorkehrungen einzuholen, um mögliche Politikmaßnahmen einzuleiten. Stellungnahmen und Beiträge können bis zum 3. Juli 2014 eingereicht werden...

EU-Depeschen

Plenum befürwortet Verpackungsmüllrichtlinie

*Zwei Plenum verabschiedet Verordnung zu invasiven gebietsfremden Arten
EU-Parlament verabschiedet strengere Lärmschutz-Regeln für Fahrzeuge
Energieeffizienz von Gebäuden – Strafen für Belgien und Finnland
Überarbeitetes WTO-Übereinkommen in Kraft
EMAS-Award für Sächsische Bildungsgesellschaft Dresden und Umweltbundesamt
EFRE-Auftaktveranstaltung für Baden-Württemberg 2014-2020
EU-weit geringste Arbeitslosigkeit in Oberbayern, Freiburg und Tübingen
Konvent der Bürgermeister startet Programm zur Anpassung an Klimawandel
„Juvenes Translatores“ – Nachwuchsübersetzer erhalten Preise*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 17/2014

(25.04. – 02.05.2014)

Aus dem Parlament

Kostenreduktion beim Breitbandausbau – Richtlinie verabschiedet

Am 15. April nahm das Plenum des EU-Parlaments den zuvor verhandelten Kompromiss „über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation“ mit großer Mehrheit (639 „Ja“- , 18 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen) an. Ziel ist es, bestehende Infrastrukturen wie Fernleitungen, Masten, Gebäude und Gebäudeeingänge uvm. zu nutzen und einen effizienteren Ausbau neuer Infrastrukturen zu ermöglichen. Insgesamt sollen so die Kosten für den Breitbandausbau gesenkt werden. U. a. wird die Rechtsform von einer Verordnung in eine Richtlinie abgeändert und damit ein größerer nationaler Ausgestaltungsspielraum ermöglicht (vgl. Brüssel Aktuell 13/2013)...

Verbrauchererleichterungen und Einsatz für die Umwelt

Der Alltag der europäischen Verbraucher soll durch zwei neue Richtlinien erleichtert werden. Zum einen soll jeder EU-Bürger das Recht auf ein Basiskonto erhalten. Zum anderen wird durch ein einheitliches Ladegerät für Mobiltelefone der „Kabelsalat“ in den europäischen Haushalten reduziert (vgl. Brüssel Aktuell 11/2014). Mit dem „Kabelsalat“ wird gleichzeitig auch der Elektroschrott verringert. Abfallvermeidung und -reduzierung sind ebenso die Kerninhalte des Aktionstags zum Frühjahrsputz in Europa...

Aus der Kommission

Visavorschriften – Flexibilisierung vorgeschlagen

Mit dem Ziel, die Einreise in den Schengen-Raum zu erleichtern und dadurch der europäischen Wirtschaft u. a. in den Bereichen Tourismus, Gastronomie und Verkehr neue Impulse zu geben, legte die Kommission am 1. April ein Reformpaket zur Änderung der Visavorschriften vor...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

URBACT-III-Konsultation – neue Frist

Einführung des Europäischen Berufsausweises (EPC) – Konsultation gestartet

Elektronische Identifizierung – Harmonisierung von Signaturen etc. bis Mitte 2016

2015 wird das Europäische Jahr der Entwicklung

Gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen und Arzneimitteln in der EU

Regionalpolitik – Auswertung der letzten Förderperiode jetzt auf Deutsch

Eurocities – Anna Lisa Boni wird neue Generalsekretärin

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 18/2014

(02.05. – 09.05.2014)

Aus dem Parlament

Soziales und Ökologisches Engagement – Berichtspflichten für große Unternehmen

Das Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedete Mitte April eine Richtlinie, welche die Berichtspflichten bezüglich des sozialen und ökologischen Engagements von Unternehmen berührt, die durchschnittlich mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen. Die Richtlinie zur „Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen“ gilt also nicht für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Zudem hat die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet, um mehr darüber zu erfahren, wie die soziale Verantwortung von Unternehmen weiter gefördert werden kann. Interessierte Kreise können sich noch bis zum 15. August 2014 in die Diskussion einbringen...

Aus dem Gerichtshof

Streichung von Gebieten aus dem Netzwerk „Natura 2000“

Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, der Kommission auf Antrag eines betroffenen Grundstückseigentümers die Aufhebung der Klassifikation als „Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung“ (GGB) vorzuschlagen, wenn dieses infolge von Umweltschäden trotz Beachtung der FFH-Richtlinie endgültig nicht mehr zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen beitragen kann. Dies hat am 3. April der Gerichtshof der EU (EuGH) im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens geurteilt...

Förderprogramme

Europa für Bürgerinnen und Bürger – Programmleitfaden und Antragsformulare online

Am 6. Mai veröffentlichte die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) den Programmleitfaden, die Einreichfristen sowie die elektronischen Antragsformulare für das kommunalpartnerschaftsrelevante EU-Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB). Der Programmleitfaden ist erfreulicherweise viel kürzer und übersichtlicher als in den Vorjahren. Darüber hinaus bewirkt die Verwendung von Teilnehmercodes (PIC) pro antragstellender bzw. am Projekt beteiligter Organisation, dass nicht bei jedem neuen EfBB- oder sonstigen EU-Fördermittelantrag erneut alle Daten zur Organisation eingegeben werden müssen...

LIFE – mehrjähriges Arbeitsprogramm für 2014-2017 veröffentlicht

Seit dem 30. April ist das erste mehrjährige LIFE-Arbeitsprogramm für 2014-2017 auf Deutsch verfügbar. Die Basis des von der Europäischen Kommission am 19. März veröffentlichten Arbeitsprogramms ist die Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 zur Ausgestaltung des europäischen Umweltprogramms LIFE für die Jahre 2014-2020 (sog. LIFE-Verordnung; vgl. Brüssel Aktuell 42/2013)...

EU-Depeschen

Abfallbewirtschaftungsplan – Konkretisierung durch den EuGH

EuGH – Bestimmung des Wechselkurses bei der Rückzahlung von Sozialleistungen

EuGH – Generalanwalt zur Ausschreibungspflicht von Krankentransportleistungen

Vertretung der EU-Kommission in Berlin unter neuer Leitung

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 19/2014

(09.05. – 16.05.2014)

Aus dem Rat

Freihandelsabkommen – Bestandsaufnahme auf EU-Ebene

Das Thema Freihandelsabkommen und im Besonderen die Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU mit den USA beherrscht die öffentliche Diskussion nicht nur in Brüssel, auch in Deutschland. Auf EU-Ebene überlegt die EU-Kommission derzeit, dem EuGH die Frage vorzulegen, welche Verfahrensschritte grundsätzlich vor dem Inkrafttreten eines Freihandelsabkommens zu beachten sind. Außerdem beschäftigte sich am 8. Mai der Ministerrat mit den laufenden Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit Drittstaaten und verschaffte sich einen Überblick über den Stand der Dinge...

Freihandelsabkommen – Verordnung zu Investorenschutzbestimmungen

Rat und EU-Parlament verabschiedeten Anfang Mai bzw. Mitte April eine Verordnung zur finanziellen Zuständigkeit für Investor-Staat-Streitigkeiten vor Schiedsgerichten. Investitionsschutzklauseln, die oft Bestandteil von Freihandelsabkommen sind, eröffnen internationalen Unternehmen die Möglichkeit gegenüber einem Nationalstaat Schadenersatzansprüche geltend zu machen, wenn durch nationale Regeln der Gewinn der Firma beeinträchtigt werden kann. Die EU-Kommission hatte sich bezüglich der Investorenschutzbestimmungen Ende März entschieden, im Fall des Freihandelsabkommens EU-USA (TTIP) die Gespräche hierzu auszusetzen und eine öffentliche Konsultation durchzuführen (siehe Brüssel Aktuell 15/2014). Am 12. Mai erläuterte die EU-Kommission nun anlässlich eines Austauschs mit interessierten Kreisen die Zielsetzung der Befragung und gab ihnen die Möglichkeit ihrerseits Anregungen für die anstehende fünfte Verhandlungsrunde zum TTIP, die vom 19. Mai bis zum 23. Mai in den USA stattfinden wird, einzubringen...

Aus der Kommission

Handbuch über staatliche Beihilfen für den Breitbandausbau

Am 8. Mai veröffentlichte die EU-Kommission ein neues Handbuch zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei Investitionen in den Breitbandausbau. Ziel ist es, Behörden eine Hilfestellung zu geben, die in den Breitbandsektor investieren möchten oder eine Kofinanzierung von Projekten mit den EU-Struktur- und Investitionsfonds planen. Der Leitfaden zeigt auf, wann nach Ansicht der Kommission eine Beihilfe zum Ausbau der Infrastruktur im Bereich Breitband mit dem Binnenmarkt vereinbar ist...

Konsultation zur Europa 2020-Strategie

Vier Jahre nach ihrer Verabschiedung steht die Europa 2020-Strategie erstmals auf dem Prüfstand. Am 5. Mai startete die EU-Kommission dazu eine öffentliche Konsultation. Die Basis der Befragung bildet eine Mitteilung der Kommission vom 5. März, in der sie eine vorläufige Bilanz zur Umsetzung der Strategie zieht...

Kultur – Europäische Auszeichnungen verliehen

Auf EU-Ebene wurden im April und Mai zwei europäische Kulturauszeichnungen verliehen, die zur Bewahrung des gemeinsamen kulturellen Erbes beitragen sollen. Dabei handelt es sich um den Europäischen Kulturerbepreis „Europa Nostra Award“ (vgl. Brüssel Aktuell 24/2013) sowie erstmalig um die Verleihung des Europäischen Kulturerbe-Siegels...

Aus dem Gerichtshof

Präzisierung zur ausschreibungsfreien In-house-Ausnahme

Am 8. Mai hat sich der EuGH in einem Vorabentscheidungsersuchen aus Deutschland erneut zum Kontrollkriterium der In-house-Ausnahme geäußert (Az. C-15/13). Die Kontrolle dürfe sich demnach nicht nur auf einen Teil der Tätigkeiten beziehen. Eine Entscheidung, ob die In-house-Ausnahme auch auf sog. horizontale In-house-Geschäfte angewendet werden kann, unterbleibt...

Förderprogramme

„Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ – Arbeitsprogramm 2014 veröffentlicht

Am 24. April hat die Europäische Kommission das Jahresarbeitsprogramm 2014 für die Durchführung des EU-Förderprogramms „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ angenommen (siehe Brüssel Aktuell 1/2014). Gleichzeitig hat sie die Finanzierungsdetails beschlossen. Dem Arbeitsprogramm lässt sich entnehmen, wann mit welchen Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen, Ausschreibungen für Betriebskostenzuschüsse bzw. öffentlichen Aufträgen der EU zu rechnen ist. Dargestellt werden im Folgenden lediglich die Projektarten, für die öffentliche Einrichtungen bzw. private, nicht gewinnorientierte Organisationen im Jahr 2014 eine Förderung beantragen können...

EU-Depeschen

*Ministerrat stimmt Kostenreduktion beim Breitbandausbau zu
Automatisches Notrufsystem „eCall“ für Neufahrzeuge – Verabschiedung im Ministerrat
Bilanz der EU-Kommission für die Jahre 2010-2014
Neuer Mitteilungsservice der EU-Kommission für Bürger
Konsultation zur EU-Umweltzeichenverordnung
Kohäsionspolitik – Länderinformationsblätter veröffentlicht
Ausschuss der Regionen fordert Rückgriff auf Multi-Level-Governance-Charta
Vergaberecht – Rechtsmittelfrist beginnt bei wesentlichen Änderungen neu
EuGH zum Ausgleich von Familienleistungen für Wanderarbeitnehmer
Verkehrssünder-Datenaustausch – nichtige Richtlinie weiterhin wirksam
Bayerische und baden-württembergische Kommunen für ihr Europaengagement geehrt
Preis der Zivilgesellschaft 2014 ausgeschrieben – Integration von Roma*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 20/2014

(16.05. – 23.05.2014)

Aus dem Rat

Finanzmarktregulierung: MiFID II ist auf dem Weg – Stadtwerke berücksichtigt

Am 13. Mai brachte der Rat der EU die Neuregelung von Märkten für Finanzinstrumente („Markets in Financial Instruments Directive“, MiFID II) auf den Weg, nachdem bereits das Europäische Parlament am 15. April mit 574 befürwortenden und 23 ablehnenden Stimmen bei 24 Enthaltungen für die Neuregelung gestimmt hatte. Sie betrifft auch kommunale Energieversorger. Diese sind durch eine Ausnahmeklausel von den Bestimmungen für professionelle Händler befreit, können sich aber auf Antrag als solche registrieren lassen...

Aus der Kommission

Geodaten und -dienste – Auswertung der Konsultation zur INSPIRE-Richtlinie

Die EU-Kommission veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse der von Dezember 2013 bis Februar 2014 durchgeführten Konsultation über die Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE-Richtlinie, vgl. Brüssel Aktuell 44/2013). Im nächsten Schritt wird die EU-Kommission nun das Europäische Parlament und den Rat über die Ergebnisse der Konsultation unterrichten und ggf. Vorschläge zur Überarbeitung der Richtlinie unterbreiten...

Europäische Ombudsfrau prüft Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission

Die Generaldirektion „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“ (GD AGRI) der Europäischen Kommission richtet gerade 14 „Gruppen zum Zivildialog“ ein, die als Beratungsgremien im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik – und damit auch der ländlichen Entwicklung – dienen. Ihre Aufrufe zur Mitarbeit in den neuen Gremien richteten sich dieses Mal lediglich an Nichtregierungsorganisationen. Dass die Kommission somit eine Mitgliedschaft von Kommunalvertretern ausschließt, ist nicht nachvollziehbar. Vor diesem Hintergrund ist es sehr begrüßenswert, dass die Europäische Bürgerbeauftragte, Emily O'Reilly (IRL), am 12. Mai aus eigener Initiative eine Untersuchung zur Zusammensetzung und Transparenz von Expertengruppen der Kommission eingeleitet hat. Sie bittet alle Interessenten um Rückmeldung dazu, wie ausgewogen relevantes Expertenwissen und Interessen in den Expertengruppen vertreten sind, wie transparent die Gruppen arbeiten und wie gut die Verfahren zur Aufnahme von Mitgliedern funktionieren...

Aus dem Gerichtshof

Wasserdienstleistungen – Schlussanträge zum Verfahren gegen Deutschland

Am 22. Mai wurden die Schlussanträge des Generalanwalts Niilo Jääskinen (FIN) im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland bzgl. der Wasserdienstleistungen veröffentlicht. Diesen zufolge sollte die Klage unzulässig und unbegründet sein. Der EuGH wird sich in diesem Verfahren zum ersten Mal mit der Tragweite des Grundsatzes der Gebührenberechnung für Wasserdienstleistungen im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) beschäftigen. Insofern handelt es sich um ein „Pilotverfahren“, das zu einer Vielzahl von weiteren Klagen führen und die Frage klären könnte, ob die Kostendeckung für Wasserdienstleistungen in Deutschland angemessen kostendeckend im Sinne der WRRL sind...

Sozialtourismus – Schutz vor Missbrauch des deutschen Sozialsystems

Am 20. Mai legte Generalanwalt Melchior Wathelet (B) seine Schlussanträge in der Rechtssache C-333/13 vor. In diesen kommt er zu dem Ergebnis, dass nach europäischem Recht Sozialhilfeleistungen abgelehnt werden können, wenn ein EU-Bürger nur nach Deutschland kommt, um Sozialhilfe zu beziehen. Der Generalanwalt bestätigt damit das Recht der Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine übermäßige Belastung für die Sozialhilfesysteme zu vermeiden...

Aus dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas

Kohäsionspolitik – Partnerschaft Staat-Kommunen verbesserungswürdig

Der europäische kommunale Dachverband Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat eine Studie veröffentlicht, die den Status quo der kohäsionspolitischen Zusammenarbeit bei Partnerschaftsvereinbarungen und Operationellen Programmen zwischen staatlicher und lokaler Politikebene untersucht. Unter den 18 analysierten Ländern befindet sich Deutschland nur im Mittelfeld. Der RGRE leitet von der Studie konkrete Forderungen für die Einbindung der lokalen Ebene ab. Insbesondere sollen vor dem Hintergrund der über 325 Mrd. €, die 2014-2020 für die Strukturförderung gerade auch auf der subnationalen Ebene zur Verfügung stehen, die Mitwirkungsrechte der regionalen und lokalen Akteure gestärkt werden...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

Bodenschutzrichtlinie zurückgezogen

Vergaberecht – Konsultation zur Rechtsmittelrichtlinie gestartet

Finanzmarktregulierung – EU-Kommission veröffentlicht Übersicht über das Regelwerk

Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) – Näheres zu Antragsfristen

Verleihung des „EU Natura 2000 Awards“

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 21/2014

(23.05. – 30.05.2014)

Thema der Woche

Neuverteilung der Mandate und Ämter auf EU-Ebene

Fast 400 Mio. Unionsbürger waren vom 22. bis 25. Mai aufgerufen, das neue Europäische Parlament zu wählen und damit auch die Auswahl des nächsten Kommissionspräsidenten zu beeinflussen. Davon sind 43,09 % zur Wahlurne gegangen (2009: 43 %). Die Wahlbeteiligung lag in Bayern bei 40,8 %, in Baden-Württemberg bei 52 % und Sachsen bei 49,2 %. Im Folgenden wird beschrieben, wie auf der Grundlage des Wahlergebnisses in den kommenden Monaten die wichtigsten Posten auf EU-Ebene verteilt werden. Die neuen und wiedergewählten Europaabgeordneten, die künftig die bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Bürger auf EU-Ebene vertreten, werden in einem gesonderten Brüssel Aktuell-Artikel in dieser Ausgabe vorgestellt...

Abgeordnete des 8. Europäischen Parlaments aus Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen

Der Souverän hat entschieden. 27 oder 28 neu bzw. wiedergewählte Abgeordnete werden Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen in der Wahlperiode 2014-2019 des Europäischen Parlaments (EP) vertreten. Noch unsicher ist, ob Reinhard Bütikofer für Baden-Württemberg zuständig sein wird. Zuletzt waren es 15 (jetzt: 12) Abgeordnete für Bayern, 11 (jetzt 11 oder 12) für Baden-Württemberg und 5 (jetzt 4) für Sachsen. Die Parteienlandschaft ist u. a. auf Grund des Wegfalls der Fünf- bzw. Drei-Prozent-Sperrklausel vielfältiger geworden, was sich auch beim parteipolitischen Spektrum der bayerischen, baden-württembergische und sächsischen Abgeordneten zeigt (vgl. Brüssel Aktuell 7/2014)...

EU-Depeschen

*Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland gebilligt – 27,5 Mrd. € zur Verfügung
Kohäsionspolitik – Ombudsfrau untersucht Beachtung der Grundrechte bei Mittelvergabe der EU
Verkehr – Kommission startet Konsultation zum kombinierten Güterverkehr
Schülerverkehr – EU-Projekt Stars für verstärkte Fahrradnutzung*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 22/2014

(30.05. – 06.06.2014)

Aus der Kommission

Novellierung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

Am 21. Mai hat die EU-Kommission die reformierte Version der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) veröffentlicht (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 44/2013). Die formelle Annahme wird demnächst erfolgen. Die AGVO nimmt bestimmte Gruppen von Beihilfen von der Pflicht zur vorherigen Notifizierung bei der EU-Kommission aus und soll der Vereinfachung des Beihilferegimes dienen. Die vorangegangenen Konsultationen (vgl. Brüssel Aktuell 1/2014) widmeten sich auch kommunalrelevanten Bereichen wie dem Breitbandausbau, Kultur oder Sport sowie den neu eingeführten Schwellenwerten...

Europäisches Semester – Länderspezifische Empfehlungen veröffentlicht

Im Rahmen der haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 45/2013) legte die EU-Kommission am 2. Juni Empfehlungen vor, was sich jeweils in den einzelnen Mitgliedstaaten zugunsten von mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ändern sollte. Empfehlungen wurden für 26 Mitgliedstaaten ausgesprochen. Griechenland und Zypern unterliegen wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen und sind zur Vermeidung von Dopplungen ausgenommen. Die Empfehlungen für Deutschland betreffen auch die Einnahmen sowie die Aufgabengebiete der Kommunen. Sie sind auch für Kommunen als Arbeitgeber von Interesse...

Klimaschutz – Neue Strategie für schwere Nutzfahrzeuge

Annie Hedegaard (DK), EU-Kommissarin für Klimapolitik, präsentierte am 21. Mai eine neue Strategie zur Minderung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge. Hierzu zählen beispielsweise Lkw mit mehr als 3,5 t oder Personenverkehrsfahrzeuge mit mehr als acht Sitzen wie Busse...

Digitale Agenda: neuer Leitfaden, Zwischenbilanz und eGovernment-Bericht

Die EU-Kommission hat am 28. Mai „The Digital Agenda Toolbox“ veröffentlicht. Dieser „Werkzeugkasten“ soll die digitalen Aspekte der kohäsionspolitischen Strategien der Mitgliedstaaten besser koordinieren. Dabei wird insbesondere auf die Digitale Agenda für Europa (vgl. Brüssel Aktuell 19/2010) Bezug genommen. Das Dokument wurde gemeinsam von der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologie (GD CONNECT) und der gemeinsamen Forschungsstelle der EU erarbeitet. Außerdem hat die Kommission zwei Berichte herausgebracht, die sich mit der Umsetzung der Digitalen Agenda sowie mit den Dienstleistungen des sog. eGovernment beschäftigen...

EU-Depeschen

Europäisches Parlament I – CSU-Europagruppe wählt neue Vorsitzende

Europäisches Parlament II – Führung der beiden größten Fraktionen formiert sich

Badegewässer in der EU haben hohe Qualität

Kulturelles Erbe – Rat betont Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft

Makroregionale Strategien – Bericht zur Governance vorgelegt

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 23/2014
(06.06. – 13.06.2014)

Aus dem Rat

Entschließung zum Arbeitsplan Sport 2014-2017

Der Rat der EU verabschiedete am 21. Mai eine Entschließung zum Arbeitsplan der Europäischen Union für den Sport (2014-2017), welcher zur Entwicklung einer europäischen Dimension des Sports beitragen soll. Inhaltlich behandelt der Arbeitsplan die Integrität des Sports, seine wirtschaftliche Bedeutung sowie dessen gesellschaftliche Rolle. Diesbezüglich sollen Empfehlungen für die Praxis herausgegeben werden. Außerdem äußert sich der Rat zum Abbau sexistischer Vorurteile im sportlichen Bereich...

Aus der Kommission

Grüne Woche 2014 – Effizienter Umgang mit Ressourcen und Abfall

Die diesjährige „Grüne Woche“, welche vom 3. bis 5. Juni in Brüssel stattfand, widmete sich dem Thema Abfall und Rohstoffe. Sie stand damit ganz im Zeichen des aktuellen Revisionsprozesses der EU-Abfallpolitik, der im Jahr 2014 abgeschlossen werden soll. Für den 2. Juli 2014 werden die Vorschläge der EU-Kommission zur künftigen Ausgestaltung der Abfallrahmenrichtlinie sowie der Abfallstromrichtlinien erwartet...

Innovationsunion – Stand und Perspektiven

Die EU-Kommission hat am 10. Juni eine Zwischenbilanz zur Thematik der Innovationsunion in Form eines Berichts sowie einer Mitteilung vorgelegt. Die Innovationsunion ist eine der sieben Leitinitiativen zur Strategie Europa 2020 (vgl. Brüssel Aktuell 23/2010). Durch die Zwischenevaluation sollen die Mitgliedstaaten zu einer effizienteren Verwendung der knappen öffentlichen Mittel angeregt werden. Denn Innovation wird in den Dokumenten als Wachstumsmotor verstanden. Durch Beispiele und Handlungsempfehlungen verweist die Kommission auf geeignete Wege zum Wachstumsziel. Außerdem sei in diesem Zusammenhang auf den Kommissions-Newsletter „Innovation Europa“ verwiesen. Dieser bietet Anregungen für gelungene innovative Projekte auch für die kommunale Praxis...

Barrierefreier Tourismus in Europa

Unter dem Motto „Denke an Barrierefreiheit!“ („Mind the Accessibility Gap!“) fand am 6. Juni eine Konferenz seitens der EU-Kommission statt. Betroffene, Unternehmer und Sprecher von Tourismus- und Behindertenorganisationen setzten sich dafür ein, dass Barrierefreiheit im Tourismussektor ein gesellschaftlicher Standard wird, welcher zudem wirtschaftlich profitabel sein könnte...

Aus den Regionen

INTERREG – Entwurf des Operationellen Programms für den Donaauraum veröffentlicht

Der erste Entwurf des Operationellen Programms (OP) für das INTERREG V B-Donauprogramm („Danube Transnational Programm“) ist seit 5. Juni online einsehbar. Bis zum 24. Juni 2014 können noch Änderungs- und Ergänzungswünsche eingebracht werden...

EU-Depeschen

Beihilfen – neue Anforderungen an Transparenz

Regionalbeihilfen – Fördergebietskarte 2014-2020 veröffentlicht

Biodiversität – Konsultation zur Vermeidung von Nettoverlusten

Grüne Hauptstadt Europas 2017 gesucht

Kohäsionspolitik – Informationsblätter jetzt für jedes Bundesland

Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz – neuer strategischer Rahmen

Jugend – Arbeitsplan der EU aufgestellt

Arbeitspapier zur Klassifizierung von Städten und ländlichem Raum

Schulobstprogramm – Deutschland erhält fast 23 Mio. €

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 24/2014
(13.06. – 20.06.2014)

Aus dem Rat

EU-Forststrategie angenommen

Am 19. Mai nahm der Rat Schlussfolgerungen zur EU-Forststrategie an, die letzten September von der Kommission vorgeschlagen worden war. Darin begrüßt er die neue Strategie als einen ganzheitlichen, ausgeglichenen EU-Politikrahmen, der die nationalen Forststrategien koordinieren, ihre Kohärenz gewährleisten und Synergien mit anderen Sektoren mit Einfluss auf die Waldbewirtschaftung zulassen soll. Die darin aufgeführten Orientierungshilfen seien weiter zu diskutieren und zu klären...

Aus der Kommission

Beihilferecht – Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse

Am 13. Juni veröffentlichte die EU-Kommission eine Mitteilung, die Anhaltspunkte für die Würdigung der staatlichen Finanzierung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse („Important Projects of Common European Interest“, IPCEI) geben soll. Die Mitteilung ist Teil der Initiative das Beihilferecht im Einklang mit den Prioritäten der Strategie Europa 2020 zu modernisieren. Ziel ist es, Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und der Wirtschaft zu fördern. V. a. möchte die Kommission große Vorgaben des öffentlichen und privaten Sektors ermöglichen...

Menschen mit Behinderung – Erster Bericht zur UN-Behindertenrechtskonvention

Am 5. Juni veröffentlichte die EU-Kommission den ersten Bericht zur Implementierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Darin beschreibt sie die bisher von ihr unternommenen Maßnahmen in prioritären Bereichen wie Aus- und Weiterbildung, Beschäftigung, Gesundheit, Gleichstellung, Sozialschutz, Teilhabe und Zugänglichkeit. Der Anteil an Menschen mit Behinderung beträgt in der Europäischen Union 25,8 % (Bezugsjahr 2010), mit 32,2 % liegt Deutschland über dem EU-Vergleichswert...

Förderprogramme

Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationen – InnovFin gestartet

Am 12. Juni stellten die Europäische Kommission, die Europäische Investitionsbank (EIB) und der Europäische Investitionsfonds (EIF) gemeinsam eine neuartige Innovations-Förderfazilität vor. Sie liegt im Trend der Fokussierung der EU-Förderschwerpunkte bei besonders innovativen Vorhaben (vgl. Brüssel Aktuell 23/2014) und wird innerhalb des EU-Rahmenprogramms Horizont 2020 durchgeführt. Fünf Einzelinstrumente sollen die Finanzierung wachstumsrelevanter Investitionen in der EU und einer Reihe weiterer Staaten verbessern. Kürzlich hat die Kommission zudem moniert, dass die Ausgaben in der EU für informations- und telekommunikationsbezogene Forschung und Entwicklung noch deutlich zu gering seien...

Gesunde Ernährung – frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung

Anfang Juni veröffentlichte die Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucher der EU-Kommission einen Aufruf für vorbereitende Maßnahmen zum Thema „Gesunde Ernährung – frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung“. Noch bis zum 14. August 2014 können Anträge eingereicht werden, die sich beispielsweise mit einer ausgewogenen Ernährung von gebrechlichen älteren Menschen in ihrer häuslichen Umgebung, in Krankenhäusern oder Gemeinschaftsunterkünften auseinandersetzen...

EU-Depeschen

Arbeitsrecht – Anspruch auf Urlaubsabgeltung geht auf die Erben über

Glücksspiele – EuGH zum Verbot im Internet

„Right2Water“-Initiative verfolgt Ziel auf UN-Ebene weiter

Donauraum-Vernetzung – online-basierte Seminare zum Thema Web 2.0

Terminankündigung – Webinar über altersfreundliche Umgebungen

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 25/2014

(20.06. – 27.06.2014)

Aus der Kommission

Trinkwasserqualität auf dem Prüfstand

Als Folgemaßnahmen zur Europäischen Bürgerinitiative „Right2Water“ (vgl. Brüssel Aktuell 12/2014) veröffentlichte die Europäische Kommission am 16. Juni einen Synthesebericht zur „Qualität des Trinkwassers in der EU auf der Grundlage der Prüfung der Berichte der Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2008-2010 gemäß der Richtlinie 98/83/EG“. In diesem gibt sie einen zusammenfassenden Überblick über den Stand der Umsetzung der sog. Trinkwasserrichtlinie. Ferner möchte die EU-Kommission mit einer Konsultation herausfinden, wo bei der Trinkwasserqualität noch Verbesserungsbedarf besteht...

Bodenschutz – Konferenz läutet neue Diskussionen auf EU-Ebene ein

Am 19. Juni führte die EU-Kommission eine Konferenz mit dem Titel „Boden als eine Ressource“ („Land as a resource“) durch. Zuletzt hatte sie ihren Vorschlag zu einer Bodenschutzrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2006 zurückgezogen (siehe Brüssel Aktuell 20/2014). Allerdings hatte die EU-Kommission bereits angekündigt, das Thema weiter verfolgen zu wollen. Ziel der Konferenz war es daher, mit Wissenschaftlern und unterschiedlichen Interessengruppen über das weitere Vorgehen auf EU-Ebene zu diskutieren...

Vielpersprechende Besserungen im Bereich Transport und Reisen geplant

Vom Nah- zum Fernverkehr, von der aktuellen Situation bis hin zu Zukunftsprojekten – die EU-Kommission veröffentlichte einerseits Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage über die derzeitige Zufriedenheit der EU-Bürger mit öffentlichen Transportmitteln. Andererseits analysiert sie die Möglichkeiten für eine Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformationen...

Förderprogramme

Erasmus für Jungunternehmer – Förderaufruf

Im Rahmen des Informationstags am 19. Juni in Brüssel rief die EU-Kommission zum siebten Mal zur Teilnahme am Programm „Erasmus für Jungunternehmer“ („Erasmus for Young Entrepreneurs“) auf. Das EU-Aktionsprogramm gibt neuen Unternehmern die Möglichkeit, vor oder kurz nach der Gründung eines eigenen Unternehmens für eine bestimmte Zeit ins Ausland zu gehen, um sich dort mit einem erfahrenen Unternehmer auszutauschen, wichtige Kontakte zu knüpfen und typischen Anfängerfehlern vorzubeugen (vgl. Brüssel Aktuell 11/2012). Bewerbungsschluss ist der 17. Juli 2014...

EaSI-Aufruf „Sozialpolitische Innovation zur Unterstützung von sozialen Diensten“

Im Rahmen des EU-Aktionsprogramms für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) wird zur Einreichung von Vorschlägen aufgerufen. Das Programm dient der direkten Unterstützung von Beschäftigung und Sozialpolitik (siehe Brüssel Aktuell 29/2013) und soll zur

Verwirklichung der Europa 2020-Ziele durch die Verringerung von Armut und zum Erreichen einer hohen Beschäftigungsquote beitragen. Der aktuelle Aufruf bezieht sich dabei auf sozialpolitische Innovationen zur Unterstützung von sozialen Diensten. Auch lokale Behörden können bis zum 30. Juli 2014 einen Antrag einreichen...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Bürokratieabbau – Bericht aus der Arbeit der „Stoibergruppe“

Am 25. Juni fand in der Vertretung des Freistaats Bayern eine Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Titel „Bürokratieabbau in Europa – Bilanz und Ausblick“ statt. Der bayerische Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber berichtete aus der Arbeit der Hochrangigen Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten, deren Vorsitz er innehat (siehe Brüssel Aktuell 33/2013). Dabei machte er deutlich, dass eine verzerrte Wahrnehmung in Hinblick auf die Herkunft überflüssiger Verwaltungslasten vorherrsche. Auf Bundes- und Landesebene bestehe ein viel geringeres Bürokratiebewusstsein als auf EU-Ebene, wo ca. 86 % der deutschen Gesetze ihren materiellen Ursprung haben. Das Mandat der Hochrangigen Gruppe wurde seit ihrer Arbeitsaufnahme 2008 zweimal verlängert und läuft mit dem Ende der Kommission Barroso II aus. Mitte Oktober soll ein Abschlussbericht vorgelegt werden...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung auf Deutsch veröffentlicht

Impfstoffe – Beschaffungsabkommen unterzeichnet

Biodiversität – Plattform zur Konfliktlösung im Umgang mit Großraubtieren

Tourismus/Gastgewerbe – Europäischer Qualifikationspass soll Arbeitssuche erleichtern

Transeuropäisches Verkehrsnetz – Ernennung weiterer Koordinatoren

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 26/2014

(27.06.. – 04.07.2014)

Thema der Woche

Auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft – Abfallpaket vorgestellt

Am 2. Juli legte die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Revision des EU-Abfallrechts vor. Damit schließt sie den 2-jährigen Überprüfungs- und Bewertungsprozess der Ziele der Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG, der Deponierichtlinie 99/31/EG sowie der Abfallstrom-Richtlinien (wie die Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsmüll 94/62/EG) ab (siehe Brüssel Aktuell 23/2014). Die EU-Kommission möchte den Gedanken des Recyclings bereits im Produktionsprozess stärker verankern sowie ehrgeizigere Sammel- und Recyclingziele formulieren. Die zum Teil legislativen Vorschläge werden nun an den Rat und das Europäische Parlament übermittelt...

Aus dem Rat

Italien übernimmt Ratsvorsitz und definiert sein Programm für Europa

Italien wird vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2014 den Vorsitz im EU-Ministerrat übernehmen. Das Programm der italienischen Ratspräsidentschaft folgt dem Motto „Ein neuer Start für Europa“ (englischsprachiger Originaltitel „Europe a Fresh Start“). Zugleich beginnt gemeinsam mit Lettland und Luxemburg eine neue Trio-Ratspräsidentschaft für 18 Monate. Die Erwartungen an Italien als G7-Mitglied und viertgrößte Volkswirtschaft in der EU sind hoch und die angestrebte Agenda für Europa wird wohl die kommenden Jahre vorprägen. Neben der Nennung des Schwerpunkts Wirtschaftswachstum, äußerten sich Isidoro Gottardo von der De Gasperi-Stiftung und Stefano Sannino, ständiger Vertreter Italiens, am 18. Juni in der Bayerischen Vertretung in Brüssel zu konkreteren Vorhaben. Darunter die wirtschaftliche Rolle der KMUs, die Migrationsproblematik und die Tendenz zum Euroskeptizismus...

Aus der Kommission

Freihandelsabkommen EU-USA – Bericht der Beratergruppe und Konsultation

Vom 14. bis zum 18. Juli 2014 wird die sechste Verhandlungsrunde zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA in Brüssel stattfinden. Die EU-Kommission veröffentlichte am 25. Juni einen Bericht zum Treffen der Beratergruppe. Noch bis zum 14. Juli 2014 können sich Kleinere und Mittlere Unternehmen (KMU) an einer Konsultation bezüglich der Handelsbarrieren zwischen der EU und den USA beteiligen...

Paket zur Patientensicherheit

Am 19. Juni veröffentlichte die EU-Kommission mehrere Vorschläge zum Thema Patientensicherheit. Das Paket besteht aus drei Dokumenten: einem Bericht über die Umsetzung der Empfehlung des Rates aus dem Jahr 2009 zur Sicherheit der Patienten, einer Eurobarometer-Umfrage zur Patientensicherheit und zur Qualität der medizinischen Versorgung sowie den Ergebnissen einer vorangegangenen Konsultation (siehe Brüssel Aktuell 45/2013)...

Sozialwirtschaft – Messkriterien sozialen Nutzens vorgestellt

Eine von der EU-Kommission eingesetzte Expertengruppe hat am 20. Juni einen ausführlichen Bericht zu sozialwirtschaftlichen Unternehmen (zuletzt Brüssel Aktuell 42/2012) vorgestellt. Darin wird ein Verfahren in fünf Schritten vorgestellt, das es ermöglichen soll, den sozialen Nutzen dieser Unternehmen darzustellen und zu messen. Die Übersetzung ins Deutsche wird in Kürze erwartet...

Rechtsvereinfachung – Zwischenbericht der Kommission

Am 18. Juni hat die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT): Bestandsaufnahme und Ausblick“ sowie einen ausführlichen REFIT-Anzeiger (Scoreboard) veröffentlicht. Durch REFIT soll der gesamte Bestand an EU-Rechtsvorschriften überprüft werden, um unnötige Verwaltungslasten, Lücken, Unstimmigkeiten oder wirkungslose Maßnahmen zu ermitteln und entsprechende Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Kommission gibt einen Überblick über ihre Fortschritte beim Bürokratieabbau, die sie seit ihrer REFIT-Mitteilung im Oktober 2013 erzielte (siehe Brüssel Aktuell 35/2013). Ferner führt sie weitere Bereiche auf, in denen eine Überarbeitung, eine Aufhebung von EU-Rechtsakten bzw. die Rücknahme von Rechtsetzungsvorschlägen ansteht...

Europäische Woche für nachhaltige Energien 2014

Im Rahmen der 8. Europäischen Woche für nachhaltige Energie („European Union Sustainable Energy Week“ – EUSEW) vom 23. bis 27. Juni fanden einmal mehr zahlreiche Veranstaltungen rund um das Thema Energie in Brüssel und in 48 Staaten in Europa und darüber hinaus statt. Das Ziel war es bewährte Praktiken auszutauschen sowie Innovationen und Lösungsansätze zum Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energietechnologien anzustoßen. Es wurde dabei immer wieder die wichtige Bedeutung des Beitrags der Kommunen zur Umsetzung und Erreichung der von der EU gesetzten Ziele betont...

Aus dem Gerichtshof

„In-House“-Vergabe – Klarstellung zum „Stadt Halle“-Urteil

In seinem Urteil vom 19. Juni befasst sich der Gerichtshof der EU in der Rechtssache C-574/12 mit dem sog. Kontrollkriterium im Rahmen der „In-House“-Vergabe. Er kommt zu dem Ergebnis, dass eine „Kontrolle wie über eigene Dienststellen“ nicht erfüllt ist, wenn zu den Mitgliedern des Auftragnehmers im Zeitpunkt der Auftragserteilung auch private Sozialträger zählen. Nicht entscheidend war, dass sowohl die gemeinnützige Vereinigung als auch ihre Mitglieder ohne Gewinnerzielungsabsicht tätig waren. Im Ergebnis beurteilen die Richter die strittige Auftragserteilung nicht als „In-House“-Geschäft, mit der Folge, dass die EU-Vergaberichtlinien anwendbar waren...

Altersdiskriminierung bei Beamten – EuGH billigt Übergangsregelungen

Am 19. Juni hat der Gerichtshof der EU mit Blick auf die Überleitung von Beamten von einem altersdiskriminierenden in ein lediglich dienstzeitorientiertes Besoldungssystem u. a. folgendes entschieden: Bei Bestandsbeamten darf das alte Grundgehalt als Grundlage genommen werden, auch wenn dadurch eine Diskriminierung jüngerer Beamter zum Teil fortgeschrieben wird. Entscheidend ist lediglich, dass der weitere Aufstieg nur noch von der Dienstzeit abhängig ist. Die befürchteten Nachzahlungen (bundesweite Schätzung: 3,6 Mrd. €/Jahr) sind im EU-Antidiskriminierungsrecht nicht vorgesehen. Eine unionsrechtliche Haftung der Bundesrepublik wegen mangelhafter Umsetzung des EU-Rechts ist jedoch noch zu prüfen...

Förderprogramme

Klima- und Umwelt-Programm LIFE – Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen

Am 18. Juni startete die Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen für das LIFE-Programm 2014-2020 (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 18/2014). Bei LIFE handelt es sich um ein Finanzierungsinstrument der EU zum Umwelt- und Klimaschutz. Bis zum Jahr 2020 will die Kommission 864 Mio. € zur Verfügung stellen...

EU-Depeschen

Europäische Kommission – Schritte zum Kabinett Juncker

Ausschuss der Regionen (AdR) – Personalia und künftige Ausrichtung

EuGH – Schwangerschaft führt nicht zum Verlust der Arbeitnehmereigenschaft

Vergleichende Studie zur frühkindlichen Erziehung

Münchener Schulprojekt erhält EU-Förderung

Regionalpolitik – Personalkosten in der Strukturfondsverwaltung

Erneute Senkung der Roaminggebühren

Ljubljana wird „Grüne Hauptstadt Europas 2016“

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 27/2014

(04.07 – 11.07.2014)

Thema der Woche

Fraktionsbildung und Ämtervergabe im Europäischen Parlament

Vom 1. bis 3. Juli kamen die insgesamt 751 neu- bzw. wiedergewählten EU-Abgeordneten zur konstituierenden Sitzung in Straßburg zusammen. Seitdem fanden bereits erste Ausschusssitzungen statt. Im Folgenden wird über das Ergebnis der Fraktionsbildung sowie die Vergabe von Ämtern im Europäischen Parlament und seinen Ausschüssen berichtet...

Aus der Kommission

Nachfolger für ausgeschiedene EU-Kommissare nominiert

Vier der bisherigen Kommissionsmitglieder sind am 1. Juli ins Europäische Parlament gewechselt. Ihre Aufgaben werden vorübergehend von ihren ehemaligen Kommissionskollegen übernommen. Nachfolger sind bereits von Seiten der Mitgliedstaaten vorgeschlagen worden. Kommissionspräsident José Manuel Barroso (P) hat beschlossen, dass sich an der Ressortzuteilung je Mitgliedstaat nichts ändern soll und neue Vizepräsidenten bestimmt...

Aus dem Ausschuss der Regionen

Stellungnahmen zur städtischen Mobilität und Luftqualität verabschiedet

Der Ausschuss der Regionen verabschiedete während seiner Plenarsitzung am 25. und 26. Juni eine Stellungnahme zum im Dezember 2013 veröffentlichten Paket für städtische Mobilität. Außerdem beschlossen die Mitglieder der Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE) eine Stellungnahme zum Paket „Saubere Luft für Europa“. Die Mitglieder des AdR bemängeln die fehlende Kohärenz zwischen den beiden Dossiers und fordern anhand konkreter Ansätze die bessere Einbindung der lokalen Ebene zur Lösung der Umweltprobleme in Europa...

Aus dem Gerichtshof

Keine Verpflichtung zur Förderung erneuerbarer Energien aus anderen EU-Ländern

In seinem Urteil vom 1. Juli in der Rechtssache C-573/12 widersprach der Gerichtshof der EU der Forderung europäischer Stromhändler, die nationalen Fördersysteme europäischer zu machen. Damit folgten die Richter bei dieser politisch brisanten Entscheidung nicht den Schlussanträgen von Generalanwalt Yves Bot. Die Richter befanden, dass Beschränkungen beim Import von grünem Strom mit dem EU-Recht vereinbar sind. Damit dürfte auch die entsprechende deutsche Regelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz zulässig sein. Es bleibt damit weiterhin möglich, dass Produzenten aus Nachbarländern keine deutsche Förderung erhalten. Eine weitere Belastung für den Verbraucher bleibt damit aus...

Förderprogramme

3. Gesundheitsprogramm und Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen 2014

Die EU unterstützt in der Förderperiode 2014-2020 die Politik der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Gesundheit und zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten mithilfe des 3. Gesundheitsprogramms „Gesundheit für Wachstum“ und stellt in den nächsten sieben Jahren rund 449 Mio. € für die Durchführung zur Verfügung. Im Rahmen dieses mehrjährigen Aktionsprogramms veröffentlichte die EU-Kommission Anfang Juni den Aufruf zur Einreichung von Anträgen „Gesundheit – 2014“. Bis zum 25. September 2014 können Projektanträge eingereicht werden...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Fahrtauglichkeit im Spiegel des demografischen Wandels

Unter dem Motto „Der demografische Wandel – ältere Kraftfahrer und deren Fahreignung“ fand am 7. Juli in der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel eine Veranstaltung statt. EU-Abgeordnete, medizinische Experten und Vertreter der DEKRA Automobil GmbH beschäftigten sich mit Fragen der Alterung unserer Gesellschaft und der damit verbundenen Mobilität...

EU-Depeschen

Europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF) – Allgemeine Ausrichtung des Rats

EaSI-Förderaufruf – Fristverlängerung

KMU-Förderung – Internetportale freigeschaltet

Neue Regeln für Beihilfen in Land- und Forstwirtschaft und ländlichen Gebieten

Energieversorgungssicherheit – Erklärung kommunaler Verbände

Terminankündigung EuroPCom – Konferenz zur Kommunikation im öffentlichen Dienst

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 28/2014

(04.07 – 11.07.2014)

Aus der Kommission

Freihandelsabkommen EU-USA – Ergebnisse der 6. Verhandlungsrunde

Die sechste Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA fand vom 14. bis zum 18. Juli in Brüssel statt. Interessierte Kreise konnten sich im Rahmen einer Veranstaltung in Kurzpräsentationen direkt an die Verhandlungsteams wenden und ihre Anregungen und Bedenken bezüglich des TTIP artikulieren. Zudem stellte die EU-Kommission kürzlich auf ihrer Internetseite eine Position zu Dienstleistungen online. Daraus geht hervor, dass öffentliche Dienstleistungen einen geschützten Raum innerhalb des Abkommens einnehmen sollen. Die EU-Abgeordneten wurden von EU-Handelskommissar De Gucht während ihrer Plenarsitzung informiert. Sowohl die Veranstaltung der Verhandlungsteams als auch die Aussprache im Europäischen Parlament waren u. a. gekennzeichnet von verbalen und visuellen Demonstrationen von TTIP-Kritikern...

Aus dem Gerichtshof

Beihilferecht: Zweckverband Tierkörperbeseitigung unterliegt vor Europäischem Gericht

Am 16. Juli hat das Europäische Gericht seine Urteile in den Rechtssachen „Bundesrepublik Deutschland gegen Europäische Kommission“ und „Zweckverband Tierkörperbeseitigung gegen Europäische Kommission“ verkündet. Beide Klagen wurden abgewiesen. Damit ist der Zweckverband vorbehaltlich einer anders lautenden Revision beim EuGH zur Rückzahlung der an ihn gezahlten Umlagen verpflichtet. Das Europäische Gericht stuft die Umlagen als rechtswidrige Beihilfen ein, da es sich bei den vom Zweckverband durchgeführten Leistungen nicht um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse handele, der Zweckverband als Unternehmen begünstigt sei und dadurch der Wettbewerb verfälscht werde, was den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigt...

EU-Depeschen

Sozialrecht – Lange Aufenthaltsdauer begründet allein keinen „Aufenthalt“

Kommissionspräsident – Jean-Claude Juncker mit großer Mehrheit gewählt

EuGH zum Vergaberecht – „Öffentlicher Bauauftrag“ trotz Verpflichtung zur Vermietung

Open Days 2014 – Registrierung möglich

EuGH zur Transparenz – Geheimhaltung internationaler Verhandlungen eingeschränkt

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 29/2014

(18. – 25.07.2014)

Aus der Kommission

Informationen des öffentlichen Sektors – Leitlinien veröffentlicht

Im Jahr 2013 wurde die Richtlinie über die Weiterverwendung der Informationen des öffentlichen Sektors 2013/37/EU (im Folgenden PSI-Richtlinie) auf EU-Ebene neu gefasst (vgl. Brüssel Aktuell 15/2013). Am 17. Juli präsentierte die EU-Kommission Leitlinien zur PSI-Richtlinie. Diese sollen den Mitgliedstaaten helfen, die nationalen Rechtsvorschriften rechtzeitig vor Juli 2015 zu entwickeln. In der den Leitlinien vorangegangenen Konsultation (siehe Brüssel Aktuell 30/2013) wurden Details zur Lizenzierung, zu Datensätzen (z. B. raum-, umwelt-, verkehrsbezogene oder statistische Daten) oder zu den Gebühren für die Weiterverwendung von Dokumenten erfragt. ...

Ehrgeizigeres Energieeffizienzziel bis zum Jahr 2030 angestrebt

Am 23. Juli präsentierte die EU-Kommission eine Mitteilung zum EU-Energiesparrahmen bis zum Jahr 2030. Darin bewertet sie die Fortschritte bezüglich des EU-Energieeffizienzziels von 20 % bis zum Jahr 2020. Die Analyse geht z. B. auf die bislang erzielten Einsparmaßnahmen im Gebäudesektor ein. Außerdem schlägt sie zugleich ein neues Ziel von 30 % bis zum Jahr 2030 vor. Die Mitteilung verweist auch auf den Abschluss des Revisionsprozesses bezüglich der Energiekennzeichnungs- und Ökodesign-Richtlinie. Mitgliedstaaten, die die Gebäude- und die Energieeffizienzrichtlinie bislang noch nicht umgesetzt haben, drohen Zwangsgelder...

Interessenvertretung – Konsultation zu den Konsultationen der Kommission

Konsultationen der Interessenträger durch die Kommission sollen dazu beitragen, dass bei der EU-Rechtsetzung die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität berücksichtigt sowie Erfahrungswerte und Ansichten jener, die durch die Politik betroffen und in ihre Umsetzung eingebunden sind, genutzt werden. Die Überprüfung der Konsultationspolitik im Rahmen der REFIT-Mitteilung 2012 machte allerdings deutlich, dass Konsultationen nicht immer die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt stellen und nicht immer die direkt betroffenen Interessenträger erreichen. Bis zum 30. September 2014 besteht nun die Möglichkeit, sich an einer öffentlichen Konsultation zu den Leitlinien der Kommission für Konsultationen der Interessenträger zu beteiligen. Sie wurden mit dem Ziel ausgearbeitet, die Qualität, Reichweite und Ausrichtung der Konsultationen zu verbessern (siehe auch Brüssel Aktuell 26/2014)...

Bürokratieeindämmung – Konsultation zu den Folgenabschätzungen der Kommission

Die Folgenabschätzungen der Kommission, die EU-Rechtsetzungsvorschlägen beigelegt werden, sollen zu einer intelligenten Rechtsetzung beitragen, die mit einem möglichst hohen Nutzen, geringem Kostenaufwand und keinen unnötigen Verwaltungslasten verbunden ist. Bis zum 30. September 2014 besteht nun die Möglichkeit, sich an einer öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien der Kommission für die Folgenabschätzung zu beteiligen...

Europäische Städteagenda – Mitteilung und Konsultation

Die Europäische Kommission hat am 18. Juli eine Mitteilung mit dem Titel „Die städtische Dimension der EU-Politikfelder – Kernpunkte einer EU-Städteagenda“ veröffentlicht (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2014). Gleichzeitig leitete sie eine öffentliche Konsultation ein. Vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Europäer in Städten lebt, sollen Lösungen für spezifisch städtische Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Kultur gefunden werden. Noch bis zum 26. September 2014 können Interessierte auf der Seite http://ec.europa.eu/eusurvey/runner/pc_eu_urb_agenda Beiträge einreichen; Konsultationssprache ist Englisch. Ziel der Konsultation ist eine grundlegende Erhebung von Elementen und Schwerpunkten einer zu erarbeitenden Städteagenda...

EU-Depeschen

*Nitratbelastung – Kommission leitet zweite Stufe im Vertragsverletzungsverfahren ein
Arbeitszeit – Richtlinienvorschlag im Bereich Binnenschifffahrt veröffentlicht
EU-Mutterschutzrichtlinie – Diskussion über Vorschlag der Kommission
Alpenraumstrategie – Konsultation gestartet
Ausdehnung des Schutzes geografischer Angaben – Konsultation gestartet*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 29/2014

(18. – 25.07.2014)

Aus der Kommission

Informationen des öffentlichen Sektors – Leitlinien veröffentlicht

Im Jahr 2013 wurde die Richtlinie über die Weiterverwendung der Informationen des öffentlichen Sektors 2013/37/EU (im Folgenden PSI-Richtlinie) auf EU-Ebene neu gefasst (vgl. Brüssel Aktuell 15/2013). Am 17. Juli präsentierte die EU-Kommission Leitlinien zur PSI-Richtlinie. Diese sollen den Mitgliedstaaten helfen, die nationalen Rechtsvorschriften rechtzeitig vor Juli 2015 zu entwickeln. In der den Leitlinien vorangegangenen Konsultation (siehe Brüssel Aktuell 30/2013) wurden Details zur Lizenzierung, zu Datensätzen (z. B. raum-, umwelt-, verkehrsbezogene oder statistische Daten) oder zu den Gebühren für die Weiterverwendung von Dokumenten erfragt. ...

Ehrgeizigeres Energieeffizienzziel bis zum Jahr 2030 angestrebt

Am 23. Juli präsentierte die EU-Kommission eine Mitteilung zum EU-Energiesparrahmen bis zum Jahr 2030. Darin bewertet sie die Fortschritte bezüglich des EU-Energieeffizienzziels von 20 % bis zum Jahr 2020. Die Analyse geht z. B. auf die bislang erzielten Einsparmaßnahmen im Gebäudesektor ein. Außerdem schlägt sie zugleich ein neues Ziel von 30 % bis zum Jahr 2030 vor. Die Mitteilung verweist auch auf den Abschluss des Revisionsprozesses bezüglich der Energiekennzeichnungs- und Ökodesign-Richtlinie. Mitgliedstaaten, die die Gebäude- und die Energieeffizienzrichtlinie bislang noch nicht umgesetzt haben, drohen Zwangsgelder...

Interessenvertretung – Konsultation zu den Konsultationen der Kommission

Konsultationen der Interessenträger durch die Kommission sollen dazu beitragen, dass bei der EU-Rechtsetzung die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität berücksichtigt sowie Erfahrungswerte und Ansichten jener, die durch die Politik betroffen und in ihre Umsetzung eingebunden sind, genutzt werden. Die Überprüfung der Konsultationspolitik im Rahmen der REFIT-Mitteilung 2012 machte allerdings deutlich, dass Konsultationen nicht immer die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt stellen und nicht immer die direkt betroffenen Interessenträger erreichen. Bis zum 30. September 2014 besteht nun die Möglichkeit, sich an einer öffentlichen Konsultation zu den Leitlinien der Kommission für Konsultationen der Interessenträger zu beteiligen. Sie wurden mit dem Ziel ausgearbeitet, die Qualität, Reichweite und Ausrichtung der Konsultationen zu verbessern (siehe auch Brüssel Aktuell 26/2014)...

Bürokratieeindämmung – Konsultation zu den Folgenabschätzungen der Kommission

Die Folgenabschätzungen der Kommission, die EU-Rechtsetzungsvorschlägen beigelegt werden, sollen zu einer intelligenten Rechtsetzung beitragen, die mit einem möglichst hohen Nutzen, geringem Kostenaufwand und keinen unnötigen Verwaltungslasten verbunden ist. Bis zum 30. September 2014 besteht nun die Möglichkeit, sich an einer öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien der Kommission für die Folgenabschätzung zu beteiligen...

Europäische Städteagenda – Mitteilung und Konsultation

Die Europäische Kommission hat am 18. Juli eine Mitteilung mit dem Titel „Die städtische Dimension der EU-Politikfelder – Kernpunkte einer EU-Städteagenda“ veröffentlicht (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2014). Gleichzeitig leitete sie eine öffentliche Konsultation ein. Vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Europäer in Städten lebt, sollen Lösungen für spezifisch städtische Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Kultur gefunden werden. Noch bis zum 26. September 2014 können Interessierte auf der Seite http://ec.europa.eu/eusurvey/runner/pc_eu_urb_agenda Beiträge einreichen; Konsultationssprache ist Englisch. Ziel der Konsultation ist eine grundlegende Erhebung von Elementen und Schwerpunkten einer zu erarbeitenden Städteagenda...

EU-Depeschen

*Nitratbelastung – Kommission leitet zweite Stufe im Vertragsverletzungsverfahren ein
Arbeitszeit – Richtlinienvorschlag im Bereich Binnenschifffahrt veröffentlicht
EU-Mutterschutzrichtlinie – Diskussion über Vorschlag der Kommission
Alpenraumstrategie – Konsultation gestartet
Ausdehnung des Schutzes geografischer Angaben – Konsultation gestartet*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 30/2014

(25.07. – 01.08.2014)

Aus der Kommission

TTIP, CETA, TiSA – Neue Entwicklungen bei den Freihandelsabkommen

Ende Juli wurde die Verordnung zur finanziellen Zuständigkeit bei Investor-Staat-Streitigkeiten auf EU-Ebene als ein Teil eines breiteren Rechtsrahmens für den Investorenschutz auf den Weg gebracht. Noch in dieser Woche sollen die Texte des Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) an die nationalen Parlamente der 28 EU-Mitgliedstaaten zur Prüfung übermittelt werden, in denen ebenso Investorenschutzbestimmungen vorgesehen sind. Aufgrund der derzeitigen Kritik auf EU-Ebene und beispielsweise in Deutschland erscheint die Zustimmung bzw. Ratifizierung hierzu allerdings fraglich. Ferner ist auf EU-Ebene eine neue Europäische Bürgerinitiative (EBI) geplant. Außerdem veröffentlichte die EU-Kommission ihre Verhandlungsposition zum plurilateralen Dienstleistungsabkommens (TiSA)...

Wiederverwendung von Abwasser – Konsultation gestartet

Am 30. Juli startete die EU-Kommission eine Konsultation zu Politikoptionen für eine optimale Wiederverwendung von Wasser in der EU. Die Frageaktion, an der eine Beteiligung noch bis 7. November 2014 möglich ist, ist Teil der Bemühungen der Kommission im Rahmen der EU-Wasserpolitik die Meinung von Bürgern und Interessengruppen zu berücksichtigen. Ziel ist es, sichere Lösungen für die Wiederverwendung von Wasser zu fördern. Gleichzeitig fasst die Kommission in einem Hintergrundpapier die Ist-Situation und mögliche EU-Maßnahmen im Bereich der Wiederverwendung von Wasser zusammen...

Neubildung und Ausrichtung der Kommission Juncker

Nach der Wahl Jean-Claude Junckers zum Präsidenten der Europäischen Kommission (vgl. Brüssel Aktuell 28/2014) dreht sich über die Sommerpause das Personalkarussell. Der Mangel an Frauen unter den bisherigen Kandidaten für die Kommission stellt Juncker vor Probleme. Bislang sind lediglich acht weibliche Personalvorschläge im Gespräch. Ferner hat Juncker dem Europäischen Parlament seine politischen Leitlinien dargelegt...

Sechster Kohäsionsbericht

Am 23. Juli veröffentlichte die EU-Kommission den „Sechsten Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“, in welchem sie die Förderperiode 2007-2013 resümiert und die Ziele der aktuellen Programmplanungszeitraum darstellt...

Kultur – Stärkung des kulturellen Erbes Europas

Mit dem Ziel, das Kulturerbe zu stärken sowie sein wirtschaftliches und gesellschaftliches Potenzial zu nutzen, legte die EU-Kommission am 22. Juli ein Strategiepapier vor. In ihrer Mitteilung mit dem Titel „Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas“ fordert sie alle Interessenträger zu einer Prüfung auf, wie sich öffentliche Maßnahmen besser

zu einer langfristigen und nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes Europas ausrichten lassen. Ferner soll ein stärker integrierter Ansatz zur Bewahrung und Wertsteigerung des Kulturerbes entwickelt werden. Daneben wurde ein Aufruf gestartet, sich für den Preis der EU für das Kulturerbe 2015 zu bewerben. Anfang September 2014 beschäftigen sich die CIDOC-Jahreskonferenz in Dresden sowie eine Diskussionsrunde zur Kreativwirtschaft in Tutzing mit Kulturthemen...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

Sitzungskalender des Europäischen Parlaments 2015
Kommission sucht Mitglied für Stakeholder-Expertengruppe zum Vergaberecht
Elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste – EU-Rechtsrahmen verabschiedet
Erneuerbare-Energien-Gesetz – Kommission stimmt Kompromiss zu
EuGH zur missbräuchlichen Kettenbefristung von Arbeitsverträgen
EuGH-Urteil zur Familienzusammenführung türkischer Staatsbürger
Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen – „ISA²“ im Rechtsetzungsprozess
Online-Glücksspiele – Kommission veröffentlicht Empfehlung
Studie über Ernährungspolitik an Schulen
EPSAS-Veranstaltung im Rahmen des KGSt-Forums in Dresden

In eigener Sache

Sommerpause bei *Brüssel Aktuell*

Auf Grund der Sommerpause und den damit verbundenen Ferien in den Europäischen Institutionen erscheint die nächste Ausgabe von *Brüssel Aktuell* am 5. September 2014. Wir wünschen erholsame Sommerferien!

Brüssel Aktuell 31/2014

1. August bis 5. September 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Ombudsfrau fordert mehr Veröffentlichungen von Dokumenten

Die Europäische Ombudsfrau Emily O'Reilly hat am 29. Juli die Europäische Kommission und den Rat der EU aufgefordert, mehr und frühzeitiger Dokumente zu den derzeit laufenden Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen den USA und der EU (zuletzt Brüssel Aktuell 30/2014) zu veröffentlichen...

Freihandelsabkommen EU-Kanada: Verordnung zu Streitschlichtung tritt in Kraft

Am 28. August wurde die neue [Verordnung](#) (EU) Nr. 912/2014 „zur Schaffung der Rahmenbedingungen für die Regelung der finanziellen Verantwortung bei Investor-Staat-Streitigkeiten vor Schiedsgerichten, welche durch internationale Übereinkünfte eingesetzt wurden, bei denen die Europäische Union Vertragspartei ist“ im Amtsblatt der EU veröffentlicht (siehe Brüssel Aktuell 30/2014)...

Dienstleistungsrichtlinie: Umfrage gestartet

*Noch bis **15. November 2014** sammelt die Europäische Kommission Erfahrungen von Unternehmen über bestehende Hindernisse im Hinblick auf die Dienstleistungsfreiheit. Die Kommission ist dabei sowohl an rechtlichen als auch nicht-rechtlichen Beschränkungen interessiert...*

Elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste: Verordnung im Amtsblatt

Die [Verordnung](#) „über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG“ (siehe Brüssel Aktuell 30/2014) wurde am 28. August im Amtsblatt der EU veröffentlicht...

Europäisches Semester: Länderspezifische Empfehlungen im Amtsblatt

Die [Empfehlung](#) des Rates „zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2014 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands 2014“ (siehe Brüssel Aktuell 22/2014) wurde am 29. Juli im EU-Amtsblatt veröffentlicht...

Umwelt, Energie und Verkehr

Lärm- und Luftwerte: Neue Apps zur Überwachung

Luftverschmutzung und Lärmbelastigung zählen zu den gefährlichsten Bedrohungen für unsere Gesundheit. Obwohl sich die Luftqualität stetig verbessert, starben 2010 in der EU schätzungsweise zehnmal mehr Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung als in Verkehrsunfällen, so die [EU-Kommission](#)...

Soziales, Bildung und Kultur

Antidiskriminierungsrichtlinie: Status quo im Rechtsetzungsprozess

Der bislang im Rat blockierte [Richtlinienvorschlag](#) zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung macht kleine Fortschritte im Rechtsetzungsprozess...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Personalia: Europäischer Rat und Kommission

Auf einem [EU-Sondergipfel](#), der am 30. August in Brüssel stattfand, wurden zwei Personalentscheidungen getroffen. Zum Präsidenten des Europäischen Rats wurde der amtierende polnische Ministerpräsident Donald Tusk gewählt. Neue Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission wird die derzeitige italienische Außenministerin Federica Mogherini. Der bereits gewählte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aus Luxemburg (vgl. Brüssel Aktuell 30/2014) interviewt derzeit Kandidaten für die neuen Kommissarsportfolios...

Unionsbürgerschaft: Portal gestartet

Die Europäische Kommission hat ein [Internetportal](#) zur Unionsbürgerschaft mit folgenden Rubriken eingerichtet: „Ihre Rechte“ (u. a. Verlinkungen zu Your Europe, Europe Direct, SOLVIT, EURES, PLOTEUS), „Wie kann ich mich einbringen“ (u. a. Konsultationen, Europäische Bürgerinitiative), „Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (Fördermöglichkeiten für Begegnungen und Vernetzungen in den Bereichen Geschichtsbewusstsein und demokratische Bürgerbeteiligung), „Freiwilligentätigkeit“ (Europäischer Freiwilligendienst), „Aktuelles/Veranstaltungen“ und „Neueste Veröffentlichungen“...

„Jvenes Translatores“: EU-Wettbewerb für Nachwuchsübersetzer gestartet

Bis zum **20. Oktober 2014**, 12 Uhr mittags, können sich weiterführende Schulen in der EU für den jährlich stattfindenden Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“ („Junge Übersetzer“, siehe Brüssel Aktuell 16/2014) [anmelden](#). Der Wettbewerb verfolgt das Ziel, die europäische Jugend für das Erlernen von Sprachen zu begeistern und so ein besseres Verständnis für andere Kulturen zu fördern...

Förderprogramme

EU-Drogenpolitik: Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Die EU-Kommission veröffentlichte im August einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen im Bereich der Drogenpolitik. Unterstützt werden sollen Maßnahmen hinsichtlich der justiziellen Zusammenarbeit und Kriminalprävention. Anträge auf Finanzhilfe für transnationale Projekte können bis zum 5. November 2014 gestellt werden...

Kreatives Europa 2014-2020: Neue Ausschreibungsunterlagen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 31. Juli [Ausschreibungsunterlagen](#) für die Förderlinie der kleinen und großen Kooperationsprojekte innerhalb des EU-Aktionsprogramms Kreatives Europa 2014-2020, die bis zum **1. Oktober 2014** beantragt werden müssen. Der Aufruf kann auch in deutscher Sprache eingesehen werden. Neuerungen haben sich laut der nationalen Kontaktstelle, dem Cultural Contact Point Germany, u. a. im Formular für das Budget ergeben...

Terminankündigung: Nationaler URBACT Informationstag

Am 15. September 2014 findet eine Veranstaltung „Von URBACT II zu URBACT III – Was bringt es den Städten?“ über das Austausch- und Lernprogramm zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung von 14 bis 17 Uhr auf dem Gelände Zeche Zollverein, Halle 6, Gelsenkirchener Straße 181, 45309 Essen statt...

Brüssel Aktuell 32/2014

5. bis 12. September 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

KMU: Konsultation zur Überarbeitung des Small Business Act

Die EU-Kommission beabsichtigt, die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) besser an die vorhandenen Bedürfnisse anzupassen. Dazu soll der Small Business Act (SBA) aus dem Jahr 2008 überarbeitet werden. Dieser betrifft Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und damit 99 % aller europäischen Firmen. Der SBA (siehe Brüssel Aktuell 22/2008) stellte die maßgeblichen Grundsätze für eine europaweit KMU-freundlichere Politik auf...

Umwelt, Energie und Verkehr

Eurobarometer-Umfrage: Umweltschutz ist den Menschen in der EU wichtig

Gemäß einer kürzlich veröffentlichten [Eurobarometer-Umfrage](#) ist den Menschen in der EU der Schutz ihrer Umwelt persönlich wichtig. 27.998 Personen aus allen 28 Mitgliedstaaten, darunter 1.546 aus [Deutschland](#), nahmen an der Meinungserhebung im Auftrag der Generaldirektion Umwelt teil. Eine große Mehrheit der Befragten glaubt, dass jeder zum Umweltschutz beitragen könne und müsse...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Regionalpolitik: Kommunen ziehen gemischte Bilanz beim 6. Kohäsionsforum

Am 8. und 9. September lud die EU-Kommission zum [6. Kohäsionsforum](#) mit dem Titel „Investition in Beschäftigung und Wachstum – Förderung der Entwicklung und guten Verwaltung in europäischen Regionen und Städten“ (engl. Original „Sixth Cohesion Forum: investment for jobs and growth – promoting development and good governance in EU regions and cities“). Neben der Diskussion der Ergebnisse des [6. Kohäsionsberichts](#) (vgl. Brüssel Aktuell 30/2014) standen die Neuerungen der EU-Strukturpolitik 2014-2020 wie die thematische Konzentration, die Makro-Konditionalitäten und die neu vorgeschlagenen Instrumente für eine stärkere Einbeziehung der kommunalen Ebene wie die sog. Integrierten Territorialen Investitionen (ITI) im Fokus der Veranstaltung. Bezüglich letzterer zog der europäische kommunale Dachverband CEMR eine gemischte Bilanz...

Soziales, Bildung und Kultur

Roma: Gesundheitsbericht zeigt Handlungsfelder auf

Ein am 4. September veröffentlichter [Bericht](#) (siehe auch die 30seitige [Zusammenfassung](#) und Brüssel Aktuell 9/2013) über den Gesundheitszustand der Roma-Bevölkerung in Europa weist darauf hin, dass dieser in besonderem Maße durch Umwelt- sowie sozioökonomische Faktoren beeinträchtigt wird. Das im Auftrag der EU-Kommission erstellte Gutachten zeigt ferner, dass die

Lebenserwartung der Roma weit kürzer ist als die der Gesamtbevölkerung. Der Unterschied dürfte im europäischen Durchschnitt schätzungsweise zehn oder mehr Jahre betragen...

„Kulturhauptstadt Europas 2019“: Plowdiw für Bulgarien ausgewählt

Die Europäische Kommission gab am 5. September bekannt, dass die bulgarische Stadt Plowdiw Europäische [Kulturhauptstadt](#) 2019 wird (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 20/2014). Die Städte werden anhand eines Kulturprogramms mit europäischem Schwerpunkt und regionalem Bezug ausgewählt. Eine Jury aus 13 unabhängigen Kulturexperten hat sich für die zweitgrößte Stadt Bulgariens, die als eine der ältesten Städte Europas gilt, entschieden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Kommission: Juncker stellt sein Kommissarkollegium vor

Der designierte Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker (LU), hat am 10. September im Europäischen Parlament sein Personaltableau vorgestellt. Es unterscheidet sich auch strukturell von der bisherigen Zuständigkeitsverteilung. Günther Oettinger (DE), der übergangsweise Vizepräsident wurde, wird wieder ein Fachressort übernehmen, und zwar die Digitale Wirtschaft und Gesellschaft...

Ratspräsidentschaft: Italien stellt Schwerpunkte vor

Die italienische Ratspräsidentschaft, die bereits seit 1. Juli amtiert (vgl. Brüssel Aktuell 26/2014), hat im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments genauere [Schwerpunkte](#) in den Bereichen Bildung, Kultur und Jugend vorgestellt. Die Ministerin für Bildung, Hochschulen und Forschung, Stefania Giannini, unterstrich die Bedeutung von Innovation, Kreativität und Unternehmertum, Mehrsprachigkeit sowie das Prinzip, wonach Bildung Wachstum ermöglichen soll und verwies diesbezüglich auf die Europa-2020-Strategie sowie auf das EU-Programm Erasmus+...

Brüssel Aktuell 33/2014

12. bis 19. September 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Freihandelsabkommen: CETA-Abschluss in Sicht

Am 16. September informierte EU-Handelskommissar Karel De Gucht (BE) über den Status Quo der Verhandlungen über das Handelsabkommen der EU mit Kanada („Comprehensive Economic and Trade Agreement“, CETA). Der [Austausch](#) mit den EU-Abgeordneten verdeutlichte die geteilte Haltung innerhalb des Europäischen Parlaments, insbesondere zum Investorenschutz. Mitglieder der S&D haken beim Schutz der Daseinsvorsorgedienstleistungen nach. Am 12. September wurde die Entscheidung der EU-Kommission veröffentlicht, die begründet, weshalb die geplante Europäische Bürgerinitiative „STOP TTIP“ nicht zugelassen wird...

Mehrwertsteuerabzug: EuGH zum Erwerb von gemischt genutzten Gebäuden

Am 10. September urteilte der EuGH ([C-92/13](#)) in einem im niederländischen Rechtsstreit zwischen der Gemeinde 's-Hertogenbosch und dem Staatssekretär für Finanzen vorgelegten Vorabentscheidungsersuchen über das Recht der Gemeinde, die für die Kosten der Errichtung eines neuen kommunalen Gebäudes entrichtete Mehrwertsteuer als Vorsteuer in Abzug zu bringen...

Körperschaftsteuerbefreiung: EU-Kommission fordert Beteiligte zur Stellungnahme auf

Bei der Befreiung niederländischer öffentlicher Unternehmen von der Körperschaftsteuer handelt es sich nach Ansicht der Kommission um eine staatliche Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV. Mit der Befreiung von der Körperschaftsteuer verzichte der Staat auf Einnahmen, so dass diese als eine aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe anzusehen sei...

Umwelt, Energie und Verkehr

Wasserdienstleistungen: EuGH hält deutsche Regelung für zulässig

Der Gerichtshof der EU hat mit Urteil vom 11. September eine Klage der EU-Kommission gegen Deutschland abgewiesen (Rechtssache [C-525/12](#)). Die Kommission hatte Deutschland vorgeworfen, die sog. Wasserrahmenrichtlinie nicht ordnungsgemäß in nationales Recht umgesetzt zu haben. Der EuGH befand, dass die Mitgliedstaaten keine Verpflichtung haben, alle Wasserdienstleistungen dem Grundsatz der Kostendeckung zu unterwerfen...

Nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum: AdR-Initiative und Projekt „Move on Green“

Die EU hat in ihren letzten Initiativen zur Förderung der nachhaltigen Mobilität den Besonderheiten des ländlichen Raums und der Bergregionen nur wenig Beachtung geschenkt. Der Ausschuss der Regionen (AdR) stimmt nun über einen [Entwurf einer Stellungnahme](#) zur Mobilität in geografisch und demografisch benachteiligten Regionen ab. Mit Lösungsstrategien zur gleichen Thematik befasste sich auch das Projekt „[Move on Green](#)“ (MOG). MOG wurde aus Mitteln des Programms INTERREG IV C (Nachfolgeprogramm: [INTERREG EUROPE](#)) gefördert. In der Abschlusskonferenz am

15. September wurden die Projektergebnisse – ein Programmleitfaden und 51 „best practice“-Beispiele – vorgestellt...

Transeuropäische Verkehrsnetze: Ausschreibung zu Fördermitteln

Die EU-Kommission hat am 11. September bekanntgegeben, dass nunmehr bis zum 26. Februar 2015 Fördermittel für den Bereich Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V) [beantragt](#) werden können...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

INTERREG im Eisenbahnkorridor Rotterdam-Genau: CODE24-Konferenz

Ab sofort können sich Interessierte für die zweite internationale Konferenz zum INTERREG B-Projekt „Corridor 24 Development Rotterdam-Genoa“ [anmelden](#). Ziel des Projekts „[CODE24](#)“ (Brüssel Aktuell 42/2012), bei dessen Lead-Partner es sich um die Region Rhein-Neckar handelt, ist die bessere Koordinierung und Vernetzung von Wirtschaft, Infrastruktur, Raumplanung und Umwelt entlang des TEN-V Eisenbahnkorridors Rotterdam-Genoa (Brüssel Aktuell 37/2013)...

Soziales, Bildung und Kultur

Urteil zum Urheberrecht: Bibliotheken dürfen Bücher digitalisieren

Mit Urteil vom 11. September entschied der Gerichtshof der EU (EuGH), dass es öffentlichen Bibliotheken gestattet ist, Lehrbücher auch ohne Zustimmung des Verlags zu digitalisieren. Diese Versionen dürfen an elektronischen Leseplätzen zu Forschungszwecken bereitgestellt werden. Das Recht zur Wiedergabe umfasst jedoch nicht das Ausdrucken eines Werkes oder das Speichern auf einem USB-Stick...

Seltene Krankheiten: EU legt Bericht zum Fortschritt nationaler Strategien vor

Eine Krankheit gilt in der EU als selten, wenn nicht mehr als fünf von 10.000 Personen davon betroffen sind. Das mag zunächst überschaubar klingen. Allerdings gibt es Schätzungen zufolge bis zu 8.000 verschiedene seltene Krankheiten, an denen 27 bis 36 Mio. Menschen in der EU leiden. Diese Zahl zeigt die Wichtigkeit der Thematik, zumal sie die Einwohnerzahlen von 22 Mitgliedstaaten übersteigt. Diagnosen sowie die Erforschung geeigneter Medikamente sind in der Regel schwierig und teuer. Ein [Bericht](#) der EU-Kommission vom 5. September betrachtet nun die Bemühungen auf europäischer und nationaler Ebene im Kampf gegen diese seltenen Krankheiten...

Förderprogramme

Kreatives Europa: Förderaufruf und Veranstaltungsinfo

Im Rahmen des EU-Programms „Kreatives Europa“ (vgl. Brüssel Aktuell 45/2013) ist ein neuer [Projektaufruf](#) erfolgt. Unter den Schwerpunkten „transnationaler Kulturtourismus“ bzw. „Tourismus für alle“ geht es vorliegend um zwei Bereiche: Kooperationsprojekte, die das europäische kulturelle und industrielle Erbe einbeziehen sowie die Stärkung von Zugänglichkeit und Durchführung von Tourismus...

Brüssel Aktuell 34/2014

19. bis 26. September 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Vergabespezifischer Mindestlohn: Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit

In seinem Urteil vom 18. September sah der Gerichtshof der EU (EuGH) in der Pflicht zur Zahlung eines Mindestentgelts im Rahmen einer öffentlichen Auftragsvergabe einen Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit. Insbesondere wurde nicht zwischen den jeweiligen Lebenshaltungskosten unterschieden und dadurch der polnische Nachunternehmer zusätzlich wirtschaftlich belastet...

Freihandelsabkommen: Start Konsultation und weiterer PTiSA-Verhandlungsrunde

Am 19. September startete eine weitere öffentliche [Konsultation](#) zur Transparenz der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) durch die Europäische Ombudsfrau. Interessierte Kreise können sich noch bis zum 31. Oktober 2014 einbringen. Am gleichen Tag gab die EU-Kommission bekannt, dass sie der nächsten Verhandlungsrunde zum Plurilateralen Dienstleistungsabkommens (PTiSA, siehe Brüssel Aktuell 30/2014) vorsitzen wird...

EU-Beihilferecht: EuGH zur Rückforderung rechtswidriger Beihilfen

Der Gerichtshof der EU (EuGH) stellte in seinem Urteil vom 11. September (Rechtssache [C-527/12](#)) klar, dass ein Mitgliedstaat alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen muss, um eine rechtswidrige staatliche Beihilfe zurückzufordern. Dabei obliegt diese Pflicht allen Behörden des Mitgliedstaats in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Nachhaltige städtische Mobilität: Bewerbung für SUMP Award

Seit 2012 prämiert die EU-Kommission mit dem SUMP Award Projekte innerhalb des urbanen Verkehrswesens (vgl. Brüssel Aktuell 9/2013). Ziel ist es, Kommunen zu ermutigen, Pläne für eine nachhaltige urbane Mobilität ([SUMP](#)) zu verabschieden (vgl. Brüssel Aktuell 45/2013, siehe auch Brüssel Aktuell 27/2014). Das Motto des diesjährigen Wettbewerbs ist die Frage, wie die Umsetzung dieser Mobilitätspläne überwacht werden kann, um im laufenden Prozess Verbesserungen zu erzielen...

Energiewende: Interaktive Karte zu Erneuerbaren

Gemeinsam mit über 170 zivilgesellschaftlichen Akteuren erstellt die Europäische Kommission derzeit eine [interaktive Karte](#) zur Energiewende in Europa. Auch Kommunen tragen zur Vervollständigung der Karte bei, indem sie Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien oder einen energieeffizienten Neubau eintragen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Ländliche Entwicklung: GAP-Kommunikationspreise 2014

Noch bis zum **31. Oktober 2014** können sich u. a. kommunale Behörden um den GAP-Kommunikationspreis 2014 [bewerben](#). Die Projekte müssen einen Bezug zur Gemeinsamen Agrarpolitik aufweisen und dürfen nicht vor 2011 begonnen haben...

Soziales, Bildung und Kultur

Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen: Evaluierungsbericht

Die Europäische Kommission hat einen [Bericht](#) über die Umsetzung, die Ergebnisse und die Gesamtbewertung des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 veröffentlicht (vgl. Brüssel Aktuell 1/2012). Laut dem Bericht sei es gelungen, ein positiveres Bild vom Altern der Gesellschaft zu zeichnen. Außerdem habe es das Europäische Jahr 2012 geschafft, das Potenzial älterer Menschen für die Gesellschaft und das Wirtschaftsleben in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken...

Barrierefreiheit: Europäischer Preis für städtische Initiativen

Die Stadt Göteborg (SE) ist [Gewinner](#) des Access City Awards 2014. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung stellte sie am 23. September ihr Konzept „Eine Stadt für alle“ vor. In den letzten Jahren verbesserte Göteborg seine öffentlichen Einrichtungen stetig, um diese barrierefrei zu gestalten...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Personalia: Neuer Leiter der Münchner Regionalvertretung der EU-Kommission

Am 18. September gab die Europäische Kommission bekannt, dass Joachim Menze der neue Leiter der Münchener Regionalvertretung wird. Der Jurist ist seit über 20 Jahren auf europäischer Ebene tätig. Zuletzt war er Referatsleiter in der Europäischen Agentur für Meeressicherheit...

Förderprogramme

Tourismus: Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen

Die Generaldirektion „Unternehmen und Industrie“ der Europäischen Kommission hat dazu aufgerufen, Projektvorschläge zur Förderung im Bereich Tourismus einzureichen. Möglich ist dies im Rahmen von zwei Themenbereichen, nämlich Kultur- und Industrietourismus (Thema A) sowie barrierefreiem Tourismus (Thema B). Vorschläge können bis zum 21. Oktober, 17.00 Uhr elektronisch eingesendet werden. Insgesamt stehen 1,65 Mio. € zur Verfügung...

Horizont 2020: Innovationsförderung für KMU

Elf kleine und mittlere Unternehmen aus Deutschland erhalten jeweils 50.000 € aus dem neuen KMU-Förderinstrument der EU-Forschungsförderung [Horizont 2020](#) (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 1/2014)...

Kreatives Europa: Workshop in München

Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München und der Cultural Contact Point Deutschland organisieren am 14. Oktober 2014 einen ganztägigen [Workshop](#) zur erfolgreichen Antragstellung im Programm Kreatives Europa/KULTUR (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 45/2013)...

Brüssel Aktuell 35/2014

26. September bis 3. Oktober 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Breitband: EU-Kommission veröffentlicht Investitionsleitfaden

Die EU-Kommission hat am 23. September einen [Leitfaden](#) für Investitionen in Breitbandausbau (Guide to High-Speed Broadband Investment) veröffentlicht. Dieser soll Behörden helfen, Investitionen in schnelles Internet zu ermöglichen...

Freihandelsabkommen EU-Kanada: vorläufiger Text veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 26. September den [vorläufigen Text](#) des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) ins Internet gestellt...

Umwelt, Energie und Verkehr

Hochwasser: Schritte zu einem effektiven Schutz

Die vergangenen Hochwasserereignisse in Deutschland, insbesondere in den Jahren 2002 und 2013, zeigen die Relevanz eines erfolgreichen und umfassenden Hochwasserschutzes. Sie verdeutlichen, dass „Jahrhundertereignisse“ vermehrt in kürzeren Abständen auftreten. Deshalb ist es erforderlich, verstärkt in Projekte zum Hochwasserschutz zu investieren. Bei einer Veranstaltung in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalts am 29. September wurden solche Maßnahmen vorgestellt. Beispielsweise können ein Notfallhandbuch, Hochwassergefahrenkarten oder die Aufklärung sowie die Schulung der Öffentlichkeit im Ernstfall von großem Nutzen sein...

„Elektroschrott“-Richtlinie: Deutschland hinkt bei der Umsetzung hinterher

Die EU-Kommission hat Deutschland in einer mit Gründen versehenen Stellungnahme vom [25. September](#) aufgefordert, detaillierte Angaben zur Umsetzung der Richtlinie [2012/19/EU](#) über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE) in nationales Recht zu machen. Diese hätte bis zum 14. Februar erfolgen müssen (vgl. Brüssel Aktuell 29/2012). Die Kommission hat damit den zweiten Schritt im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens nach Art. 258 AEUV eingeleitet...

Luftqualität: Verordnungsvorschlag über Motoren mobiler Maschinen

Am 25. September hat die EU-Kommission ihren [Vorschlag](#) für eine Verordnung über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte veröffentlicht...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Regionalpolitik: Studie zur Rolle der Städte vorgestellt

In der [Sitzung](#) des Ausschusses für regionale Entwicklung des EU-Parlaments am 23. September wurde eine [Studie](#) zum Thema „Die Rolle der Städte in der Kohäsionspolitik 2014-2020“ vorgestellt.

Die Studie kommt zu dem [Ergebnis](#), dass Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Verankerung städtischer Themen in der EU-Kohäsionspolitik besteht...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Kommission 2014-2019: Anhörungen im Europäischen Parlament gestartet

Vom 29. September bis zum 8. Oktober 2014 finden die Anhörungen der designierten Mitglieder der EU-Kommission im Europäischen Parlament statt. Die endgültige Abstimmung der Abgeordneten über die gesamte neue Führungsriege soll voraussichtlich am 22. Oktober 2014 stattfinden. Die designierten Kandidaten gaben bei den nun angelaufenen Anhörungen erste Einblicke in ihre Expertise und künftige Arbeitsweise. Mit Spannung wurde auch die mündliche Äußerung Cecilia Malmströms erwartet. Dieser war zu entnehmen, dass es innerhalb der EU-Kommission bezüglich der umstrittenen Investorenschutzbestimmungen in Freihandelsabkommen wie TTIP zu einem Umdenken kommen könnte...

Brüssel Aktuell 36/2014

3. bis 10. Oktober 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Verhandlungsmandat veröffentlicht

Nach langem Zögern hat der Rat der EU am 9. Oktober das [Verhandlungsmandat](#) zur derzeit in intensiven Verhandlungen befindlichen transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA (TTIP, zuletzt Brüssel Aktuell 31/2014) veröffentlicht...

Umwelt, Energie und Verkehr

Klimaschutz: Richtlinie zur Einrichtung von grünen Tankstellen

Am 29. September stimmte der Ministerrat der EU der [Richtlinie](#) über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe zu. Diese verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Errichtung von öffentlich zugänglichen, grünen Tankstellen in Europa...

Biodiversität: Rat nimmt Verordnung zu invasiven gebietsfremden Arten an

Am 29. September stimmte der Rat der Europäischen Union der [Verordnung](#) über die Prävention und Kontrolle der Einbringung und Verbreitung invasiver gebietsfremder Arten zu. Diese soll die zunehmende Bedrohung der biologischen Vielfalt durch invasive Arten bekämpfen und ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Biodiversitätsziele der Europäischen Union bis 2020 (zuletzt Brüssel Aktuell 6/2014)...

Soziales, Bildung und Kultur

Europäischer Schülerwettbewerb: Europa hilft – hilft Europa?

Im Rahmen des [Europäischen Jahres der Entwicklung 2015](#) können Schüler an dem [62. Europäischen Wettbewerb](#) „Europa hilft – hilft Europa?“ teilnehmen. Anhand von zwölf altersgerechten Aufgabenstellungen sollen sich die Schüler von der ersten bis zur 13. Klasse sowohl kreativ als auch kritisch mit der europäischen Entwicklungshilfe auseinandersetzen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Kommission: Anhörung weiterer Kandidaten

Zwischen dem 29. September und dem 7. Oktober 2014 wurden die [designierten EU-Kommissare](#) von den jeweils betroffenen Ausschüssen des EU-Parlaments [angehört](#) (vgl. Brüssel Aktuell 35/2014). Zu den kommunalrelevanten Ressorts gehören u. a. diejenigen für Beschäftigung, Energieunion, Klima Binnenmarkt und Wettbewerb...

Förderprogramme

Europa für Bürgerinnen und Bürger: Workshop in Chemnitz

Am 6. November 2014 findet im Chemnitzer Rathaus ein [Workshop](#) zum EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger 2014-2020“ statt...

Brüssel Aktuell 37/2014

10. bis 17. Oktober 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Ergebnisse der 7. Verhandlungsrunde und kommunale Positionen

In den vergangenen beiden Wochen ist erneut Bewegung in die Verhandlungen der EU mit den USA zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) gekommen. Neben dem Abschluss und den ersten Ergebnissen zur aktuellen TTIP-Gesprächsrunde informierte sich auch der Rat am 15. Oktober über den Status quo, nachdem zwischenzeitlich das lang erwartete Verhandlungsmandat bzw. die Leitlinien für die TTIP-Verhandlungen veröffentlicht wurden. Die kommunale Ebene Deutschlands erläutert in einem gemeinsamen Positionspapier sowohl die Chancen von Freihandelsabkommen als auch die Risiken für die Daseinsvorsorge...

Umwelt, Energie und Verkehr

Klimaschutz: Neue Ziele des AdR zur CO₂-Reduktion und Projekt zur Nachhaltigkeit

Der Ausschuss der Regionen forderte am 7. Oktober eine strengere Neufassung der Ziele des Energie- und Klimapakets 2020-2030. Mit der Reduktion der Treibhausgasemissionen in Städten beschäftigte sich auch das Projekt „klimaneutrale Stadtteile in Europa“ (CLUE). Das Projekt wurde bei einer Informationsveranstaltung am 7. Oktober im Büro der Region Stockholm vorgestellt. Während des dreijährigen Projekts wurden nahezu 90 „best practice“-Beispiele entwickelt. So kann ein Energiehügel oder ein Energiebunker zur Reduzierung der CO₂-Emissionen beitragen...

EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie: Verringerung des CO₂-Gehalts von Kraftstoffen

Am 6. Oktober legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für die Richtlinie des Rates zur Umsetzung der [Richtlinie 98/70/EG](#) über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen vor. Dieser beinhaltet eine [Methode](#), mit der die CO₂-Intensität verschiedener Kraftstoffarten, z. B. Benzin, Diesel oder Flüssiggas, berechnet werden kann...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Open Days 2014: „Zusammenwachsen – Intelligente Investitionen für Menschen“

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission und der Ausschuss der Regionen begrüßten vom 6. bis zum 9. Oktober 6.000 Teilnehmer zur diesjährigen Europäischen Woche der Regionen und Städte, besser bekannt als Open Days, in Brüssel. Die 12. Auflage stand unter dem Motto „Zusammenwachsen – Intelligente Investitionen für Menschen“. In insgesamt 108 Workshops und vielen Begleitveranstaltungen wurden verschiedenste Fragen diskutiert und „best practice“-Beispiele vorgestellt. Die Veranstaltungen konzentrierten sich auf drei übergeordnete Themen: Verbinden regionaler Strategien, Aufbau von Kapazitäten und territoriale Kooperation. Wie in den letzten Jahren behandelten die Workshops eine Reihe von Aspekten und Ideen, die auch für die kommunale Ebene interessant waren und Denkanstöße lieferten...

Regionalpolitik: Neuer Definitionsvorschlag für Raumschaften

Experten der Europäischen Kommission haben in einem auf Englisch erschienenen [Arbeitspapier](#) eine neue Definition von Städten, Gemeinden und ländlichen Räumen vorgestellt. Das ist einerseits für die Abgrenzung von Fördergebieten von Bedeutung und könnte mehr Klarheit bei der Antragstellung für Förderprogramme zur Folge haben...

Soziales, Bildung und Kultur

Neue EU-Flüchtlingsstrategie

Am Rande der [Sitzung](#) des Rats der EU am 10. Oktober nahmen die EU-Innenminister eine [Strategie](#) zur verbesserten Steuerung der Migrationsströme an. Die in den Ratsschlussfolgerungen aufgeführten Maßnahmen können drei Säulen zugeordnet werden: 1. Zusammenarbeit mit Drittländern, 2. Stärkung der Fähigkeit von FRONTEX (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der EU), 3. Vollständige Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Die Minister sprachen sich – allerdings nur auf freiwilliger Basis – für die Möglichkeit aus, Flüchtlinge über ein Quotensystem innerhalb der EU umzuverteilen...

Soziales und Ökologisches Engagement: Richtlinie zu Berichtspflichten verabschiedet

Am 29. September verabschiedete der EU-Ministerrat die [EU-Richtlinie](#) „im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen“...

Kostenerstattung einer medizinischen Behandlung: EuGH präzisiert Bestimmung

Mit [Urteil C-268/13](#) vom 9. Oktober präzisiert der EuGH die Auslegung des Art. 22 Abs. 2 Unterabs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Kostenerstattung bei einer Krankenhausbehandlung im EU-Ausland...

Bildung: Digitale Kompetenz von Schülern noch nicht zufriedenstellend

Der „Horizon [Report](#) Europe: 2014 Schools Edition“, den die EU-Kommission am 2. Oktober veröffentlicht hat (vgl. Brüssel Aktuell 34/2013), offenbart, dass der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterricht nach wie vor ungenügend ist...

Kulturerbe: EU-Kommission informiert über aktuellen Stand der Digitalisierung

Die EU-Kommission hat einen [Bericht](#) zum aktuellen Stand der Digitalisierung von Kulturgütern verfasst...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Rechtsanwendung: Bericht für das Jahr 2013 veröffentlicht

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 1. Oktober ihren 31. [Jahresbericht](#) über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts 2013 (vgl. Brüssel Aktuell 38/2013). Aus diesem geht hervor, dass die Zahl der insgesamt anhängigen Vertragsverletzungsverfahren am Ende des Jahres 2013 auf dem niedrigsten Stand seit fünf Jahren war. Dies hänge u. a. damit zusammen, dass vermehrt auf den „EU-Piloten“ zur Problemlösung zurückgegriffen wurde. Zudem ist die Zahl der an die Kommission herangetragenen Beschwerden über die mangelnde Rechtsumsetzung gestiegen...

Passwesen: EuGH zur Eintragung des Geburtsnamens

In der Rechtssache [C-101/13](#) äußerte sich der Gerichtshof der EU zur Gestaltung deutscher Passdokumente. In ihrem Urteil vom 2. Oktober stellten die Richter klar, dass der Geburtsname als Teil des Namens des Passinhabers eingetragen werden kann. Voraussetzung ist, dass dies im Pass

in Kursivschrift mindestens in französischer, englischer oder spanischer Übersetzung angegeben ist...

Förderprogramme

Innovative Beschaffung: Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen

Seit 15. Oktober können [Projektvorschläge](#) für das Jahr 2015 im Bereich „[Innovation Procurement](#)“ eingereicht werden. Insgesamt stehen 130 Mio. € zur Unterstützung bei der innovativen Beschaffung bereit. Die [Förderung](#) unter Horizont 2020 (vgl. u.a. Brüssel Aktuell 34/2014) bezieht sich u. a. auf die Bereiche IKT, Transport, Energie und Forschungsinfrastruktur...

Brüssel Aktuell 38/2014

17. bis 24. Oktober 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilferecht: Infrastruktur, Flughäfen und öffentliche Krankenhäuser

Anfang Oktober hat die EU-Kommission beihilferechtliche Entscheidungen in verschiedenen Bereichen getroffen. Hervorzuheben ist die Genehmigung von Infrastrukturvorhaben...

Kapitalverkehrsfreiheit: Bevorzugung deutscher Wohltätigkeitsorganisationen?

Die EU-Kommission hat Deutschland aufgefordert seine Erbschaftssteuerregelung betreffend Hinterlassenschaften an Wohltätigkeitsorganisationen an die [EU-Kapitalverkehrsfreiheit](#) (Art. 63 AEUV) anzupassen...

EU-Vergaberecht: Kurzleitfaden veröffentlicht

Die EU-Kommission hat einen [Kurzleitfaden](#) zum reformierten EU-Vergaberecht veröffentlicht (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 12/2014). Das Dokument „Neue Regeln für öffentliche Aufträge und Konzessionen – Einfacher und flexibler“ bietet einen Kurzüberblick über die Ergebnisse der Reform...

Umwelt, Energie und Verkehr

Luftqualitätspaket: Stellungnahme des AdR verabschiedet

Am 7. Oktober verabschiedete das Plenum des Ausschuss der Regionen (AdR) eine [Stellungnahme](#) zum Maßnahmenpaket für saubere Luft in Europa (sog. Luftqualitätspaket, siehe Brüssel Aktuell 27/2014). Darin fordert er eine stärkere Bekämpfung der Luftverschmutzung an der Schadstoffquelle sowie einer stärkere Einbindung der kommunalen Behörden. Er spricht sich weiter für die Einführung von verbindlichen Zwischenzielen für das Jahr 2025 aus...

Luftqualitätspaket: Erste Schritte im Europäischen Parlament

Neben der Stellungnahme des AdR gab es auch im EU-Parlament weitere Entwicklungen zum Luftqualitätspaket. Im Oktober veröffentlichte es eine [Studie](#) zur „Luftqualitätspolitik und den Werten der WHO-Luftqualitätsleitlinien für die Gesundheit“, die die Kommissionsvorschläge bewertet. Zwischenzeitlich wurde die Abgeordnete Julie Girling (EKR,UK) als [Berichterstatte](#) benannt...

Klimaschutz: 100 europäische Städte unterzeichnen „Mayors Adapt“-Initiative

Am 16. Oktober lud die Europäische Kommission zur „Mayors Adapt“-Unterzeichnungszeremonie 2014 ein. Bereits über 100 europäische Städte haben sich mit dieser Initiative dazu verpflichtet, dem Klimawandel durch gezielte Maßnahmen entgegenzuwirken...

Energiebinnenmarkt und Subventions-Studie für Stromerzeugung

Am 12. Oktober veröffentlichte die [Generaldirektion Energie](#) der Europäischen Kommission kurz vor Ende des Mandats von Vizepräsident und Energie-Kommissar Günther Oettinger (D) eine neue Mitteilung zur Vollendung des Energiebinnenmarktes. Am folgenden Tag publizierte sie eine extern

erstellte Studie, die erstmalig einen Überblick über staatliche Eingriffe im Bereich der Stromerzeugung in den EU-Mitgliedstaaten geben soll. Beide Dokumente bewegen sich auf dem Datenstand des Jahres 2012...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

GD REGIO: Fallstudien zu Energieeffizienz und sozialer Integration

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD REGIO) der EU-Kommission publizierte Anfang Oktober einen Eröffnungsbericht über eine [Studie](#) zur Unterstützung der Europa 2020-Strategie. Anhand von acht Fallstudien wird ersichtlich, wie die Europa 2020-Ziele durch Mehrebenen-Governance und lokale sowie regionale politische Ansätze erreicht werden...

EFRE: Baden-Württembergs Operationelles Programm genehmigt

Die Europäische Kommission hat – als drittes regionales Programm in der EU – am 16. Oktober das [Operationelle Programm](#) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Baden-Württemberg 2014-2020 genehmigt (zuletzt Brüssel Aktuell 11/2014 und 16/2014). Damit können rund 500 Mio. € in den sieben Jahren der Programmlaufzeit verausgabt werden...

Donauraumpartnerschaften: Abschlussveranstaltung des ViPaD-Projekts

Am **13. November 2014** findet von 10 bis 16 Uhr im Ungarischen Kulturinstitut (Haußmannstr. 22) in Stuttgart die [Abschlussveranstaltung](#) des [Projekts](#) „Virtuelle Kommunalpartnerschaften im Donauraum“ (ViPaD) statt (vgl. Brüssel Aktuell 1/2014 und 24/2014)...

Soziales, Bildung und Kultur

„Kulturhauptstadt Europas 2019“: Matera für Italien ausgewählt

Die Europäische Kommission gab am 17. Oktober auf Empfehlung einer unabhängigen Jury aus Experten bekannt, dass Matera in Italien neben Plowdiw in Bulgarien [Europäische Kulturhauptstadt 2019](#) werden soll (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 32/2014)...

Chronische Krankheiten: Initiative fordert bessere Behandlung

Die Europäische Liga gegen Rheuma ([EULAR](#)) forderte in einer Konferenz in Brüssel am 16. Oktober Vertreter der EU-Kommission und Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, Barrieren in der Gesundheitsversorgung von Menschen mit chronischen Krankheiten abzubauen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Bürokratieabbau: Abschlussbericht der „Stoiber-Gruppe“ vorgestellt

Die von der Kommission eingesetzte Hocharangige Gruppe im Bereich der Verwaltungslasten ([HLG](#)) unter dem Vorsitz des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber legte ihren [Abschlussbericht](#) vor. Dieser wurde auf der [Konferenz](#) „Smart Regulation in the EU – Building on a Strong Foundation“ am 14. Oktober dem Kommissionspräsidenten übergeben und näher erörtert...

EU-Kommission 2014-2019: Parlament gibt Junckers neuem Team grünes Licht

Am 22. Oktober stimmten die Mitglieder des Europäischen Parlaments dem vom gewählten EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker vorgestellten [Kommissars-Kollegium](#) mehrheitlich zu. Zuvor mussten sich noch die designierten Kommissare Violeta Bulc (SO) und Maroš Šefčovič (SK) einer Anhörung stellen: Die Ablehnung von Alenka Bratušek im Rahmen der Anhörungen vom 29. September bis zum 20. Oktober (siehe Brüssel Aktuell 36/2014 und 35/2014) hatte nicht nur zu einer slowenischen Nachbesetzung, sondern auch zu einem Portfoliowechsel innerhalb der neuen

Juncker-Kommission geführt. Beide designierten Kandidaten wurden bestätigt. Somit kann die neue Kommission am 1. November 2014 ihre fünfjährige Amtszeit aufnehmen...

Daseinsvorsorge: Glossar zum Gemeinschaftsrechtsbestand in deutscher Sprache

Am 30. September 2013 fand das Projekt „Acquis+“ des Europäischen Verbandes der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen im Rahmen eines Symposiums in Brüssel seinen feierlichen Abschluss (vgl. Brüssel Aktuell 34/2013)...

Brüssel Aktuell 39/2014

24. bis 31. Oktober 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wettbewerbsrecht: EuGH kippt deutsche Anforderungen für Bauprodukte

Mit Urteil vom 16. Oktober äußerte sich der Europäische Gerichtshof in der Rechtssache [C-100/13](#) zu den sog. Bauregellisten. Danach verstößt die deutsche Praxis, dass Bauprodukte zusätzliche nationale Genehmigungen haben müssen, auch wenn sie über ein CE-Zeichen verfügen und in anderen Mitgliedstaaten rechtmäßig vermarktet werden, gegen die Warenverkehrsfreiheit...

Europäisches Semester: Reformziele für 2014 nicht erreicht

Das EU-Parlament hat am 22. Oktober den Bericht „zu dem Europäischen Semester für wirtschaftspolitische Koordinierung: Umsetzung der Prioritäten für 2014“ [angenommen](#) (426 „Ja“- , 240 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen). Dieser setzt sich kritisch mit der wirtschaftspolitischen Reformarbeit der Mitgliedstaaten auseinander...

Freihandelsabkommen: EU-Kommission wendet sich an Europäischen Gerichtshof

Die EU-Kommission hat am 30. Oktober erklärt beim Europäischen Gerichtshof eine Stellungnahme zur Unterzeichnungs- und Ratifizierungskompetenz des Freihandelsabkommens der EU mit Singapur [anzufragen](#). Angestrebt werde eine Klarstellung der Kompetenzverteilung zwischen Rat und Kommission, so Handelskommissar Karel De Gucht (B)...

TTIP-Konsultation: Verlängerung der Konsultationsfrist für KMU

Kleine und mittlere Unternehmen können sich noch bis zum 15. Dezember 2014 an einer Konsultation beteiligen, mit der die EU-Kommission bestehende Handelsbarrieren für europäische KMU in den USA identifizieren will (siehe Brüssel Aktuell 26/2014)...

Auszeichnung „Europäische Unternehmerregion 2016“: Aufruf zur Bewerbung

Am 1. Oktober begann die Bewerbungsphase für die Auszeichnung „Europäische Unternehmerregion (EER) 2016“ (zuletzt Brüssel Aktuell 31/2012). Der Ausschuss der Regionen verleiht diesen Preis seit dem Jahr 2011...

Umwelt, Energie und Verkehr

EU-Klimagipfel: neue Ziele für 2030

Am 24. Oktober hat sich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs auf die Grundlinien der Energie- und Klimapolitik bis zum Jahr 2030 geeinigt (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2014). Ergebnisse der Tagung sind die Verpflichtung der EU auf einen Anteil der erneuerbaren Energieträger beim Energieverbrauch von 27 %, die Steigerung der Energieeffizienz um ebenfalls 27 % und die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 40 %. Das Instrument des Emissionsrechtehandels soll beibehalten werden. Nach dem Weltklimagipfel Ende 2015 in Paris sollen die Ziele überprüft werden, was allerdings einstimmig erfolgen muss...

Intelligente Verkehrssysteme: Bericht der EU-Kommission und Stellungnahme des AdR

Am 21. Oktober hat die Europäische Kommission einen [Bericht](#) über die Durchführung der Richtlinie 2010/40/EU zum „Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS) und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern“ veröffentlicht. Zudem wird der Ausschuss der Regionen über eine Stellungnahme zu dieser Thematik bei seiner Plenartagung im Dezember 2014 abstimmen...

Urbane Mobilität: ENCLOSE-Projekt und „best practice“-Beispiele zur Stadtlogistik

Bei der Abschlusskonferenz zum ENCLOSE-Projekt am 22. Oktober wurden bewährte Verfahren der Stadtlogistik für kleine und mittelgroße Kommunen mit historischen Kernen vorgestellt. Die Projekte wurden vor dem Hintergrund des Weißbuchs Verkehr sowie dem Ende des Jahres 2013 von der EU-Kommission präsentierten Pakets für urbane Mobilität realisiert...

ÖPNV-Verordnung: Rat verhandelt weiterhin – neuer Berichterstatter im Parlament

Der Rat der Europäischen Union hielt in seiner Tagung am 8. Oktober am sog. vierten Eisenbahnpaket fest. Insbesondere sollen die vier Teile des Pakets, zu denen auch die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 hinsichtlich der „Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste“ zählt (zuletzt Brüssel Aktuell 10/2014), nicht aufgeschürt werden...

Grüne Hauptstadt 2017: Essen erneut unter den Bewerbern

Die Stadt Essen hat sich erneut um den Titel „[Grüne Hauptstadt Europas](#)“ beworben (vgl. Brüssel Aktuell 14/2014 und 23/2014). Bereits im vergangenen Jahr hatte Essen eine Bewerbung für das Jahr 2016 eingereicht und es bis unter die Finalisten geschafft...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Strukturfonds: Bundes-ESF-Programm genehmigt

Die EU-Kommission hat in der letzten Woche das operationelle Programm des Bundes für den [ESF 2014-2020](#) (siehe Brüssel Aktuell 42/2013) genehmigt. Die seitens der EU zur Verfügung gestellten 2,6 Mrd. € werden für die Förderung von Beschäftigung (25 %), sozialer Integration (38 %) und Bildung (33 %) eingesetzt...

Soziales, Bildung und Kultur

Demenzielle Erkrankungen: EU-Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht

Am 16. Oktober veröffentlichte die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher der EU-Kommission ein englischsprachiges [Arbeitsdokument](#) „Implementation report on the Commission Communication on a European initiative on Alzheimer's disease and other dementias“. Darin werden die Fortschritte seit dem Start der Europäischen Initiative zur Alzheimer-Krankheit und zu anderen Demenzerkrankungen im Jahr 2009 bis zum Jahr 2013 aufgezeigt. Hintergrund ist die mit dem demografischen Wandel einhergehende steigende Zahl demenzieller Erkrankungen in der Bevölkerung. Die Erkenntnisse des Fortschrittsberichts dürften für die kommunale Ebene nicht überraschend sein. Allerdings bietet das Dokument einen guten Überblick zum Status quo und stellt Fördermöglichkeiten auf EU-Ebene oder „best practice“-Beispiele für altersfreundliche Kommunen oder der häuslichen und stationären Versorgung demenziell erkrankter Menschen dar...

Sehbehinderte: Kommission schlägt Ratifizierung des Marrakesch-Vertrags vor

Um Blinden und anderweitig seh- oder lesebehinderten Menschen den Zugang zu Büchern in für sie nutzbaren Formaten zu erleichtern, bat die EU-Kommission den Rat der Europäischen Union um [Genehmigung](#) für die Ratifizierung des [Marrakesch-Vertrags](#). Dies umfasst z. B. Bücher in Brailleschrift oder Großdruck, E-Books oder Hörbücher mit speziellen Navigationswerkzeugen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Juncker-Kommission ernannt

Auf der Sitzung vom 23. und 24. Oktober hat der Europäische Rat erwartungsgemäß die Kommission Juncker förmlich [ernannt](#) (Art. 17 Abs. 7 EU-Vertrag)...

Europaparlament: neue Diskussion um einzigen Sitz

Das Europäische Parlament hat in seiner Plenartagung in Straßburg am 22. Oktober einen neuen Anlauf gestartet, um seinen Sitz auf eine einzige Stadt festzulegen. Dies war in der Vergangenheit am französischen Rats-Veto stets gescheitert...

Förderprogramme

Industriekulturerbe: Abschlusskonferenz des SHIFT-X-Projekts

Vom 14. bis zum 16. Oktober fand im belgischen Genk die [Abschlusskonferenz](#) des INTERREG IV B-geförderten Projekts „[SHIFT-X](#): Employing cultural heritage as promoter in the economic and social transition of old-industrial regions“ statt. Leadpartner des Projekts, das sich zum Ziel gesetzt hat kulturelles Erbe in Altindustrie-Regionen nutzbar zu machen, ist der Landkreis [Zwickau](#)...

Demografischer Wandel: Fördermöglichkeiten zum Umgang mit alternder Bevölkerung

AFE-INNOVNET, ein europaweites Netzwerk im Bereich Innovationen für altersfreundliche Umgebungen (vgl. Brüssel Aktuell 10/2014), wird am 19. November 2014 ein englischsprachiges [Webinar](#) zu Fördermöglichkeiten im Bereich von altersfreundlichen Initiativen abhalten...

Brüssel Aktuell 40/2014

31. Oktober bis 7. November 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Mehrwertsteuer: Auf dem Weg zu einem einheitlichen und endgültigen System?

Die EU-Kommission hat Ende Oktober ein Arbeitsdokument veröffentlicht, in dem sie auf die Schaffung eines endgültigen EU-weiten Mehrwertsteuersystems eingeht. Neben dem Abbau von Bürokratie und erhöhter Nutzerfreundlichkeit geht es der Kommission um die Begünstigung des Handels innerhalb der EU. In einer Studie wird zudem auf die EU-weiten Mehrwertsteuerlücken hingewiesen, die z. B. durch die Gewährung von Ausnahmen und reduzierte Mehrwertsteuersätze entstehen...

Tourismus: Neue Entwicklungen auf EU-Ebene

Die Kommission macht auf zahlreiche neue Entwicklungen im Tourismusbereich aufmerksam. Sie reichen von der Auswertung von Konsultationsergebnissen, einer Darstellung der EU-Förderung im Tourismussektor, einer virtuellen Tourismusbeobachtungsstelle und einem Tourismusprognosebericht bis hin zu einem Online-Portal zur Unterstützung der Fremdenverkehrswirtschaft...

Umwelt, Energie und Verkehr

Umweltpolitischer Ausblick auf Europa 2020: Ministerrat will „grünere“ Wirtschaft

Der Rat der EU-Umweltminister verabschiedete am 28. Oktober einstimmig [Schlussfolgerungen](#) hinsichtlich des Europäischen Semesters und der Europa 2020-Strategie. Darin forderten die Minister einerseits eine verstärkte Einbeziehung „grüner“ Aspekte in das Europäische Semester (vgl. Brüssel Aktuell 22/2014). Andererseits gaben sie erste Hinweise auf eine im Jahr 2015 zu erwartende Zwischenbilanz der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum...

Nachhaltigkeit: Fortschrittsbericht zu CO₂-Emissionen und Europäische Aktionswoche

Am 28. Oktober veröffentlichte die Europäische Kommission mit Unterstützung der Europäischen Umweltagentur (EEA) ihren jährlichen [Fortschrittsbericht](#) „Trends und Prognosen in Europa 2014“ (siehe Brüssel Aktuell 3/2014)... Außerdem soll es im Jahr 2015 erstmals eine Europäische Woche zur nachhaltigen Entwicklung geben. Diese wird vom 30. Mai bis zum 5. Juni 2015 gleichzeitig mit der Europäischen Grünen Woche stattfinden...

Verkehrssünder-Datenaustausch: Berichtsentwurf zum Richtlinienvorschlag

Am 16. Oktober legte die Abgeordnete Inés Ayala Sender (S&D, ES) im Parlamentsausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr einen [Berichtsentwurf](#) über den [Richtlinienvorschlag](#) „zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte“ vor...

Soziales, Bildung und Kultur

Patientensicherheit und Langzeitpflege: Studien veröffentlicht

Die EU-Kommission veröffentlichte auf ihrer Internetseite eine [Studie](#), die sich mit Investitionen in das Gesundheitssystem mit Schwerpunkt auf der Verbesserung der Patientensicherheit befasst (vgl. Brüssel Aktuell 26/2014). Des Weiteren verfasste der Ausschuss für Sozialschutz (SPC) einen [Bericht](#) zur sozialen Sicherheit von Menschen mit Langzeitpflegebedürfnissen in einer alternden Gesellschaft...

Duale Bildung: Erste Projektergebnisse und neue Studie

Am 5. November zogen die Vertreter der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main in Brüssel eine erste, erfolgreiche Zwischenbilanz bezüglich ihrer mit der Autonomen Gemeinschaft Madrid geschlossenen Kooperationsvereinbarung zur [Fachkräftesicherung](#) (siehe Brüssel Aktuell 20/2013). Zudem veröffentlichte das Europäische Parlament eine eigene Studie, welche die Stärken und Schwächen einer dualen Bildung sowie die Entwicklungen in den 28 Mitgliedstaaten zur Einführung oder Verbesserung dieses Systems aufzeigt...

Soziale Agenda: Handlungsbedarf auf europäischer Ebene

Bei einem Symposium am 30. Oktober wurde in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen die [Soziale Agenda](#) für die neuen EU-Akteure diskutiert (siehe Brüssel Aktuell 17/2009). Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Themen Jugendarbeitslosigkeit, Sozialindikatoren im Europäischen Semester und Europäische Arbeitslosenversicherung...

Abschiebungen: EU-Bürgerbeauftragte untersucht Einhaltung der Grundrechte

Am 20. Oktober hat die Europäische Ombudsfrau Emily O'Reilly auf eigene Initiative hin eine neue [Untersuchung](#) eingeleitet. Es geht darum, wie die EU-Agentur Frontex sicherstellt, dass bei den von ihr koordinierten und finanzierten gemeinsamen Rückführungsaktionen mehrerer Mitgliedstaaten die Grundrechte der Migranten respektiert werden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Freizügigkeit: Rat diskutiert Kommissionsvorschlag zur Urkundenanerkennung

In seiner [Sitzung](#) vom 10. Oktober hat sich der Ministerrat in der Formation „Justiz und Inneres“ mit dem Verordnungsentwurf zur Förderung der Freizügigkeit von Bürgern und Unternehmen durch die Vereinfachung der Annahme bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der Europäischen Union befasst (siehe Brüssel Aktuell 1/2014). Zur [Diskussion](#) standen die Funktion von mehrsprachigen Standardformularen, die Beziehung zwischen der vorgeschlagenen Verordnung zu internationalen Abkommen (Art. 18 des Kommissionsvorschlags) und die angedachte Nutzung von elektronischen Systemen zur Datenübertragung zwischen den Mitgliedstaaten...

Datenschutzreform: Ausrichtung des Ministerrats

Der Rat der Europäischen Union nahm am 10. Oktober eine partielle [allgemeine Ausrichtung](#) zur Datenschutz-Grundverordnung an. Zuletzt hatte das Europäische Parlament am 12. März in erster Lesung die Reform des europäischen Datenschutzrechts beschlossen (siehe Brüssel Aktuell 10/2014)...

Brüssel Aktuell 41/2014

7. bis 14. November 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Professor der Universität Erlangen-Nürnberg stellt Studie zu ISDS vor

Am 5. November luden der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Friedrich Ebert Stiftung zu einer Veranstaltung ein, bei der Prof. Dr. Markus Krajewski, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, seine [Studie](#) zu den Modalitäten für Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) in TTIP aus der Perspektive von Gewerkschaften vorstellte. Sein Resümee zum neuen europäischen Ansatz zu Investitionsschutz und ISDS fiel dabei gemischt aus...

Umwelt, Energie und Verkehr

Ökologischer Landbau: Rat diskutiert ersten Kompromiss über Verordnungsentwurf

Der Rat der EU hat einen Kompromisstext für den Kommissionsvorschlag zur Überarbeitung der Verordnung zur ökologischen Landwirtschaft vorgelegt und im Sonderausschuss für Landwirtschaft diskutiert. Obwohl einige Punkte noch weiterer Diskussion bedürfen, standen die Delegationen der Mitgliedstaaten diesem grundsätzlich positiv gegenüber. Die italienische Ratspräsidentschaft hatte den Vorschlag zu einer Priorität des Vorsitzes erklärt...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Strukturfonds: Studie zur Vorbereitung und Umsetzung in den Mitgliedsstaaten

Die EU-Kommission hat kürzlich eine [Studie](#) zu den Vorbereitungen und den Verwaltungskapazitäten der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik 2014-2020 veröffentlicht. Mit Hilfe von 14 Fallstudien widmet sie sich der Frage, ob sich die Verwaltung der Fonds durch nationale und regionale Behörden im Vergleich zur vergangenen Förderperiode verbessert hat...

Soziales, Bildung und Kultur

Schreibwettbewerb: EU-Erfahrungen europäischer Jugendlicher im Fokus

Die Europäische Kommission hat den [Schreibwettbewerb](#) „So ähnlich, so verschieden, so europäisch“ ausgeschrieben. Dieser richtet sich an EU-Bürger im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die Jugendlichen sind aufgerufen, ihre Erfahrungen in der erweiterten Europäischen Union zu teilen und zu äußern, wie die EU die Herausforderungen der Zukunft meistern kann...

ERASMUS+: Veranstaltung in Karlsruhe zur Förderung der Mobilität Auszubildender

*Am **9. Dezember 2014** findet von 14.00 bis 16.30 Uhr im Regierungspräsidium Karlsruhe am Rondellplatz (Karl-Friedrich-Str. 17) die [Informationsveranstaltung](#) „Auszubildende werden mobil in*

Europa mit ERASMUS+“ statt. Die Veranstaltung soll Akteure im Bereich Berufsausbildung über die Förderung der Mobilität von Auszubildenden mit Hilfe des EU-Aktionsprogramms ERASMUS+ informieren (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 40/2014)...

Human Smart Cities: Stärkung von Nachbarschaften durch Projekt MyNeighbourhood

Im Rahmen einer Veranstaltung im EurActiv Institut am 5. November wurden [Human Smart Cities](#) thematisiert und das Projekt [MyNeighbourhood](#) vorgestellt. Human Smart Cities nutzen Technologien, um die öffentlichen Verwaltungen und die Bürger zusammen zu bringen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Ministerrat: Neue Mehrheitsregel

Zum 1. November gelten im Rat der EU neue Mehrheitsregeln, die im Ergebnis Deutschlands Stimme mehr Gewicht verleihen. Gemäß Art. 16 Abs. 4 EUV gilt nun eine sog. doppelte Mehrheit. Diese besteht aus 55 % der Mitgliedstaaten (mindestens 16 der 28 Staaten) und muss mindestens 65 % der dadurch repräsentierten Bevölkerung der EU umfassen...

Förderprogramme

EFRE und ESF: Kommission genehmigt Programme in Bayern

Die Europäische Kommission hat am 14. Oktober das [operationelle Programm](#) zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Bayern genehmigt (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 38/2014). Das Programm fördert in der Periode 2014 bis 2020 Investitionen in Wachstum und Beschäftigung in Höhe von ca. 495 Mio. €...

ERASMUS+: Aufrufe und Programmleitfaden 2015

Die Europäische Kommission veröffentlichte kürzlich im Amtsblatt ([C 344/10](#)) für das EU-Förderprogramm Erasmus+ eine „Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2015“. Für die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport können Finanzhilfen für neue Projekte und Mobilitätsmaßnahmen beantragt werden...

In eigener Sache

Fünf Jahre Vertrag von Lissabon – eine kommunale Bilanz

Am 10. November luden die bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen kommunalen Landes- bzw. Spitzenverbände in die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU ein, um nach fünf Jahren Vertrag von Lissabon ein erstes kommunales Resümee zu ziehen. Im Austausch mit Vertretern der Europäischen Kommission und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU kamen die Kommunalvertreter zu dem Schluss, dass u. a. bei der Anhörungspraxis, den Schwellenwerten im EU-Beihilfe- und Vergaberecht sowie der Selbstbeschränkung der EU-Ebene bei der Rechtsetzung noch gewisses Optimierungspotential besteht...

EU-Koordinatoren bayerischer Kommunen in Brüssel

Vom 11. bis 12. November informierten sich Europakoordinatoren der bayerischen Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke zu kommunalen Themen bei der EU-Kommission in Brüssel. Diskussionsgegenstand waren das Freihandelsabkommen TTIP, das EU-Beihilferecht, das EU-Vergaberecht, die Strukturpolitik der EU, das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger sowie die Energiewende und die EU-Sozialpolitik. Das Programm beinhaltete ebenso den Besuch der Veranstaltung „Urbanes Leben: Anforderungen an Intelligente Städte“...

Brüssel Aktuell 42/2014

14. bis 21. November 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Handelsabkommen EU-USA: neue Klage vor EuGH und weitere Studie

Zu den Verhandlungen hinsichtlich einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (engl. TTIP; zuletzt Brüssel Aktuell 41/2014) gibt es einige neue Entwicklungen. Einerseits regt sich gegen die vorgesehenen Investorenschutzbestimmungen (ISDS) zunehmender Widerstand. Andererseits gehen die grundsätzlichen Auseinandersetzungen um das Abkommen weiter. Schließlich wurde eine neue Studie veröffentlicht, die u. a. mögliche Auswirkungen von TTIP auf verschiedene Bereiche behandeln...

Umwelt, Energie und Verkehr

Verbraucherschutz: EuGH stärkt Rechte von Tarifkunden von Energieversorgern

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem [Urteil](#) vom 23. Oktober die Verbraucherrechte von Tarifkunden gestärkt. Insbesondere müssen Energieversorger rechtzeitig über Preiserhöhungen informieren sowie über Anlass, Voraussetzungen und Umfang Auskunft geben. Eine zeitliche und finanzielle Begrenzung der Wirkung des Urteils hat der EuGH ausdrücklich abgelehnt...

Energie: Maßnahmen zur Erreichung der Energieziele und Empfehlungen an die EU

In der vergangenen Woche fanden mehrere Konferenzen zur europäischen Energiepolitik statt. Hierbei zeigte sich, dass die Energiepolitik eine hohe Priorität bei der Arbeit der neuen Europäischen Kommission einnimmt und die Energie- und Klimaziele strenger gefasst werden sollten...

PKW-Maut: Verkehrsausschuss im EU-Parlament berät über nationale Vorhaben

Der Ausschuss des Europäischen Parlaments für Verkehr und Fremdenverkehr befasste sich in einer öffentlichen Anhörung am 4. November mit Plänen zur Einführung von nationalen PKW-Mautregimen. Die EU-Kommission wollte sich nicht zu den deutschen Plänen für eine PKW-Maut äußern und verwies auf die Anforderungen an ein diskriminierungsfreies Vignetten-System aus einer [Mitteilung](#) aus dem Jahr 2012 (vgl. Brüssel Aktuell 20/2012)...

Geodaten: Zwischenbericht zur Umsetzung von INSPIRE veröffentlicht

Die EU-Kommission veröffentlichte am 10. November einen [Zwischenbericht](#) zur Umsetzung der Richtlinie [2007/2/EG](#) zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft, kurz „INSPIRE-Richtlinie“ (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 20/2014). Darin beschreibt sie eine zufriedenstellende Entwicklung. Betont wird auch, dass die Hürden auf dem Weg zum gemeinsamen Austausch von Geodaten und -diensten in Europa noch nicht vollständig abgebaut werden konnten...

Wasserrahmenrichtlinie: Aktualisierung im EU-Amtsblatt veröffentlicht

Am 31. Oktober wurde im Amtsblatt der EU eine Änderung der Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik veröffentlicht. Ziel der Richtlinie ist es, den ökologischen Zustand von Gewässern zu überwachen. Die [Richtlinie 2014/101/EU](#) wurde nun an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt angepasst...

Plastiktüten: Kompromiss im Rechtsetzungsprozess gefunden

Am 18. November erreichten das Europäische Parlament und der Ministerrat einen Kompromiss in den Trilog-Verhandlungen zu einem [Richtlinienvorschlag](#), der die Verpackungsmüllrichtlinie 94/62/EG zugunsten einer Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten abändern soll (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 16/2014)...

Bioökonomie: Stärkung durch überregionale Projekte

Ein Symposium zur Bioökonomie traf sich am 12. November in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt. Die Teilnehmer kamen zum Ergebnis, dass sich die Bioökonomie mit der geplanten Politik der neuen Kommission vereinbaren lässt...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Rückzahlung von Fördermitteln: TU Dresden scheitert mit Klage in erster Instanz

In seinem Urteil vom 24. Oktober bestätigte das Europäische Gericht erster Instanz, dass die EU nach einem wesentlichen Grundsatz der Unionsförderung nur solche Kosten bezuschusst, die tatsächlich entstanden und nachweisbar sind. Im vorliegenden Fall ist die Technische Universität Dresden deshalb mit ihrer Klage (Rechtssache [T-29/11](#)) gegen die Europäische Kommission größtenteils gescheitert...

Soziales, Bildung und Kultur

Sozialtourismus: Leistungen können für EU-Ausländer verweigert werden

Mit [Urteil](#) vom 11. November befand der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass Sozialhilfeleistungen abgelehnt werden können, wenn ein EU-Bürger nur nach Deutschland kommt, um Sozialhilfe zu beziehen (Rechtssache C-333/13). Folglich können die Mitgliedstaaten weiterhin geeignete Maßnahmen ergreifen, um eine übermäßige Belastung ihrer Sozialhilfesysteme zu vermeiden...

Personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungen: Empfehlungen an die EU

Am 7. November fand die 6. Konferenz zu personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen sowie Work-Life-Balance im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss statt. Neben einer Bestandsaufnahme wurden Empfehlungen an die EU-Ebene formuliert (vgl. Brüssel Aktuell 41/2013)...

Lehrerausbildung auf dem Prüfstand: Studie und Kommissionsbericht veröffentlicht

Im Juli wurde eine [Studie](#) im Auftrag des Europäischen Parlaments veröffentlicht, die sich mit der Ausbildung von Grundschullehrern in der EU beschäftigt. Sie stützt sich dabei auf Ergebnisse aus sieben Mitgliedstaaten, wobei Österreich und Frankreich die kontinentale Gruppe vertreten, zu der auch Deutschland zählt...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Transparenzinitiative der EU-Kommission in Vorbereitung

Am [19. November](#) hat die EU-Kommission den Rahmen für ihre Transparenzinitiative diskutiert, sodass noch nächste Woche mit einer diesbezüglichen formellen Entscheidung und noch vor Ende des Jahres mit einer Umsetzung gerechnet werden kann...

Brüssel Aktuell 43/2014

21. bis 28. November 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Kommission wagt mehr Transparenz

In der Sitzung der Europäischen Kommission vom 25. November hat das Kollegium eine Mitteilung von Handelskommissarin Cecilia Malmström (SE) angenommen, die die Informationspolitik im Hinblick auf das internationale Handelsabkommen TTIP (zuletzt Brüssel Aktuell 42/2014) zwischen den USA und der EU überarbeitet. Das Maßnahmenbündel umfasst erstens die Veröffentlichung von Verhandlungsdokumenten, die bisher nur den Mitgliedstaaten und bestimmten EU-Abgeordneten zugänglich waren...

Umwelt, Energie und Verkehr

Luftqualität: Kommunen und Regionen positionieren sich zum Legislativpaket

Am 18. November veranstaltete das Londoner Europabüro einen Workshop, um sich mit den Städten Madrid (ES) und München über neue Wege im Kampf gegen die Luftverschmutzung auszutauschen. Tags darauf wurde das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (siehe diese Ausgabe von Brüssel Aktuell) veröffentlicht, da in der Region „Greater London“ die NO₂-Grenzwerte nicht eingehalten werden. Am Folgetag organisierten die in der AIR-Initiative zusammengeschlossenen Regionen, darunter u. a. Baden-Württemberg, einen Austausch mit den Berichterstattem zu den legislativen Bestandteilen des Luftqualitätspakets. Die aktuellen Diskussionen in Brüssel gewinnen ebenso dadurch Brisanz, da die EU-Kommission Mitte Dezember 2014 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2015 veröffentlichen will. Die beiden Vorschläge der letzten Legislatur zur Revision des EU-Abfallrechts und der EU-Luftqualitätspolitik könnten eventuell von der Juncker-Kommission zurückgezogen werden...

Luftqualität: EuGH zu den Verpflichtungen der nationalen Behörden und Gerichte

Am 19. November präzisierte der Europäische Gerichtshof im Fall C-404/13 die von den Mitgliedstaaten bzw. nationalen Behörden zu unternehmenden Schritte bei Überschreitung der Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂). Neben der Erstellung eines Luftqualitätsplans ist ebenso die Beantragung einer Fristverlängerung verpflichtend. Weiter können ggf. zuständige nationale Gerichte via Anordnung nationale Behörden dazu zwingen, geeignete Maßnahmen zu erlassen...

Mobilität: Leichter Zugang zu Bahnreisen für Menschen mit Behinderung

Die EU-Kommission hat am 18. November eine neue Kommissionsverordnung „über die technischen Spezifikationen für die Interoperabilität bezüglich der Zugänglichkeit des Eisenbahnsystems der Union für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität“ angenommen. Am 11. März 2013 hatte sie den Annex III zur Richtlinie „über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft“ im vereinfachten Verfahren nach Art. 29 der Richtlinie geändert (zuletzt Brüssel Aktuell 11/2013)...

Abfallvermeidung: Europäische Aktionswoche und Leitfaden für Kommunen

Im Rahmen der Europäischen Woche zur Abfallvermeidung (EWAV) wurden bei einer Veranstaltung am 24. November des ACR+ (Vereinigung der Städte und Regionen für Recycling und nachhaltiges Ressourcenmanagement) zwei regionale Strategien zur Bekämpfung von Lebensmittelabfall vorgestellt...

Soziales, Bildung und Kultur

Gesundheitspolitik: Neue Entwicklungen und Zwischenberichte

In den letzten Wochen trafen sich auf EU-Ebene drei Expertengremien bezüglich verschiedener gesundheitspolitischer Themen. Eine Interessengruppe im Parlament, die sich den Themen geistige Gesundheit, Wohlbefinden und Gehirnstörungen widmet, stellte zwei Forschungsprojekte zur Inklusion von Menschen mit eingeschränkter geistiger Gesundheit vor. Daneben traf sich die Expertengruppe der EU-Kommission zum Thema seltene Krankheiten. Das „eHealth“-Netzwerk nahm Leitlinien zu grenzüberschreitenden, elektronischen Rezepten an („ePrescriptions“)..

Arbeitsrecht: EuGH-Urteile zur Gleichbehandlung und zur Teilzeitarbeit

Der Europäische Gerichtshof hat sich in zwei Urteilen mit dem Arbeitsrecht auseinandergesetzt. Zum einen wies er eine Klage der EU-Kommission gegen die Niederlande ab. Diese hatten die EU-Gleichstellungsrichtlinie lediglich in allgemein gehaltenen Normen in nationales Recht umgesetzt, was der Kommission nicht spezifisch genug war. Zum anderen entschied der EuGH, dass eine Zulage mit Entgeltcharakter bei Teilzeitbeschäftigten zum entsprechenden Anteil (pro rata temporis) berechnet werden kann...

Diskriminierung: Strenge Voraussetzungen für Altersgrenzen bei Einstellungen

Am 13. November urteilte der Gerichtshof der Europäischen Union (Zweite Kammer) in der Rechtsache C-416/13, dass eine nationale Regelung der Autonomen Gemeinschaft Asturien (ES), die das Höchstalter für die Einstellung örtlicher Polizeibeamter auf 30 Jahre festlegt, nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist. Das Urteil könnte Anhaltspunkte für die Bewertung anderer Altersgrenzen im öffentlichen Dienst bieten. Im Vorabentscheidungsverfahren ging es v. a. um die Auslegung von Art. 2 Abs. 2, Art. 4 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 lit. c der Richtlinie 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Junckers Investitionspaket: Mehr als 300 Mrd. € aus verschiedenen Quellen

Die Quellen des Investitionspakets, das EU-Kommissionspräsident Juncker (LU; zuletzt Brüssel Aktuell 39/2014) bereits im Plenum des Europäischen Parlaments angekündigt hatte, werden allmählich erkennbar. Unter dem Programmnamen „Europäischer Fonds für strategische Investitionen“ (EFSI) präsentierte Juncker am 26. November den am Vortag von der EU-Kommission beschlossenen Plan, der mithilfe öffentlicher Investitionen in Infrastruktur und Bildung mind. 315 Mrd. € an Gesamtinvestitionen „hebeln“ und über eine Mio. Arbeitsplätze in den nächsten zwei Jahren schaffen soll...

Brüssel Aktuell 44/2014

28. November bis 5. Dezember 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

EU-Vergaberecht: EuGH zur Nichtvorlage einer obligatorischen Erklärung

Am 6. November befand der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass ein öffentlicher Auftraggeber die von ihm im Rahmen eines Vergabeverfahrens selbst festgelegten Kriterien strikt einzuhalten hat. Zu diesem Ergebnis kommen die Richter in der Rechtssache C-42/13 unter Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung und der Transparenz...

Beihilfen: Erneuerbare-Energien-Gesetz europarechtskonform – geringe Rückzahlungen

Nach monatelangem Prüfverfahren (vgl. Brüssel Aktuell 30/2014) hat die EU-Kommission am 25. November eine Entscheidung über die Subventionen des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in den Versionen von 2012 und von 2014 gefällt...

Umwelt, Energie und Verkehr

Städtische Mobilität: EU-Parlament bereitet Initiativbericht vor

Auf einem Treffen des europäischen Städtenetzwerks POLIS (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2014) am 3. Dezember tauschten sich kommunale Vertreter mit MdEP Michael Cramer (GRÜNE/FEA, D) zur städtischen Mobilität aus...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Städtische Dimension: Aussprache im Regionalausschuss

Der Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments (REGI) hat sich am 3. Dezember im Rahmen einer ersten Aussprache mit der „urban agenda“ (Städteagenda) befasst. Die EU-Kommission hatte im Juli eine diesbezügliche Mitteilung erarbeitet und eine Konsultation eingeleitet (vgl. Brüssel Aktuell 29/2014)...

Soziales, Bildung und Kultur

Arbeitszeitrichtlinie: EU-Kommission startet Online-Konsultation

Vom 1. Dezember bis zum 15. März 2015 konsultiert die EU-Kommission zur Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG, in welcher Mindestnormen für den Arbeitnehmerschutz festgelegt werden. Nachdem vor anderthalb Jahren hierzu eine Einigung der EU-Sozialpartner nicht erreicht werden konnte (siehe Brüssel Aktuell 1/2013), dient die Konsultation nun der Vorbereitung für die überarbeitete Fassung, mit der dann im kommenden Jahr zu rechnen sein wird. Aus kommunaler Sicht sind besonders der Katastrophenschutz, Feuerwehren, Krankenhäuser und sonstige Gesundheitsdienste betroffen...

Soziales Unternehmertum: Kommissionsbericht bietet Überblick

Anfang November veröffentlichte die EU-Kommission den Bericht „A map of social enterprises and their eco-systems in Europe“ über die Entwicklung des Sozialen Unternehmertums in der EU und der Schweiz...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Transparenz-Initiative der EU-Kommission: Beschlüsse angenommen

Am 25. November nahm die Kommission Beschlüsse über die Veröffentlichung von Informationen über Treffen zwischen Kommissionmitgliedern (Beschluss C(2014) 9051 final) bzw. Generaldirektoren der Kommission (Beschluss C(2014) 9048 final) und Organisationen oder selbstständigen Einzelpersonen an...

Europäischer Rat: Donald Tusk ist neuer Präsident

Zum 1. Dezember hat der ehemalige polnische Ministerpräsident Donald Tusk das Amt des Präsidenten des Europäischen Rats angetreten (vgl. Brüssel Aktuell 31/2014)...

Brüssel Aktuell 45/2014

5. bis 12. Dezember 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Anhörungen im Europäischen Parlament

Am 2. und 3. Dezember befragten die Mitglieder mehrerer Parlamentsausschüsse Vertreter der EU-Kommission, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Sozialpartner zur Transnationalen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA. Weiter fanden mehrere Gespräche zwischen der EU- und der US-amerikanischen Spitze statt. Zudem gab die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative „STOP TTIP“ bekannt, dass sie in den letzten beiden Monaten über 1 Mio. Unterschriften gesammelt hat...

Nachhaltiger Tourismus: Neue Herausforderung für die traditionelle Tourismusbranche

Am 2. Dezember luden die Europäische Allianz für verantwortungsvollen Tourismus und Gastgewerbe [EARTH](#) und das Netzwerk Europäischer Regionen für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismus [NECSTouR](#) zur [Konferenz](#) „Nachhaltiger Tourismus in einer kollaborativ konsumierenden Gesellschaft (kurz: [KoKonsum](#))“ ein (zuletzt Brüssel Aktuell 40/2014)...

Umwelt, Energie und Verkehr

Luftqualität: Anhörung im Europäischen Parlament

Am 3. und 4. Dezember beschäftigte sich der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments mit dem neuen Richtlinienvorschlag für mittelgroße Feuerungsanlagen sowie mit den weiteren Bestandteilen des Luftqualitätspakets von Dezember letzten Jahres. Im Frühjahr 2015 ist mit den Berichtsentwürfen zu rechnen. Die Entscheidung der EU-Kommission, ob sie dieses Dossier weiterverfolgen möchte, steht indes noch aus. Sie wird mit der Veröffentlichung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission für das Jahr 2015, welche am 16. Dezember 2015 erwartet wird, getroffen werden...

ÖPNV-Verordnung: Erster Austausch der Verkehrsminister

Gegenstand der Tagung des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie am 3. Dezember in Luxemburg war u. a. das sog. vierte Eisenbahnpaket. Dabei diskutierten die Minister erstmals auch den nichttechnischen Teil, zu dem die sog. ÖPNV-Verordnung gehört (zuletzt Brüssel Aktuell 39/2014)...

Natur- und Artenschutz: Aufruf zur Teilnahme am Natura 2000 Award

*Mit dem [Natura 2000 Award](#) zeichnet die EU-Kommission vorbildliches Engagement in Gebieten aus, die zum europaweiten Netzwerk aus Natur- und Artenschutzgebieten „[Natura 2000](#)“ gehören (siehe Brüssel Aktuell 1/2014 bzw. 18/2014). Online-[Bewerbungen](#) können (auch auf Deutsch) bis zum **21. Januar 2015** für eine der folgenden fünf [Kategorien](#) eingereicht werden: Erhaltungsmaßnahmen, sozioökonomische Vorteile, Kommunikation, Ausgleich von Interessen/Wahrnehmungen sowie Vernetzung und grenzübergreifende Zusammenarbeit...*

Grüne Infrastruktur: Neue Broschüre der EU-Kommission

Eine kürzlich von der EU-Kommission veröffentlichte [Broschüre](#) stellt anschaulich die Hauptaspekte von Grüner Infrastruktur dar. Neben der EU-Strategie für Grüne Infrastruktur widmet sie sich auch praktischen Beispielen...

TEN-V: Sächsisches Projekt gefördert

Mit 629.000 € [fördert](#) die EU-Kommission aus dem EU-Verkehrsförderprogramm Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V) eine Studie zur Vorbereitung des Ausbaus der Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Dresden und Prag...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

EU-Regionalpolitik: EFRE- und ESF-OP für Sachsen genehmigt

Am 28. November fand anlässlich der Genehmigung der operationellen Programme (OP) Sachsens in Dresden die Auftaktveranstaltung für den Europäischen Sozialfonds ([ESF](#)) und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ([EFRE](#)) statt...

ESI-Fonds und verbundene Förderinstrumente: Leitfaden und Checkliste veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 1. Dezember einen [Leitfaden](#) für potenzielle Empfänger von Mitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) sowie aus den damit thematisch verbundenen EU-Instrumenten „Horizont 2020“, „Connecting Europe Facility“, „COSME“, „LIFE“, „Kreatives Europa“, „EaSI“, „Erasmus+“ und „Gesundheit“ veröffentlicht. Er zeigt auf, wie erfolgreich auf die Mittel zugegriffen werden kann und erleichtert das Auffinden hilfreicher Webseiten und Dokumente...

Soziales, Bildung und Kultur

Barrierefreiheit: Schwedische Kommune ausgezeichnet sowie künftige EU-Maßnahmen

Am 3. Dezember wurde auf EU-Ebene die schwedische Stadt [Borås](#) mit dem „[Access City Award](#) 2015“ ausgezeichnet (zuletzt Brüssel Aktuell 34/2014). Die Stadt mit ca. 66.000 Einwohnern sei Vorreiter bei der Gestaltung des barrierefreien Lebens für alle...

EU-Kulturminister: Arbeitsplan Kultur 2015-2018 angenommen

Am 25. November hat der Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) den [Arbeitsplan](#) Kultur 2015-2018 angenommen. Hierbei handelt es sich um ein strategisches Dokument, das die Prioritäten der europäischen Kulturpolitik für die nächsten vier Jahre festlegt...

Asyl: EuGH zur Glaubhaftigkeitsprüfung der sexuellen Ausrichtung als Verfolgungsgrund

Am 2. Dezember befusste sich der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil zu den verbundenen Rechtsachen [C-148/13 bis C-150/13](#) mit der Frage, wie die Glaubhaftigkeit einer behaupteten sexuellen Ausrichtung zu prüfen ist...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Urkundenanerkennung: weitere Positionierung des Rats zum Verordnungsvorschlag

Am 4. Dezember diskutierte der Rat der EU (Justiz und Inneres) erneut den [Verordnungsvorschlag](#) zur Förderung der Freizügigkeit durch die Vereinfachung der Annahme bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der EU (siehe Brüssel Aktuell 39/2014). In diesem Rahmen nahmen die Minister [Leitlinien](#) an, die der technischen Ebene (Gruppe „Zivilrecht“) als Grundlage für die Fortsetzung der Arbeit an der Verordnung dienen sollen...

In eigener Sache

Kommunalverfassung der Bismarckzeit: Veranstaltung mit dem DStGB

Am 4. November veranstaltete das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) zusammen mit der Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen einen Fachvortrag mit dem Hamburger Historiker Prof. Dr. Lappenküper zum Thema „Die Kommunalverfassung der Bismarckzeit“. Diese traditionelle historische Veranstaltung war zugleich ein Stelldichein der kommunalen Familie in Brüssel und verdeutlichte trotz des scheinbar historisch fernen Themas die aktuelle Bedeutung kommunaler Selbstverwaltung und des Subsidiaritätsprinzips...

Brüssel Aktuell 46/2014

12. bis 19. Dezember 2014

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Handelsabkommen: Nächste TTIP-Runde terminiert

Die nächste (achte) Verhandlungsrunde zwischen US-amerikanischen und EU-Vertretern in Sachen des internationalen Handelsabkommens TTIP (zuletzt Brüssel Aktuell 45/2014) wird am 2. Februar 2015 in Brüssel stattfinden...

Betriebliche Altersvorsorge: Rat positioniert sich zum Richtlinienvorschlag

Am 10. Dezember stimmte der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (AStV) einem [Verhandlungsmandat](#) bezüglich der [Neufassung](#) der Richtlinie 2003/41/EG über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung zu...

Umwelt, Energie und Verkehr

Luftqualität: Rat positioniert sich zu mittleren Feuerungsanlagen

Am 17. Dezember erzielte der Umweltministerrat eine allgemeine [Ausrichtung](#) zum erstmaligen Richtlinienvorschlag „zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft“ (siehe Brüssel Aktuell 45/2014). Dieser Rechtstext ist Teil der Strategie „Saubere Luft für Europa“...

Umwelt-Engagement: Wettbewerb „European Green Leaf“ gestartet

Im Rahmen der offiziellen Verleihung des [Titels](#) „Grüne Hauptstadt Europas“ an die britische Stadt Bristol am 8. Dezember (vgl. Brüssel Aktuell 25/2013 bzw. 39/2014) gab der EU-Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei Karmenu Vella (MT) einen neuen Wettbewerb bekannt: Die jährliche Auszeichnung „[European Green Leaf](#)“ (Europäisches Grünes Blatt) wird an Städte mit einer Bevölkerungszahl zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern verliehen, die aktiv eine gute Umweltbilanz, umweltfreundliches Wachstum sowie das Umweltbewusstsein ihrer Bürger fördern...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

INTERREG V-A: Kooperationsprogramme genehmigt

Die EU-Kommission genehmigte in diesem Monat die Kooperationsprogramme für die INTERREG V-A Programmräume [Österreich-Deutschland/Bayern](#) sowie [Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein](#) für die Förderperiode 2014-2020. Den Programmräumen stehen für die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte Fördermittel von rund 54,5 Mio. € bzw. rund 39 Mio. € aus dem Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) zur Verfügung...

INTERREG V-B: Mitteleuropa-Programm genehmigt

Die Europäische Kommission hat am 16. Dezember das INTERREG-V-B-Programm für [Mitteleuropa](#) genehmigt, das einen der sechs Programmräume mit deutscher Beteiligung abdeckt. Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen sind Teile dieses Raums...

„RegioStars Awards 2015“: Start des Bewerbungsverfahrens

Bis zum **28. Februar 2015** können (auch auf Deutsch) [Bewerbungen](#) um den „RegioStars Award“ eingereicht werden (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2014). Ausgezeichnet werden die innovativsten und zukunftssträchtesten Projekte, die durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder die für Deutschland nicht einschlägigen Förderinstrumente Kohäsionsfonds und Instrument für Heranführungshilfe kofinanziert wurden...

Soziales, Bildung und Kultur

Kulturerbe: Anhörung im Parlament und Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Neben dem Rat wird sich auch das Europäische Parlament mit der [Mitteilung](#) der EU-Kommission „Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas“ (siehe Brüssel Aktuell 30/2014) vertieft auseinandersetzen. Im Vorfeld des zu erstellenden Initiativberichts fand am 2. Dezember im Ausschuss für Kultur und Bildung ein Austausch mit Experten statt. Zudem wurde am 10. Dezember ein Aufruf „Kulturerbe und Europäische Identitäten“ gestartet, bei dem sich interessierte Kreise noch bis zum 28. Mai 2015 um EU-Fördermittel im Bereich Forschung und Innovation bemühen können...

Diskriminierung: Orientierungsaussprache zum Richtlinienvorschlag im Rat der EU

Am 11. Dezember führten die Minister im Rat der EU eine Orientierungsaussprache zum [Richtlinienvorschlag](#) zur (Ausweitung der) Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (auf Bereiche außerhalb des Arbeitsplatzes, siehe Brüssel Aktuell 31/2014) durch...

Jugendkarlspreis 2015: Auswahlverfahren eröffnet

Bis zum **2. Februar 2015** können online Bewerbungen um den [Jugendkarlspreis](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 4/2014) eingereicht werden. Mit dem jährlich verliehenen Preis werden Projekte prämiert, die ein gemeinsames Bewusstsein europäischer Identität und Integration unter jungen Menschen fördern sowie als Vorbild für Jugendliche in Europa dienen und praktische Beispiele dafür liefern, wie die Europäer als eine Gemeinschaft zusammenleben...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Parlament 2014-2019: Interfraktionelle Arbeitsgruppen bestimmt

Am 11. Dezember billigte die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments die Liste der [interfraktionellen Arbeitsgruppen](#) (engl. „Intergroups“) für die aktuelle Wahlperiode 2014-2019. Mit der Einrichtung der Intergroups, denen Europaabgeordnete aus mindestens drei unterschiedlichen Fraktionen angehören, wird das Ziel verfolgt, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft einen informellen thematischen Meinungs austausch zu führen. Sie sind allerdings keine Organe des EU-Parlaments und können daher nicht als sein Sprachrohr fungieren...

Folgenabschätzungen: Parlament fordert umfassende Durchführung

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat sich am 27. November in einer [Entschließung](#) zu den Folgenabschätzungen der Europäischen Kommission geäußert. Hierzu hatte dieses Jahr bereits eine

Konsultation stattgefunden (vgl. Brüssel Aktuell 29/2014), deren Beiträge inzwischen [verfügbar](#) sind...

Europäische Bürgerinitiative: Reformen gefordert

Im Rahmen einer [Konferenz](#) der gemeinnützigen Organisation [ECAS](#) (European Citizen Action Service) und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ([EWSA](#)) am 10. Dezember zur Europäischen Bürgerinitiative (EBI) wurde eine Reform dieses Beteiligungsinstruments gefordert. Die Forderung folgt aus einer [Analyse](#), die ECAS zu den Registrierungserfordernissen und den Gegenständen abgelehnter EBIs durchgeführt hat...

Europäische Bürgerbeauftragte: Emily O'Reilly wiedergewählt

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben in der Plenarsitzung am 16. Dezember die Europäische [Bürgerbeauftragte](#) Emily O'Reilly (IR) mit einem sehr deutlichen Ergebnis (569 Stimmen bei 66 Gegenstimmen und 43 Enthaltungen) für die Amtszeit 2014 bis 2019 [wiedergewählt](#)...

Förderprogramme

Begegnungs- und Vernetzungsprojekte: EfBB-Arbeitsprogramm angenommen

Am 8. Dezember [nahm](#) die Kommission das [Arbeitsprogramm](#) und die Finanzierung für die Umsetzung des EU-Förderprogramms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) im Jahr 2015 [an](#). Darin wurde auch der siebzigste Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs als Jahresschwerpunktthema für den Programmbereich 1 („Europäisches Geschichtsbewusstsein“) festgelegt. Die Debatte über die Zukunft Europas steht im Programmbereich 2 („Demokratisches Engagement und Partizipation“) im Mittelpunkt...

EfBB-Workshop in Leipzig: Förderung von Begegnungs- und Vernetzungsprojekten

Am 19. Februar 2015 findet im Europa-Haus Leipzig (Mart 10, 9 - 15 Uhr) ein kostenloser [Workshop](#) zu den beiden Förderbereichen „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ sowie „Demokratisches Engagement und Partizipation“ des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) statt (siehe Beitrag in dieser Brüssel Aktuell-Ausgabe)...

In eigener Sache

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser von Brüssel Aktuell,

das Team der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen wünscht Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Die nächste Ausgabe von Brüssel Aktuell erscheint am 9. Januar 2015.